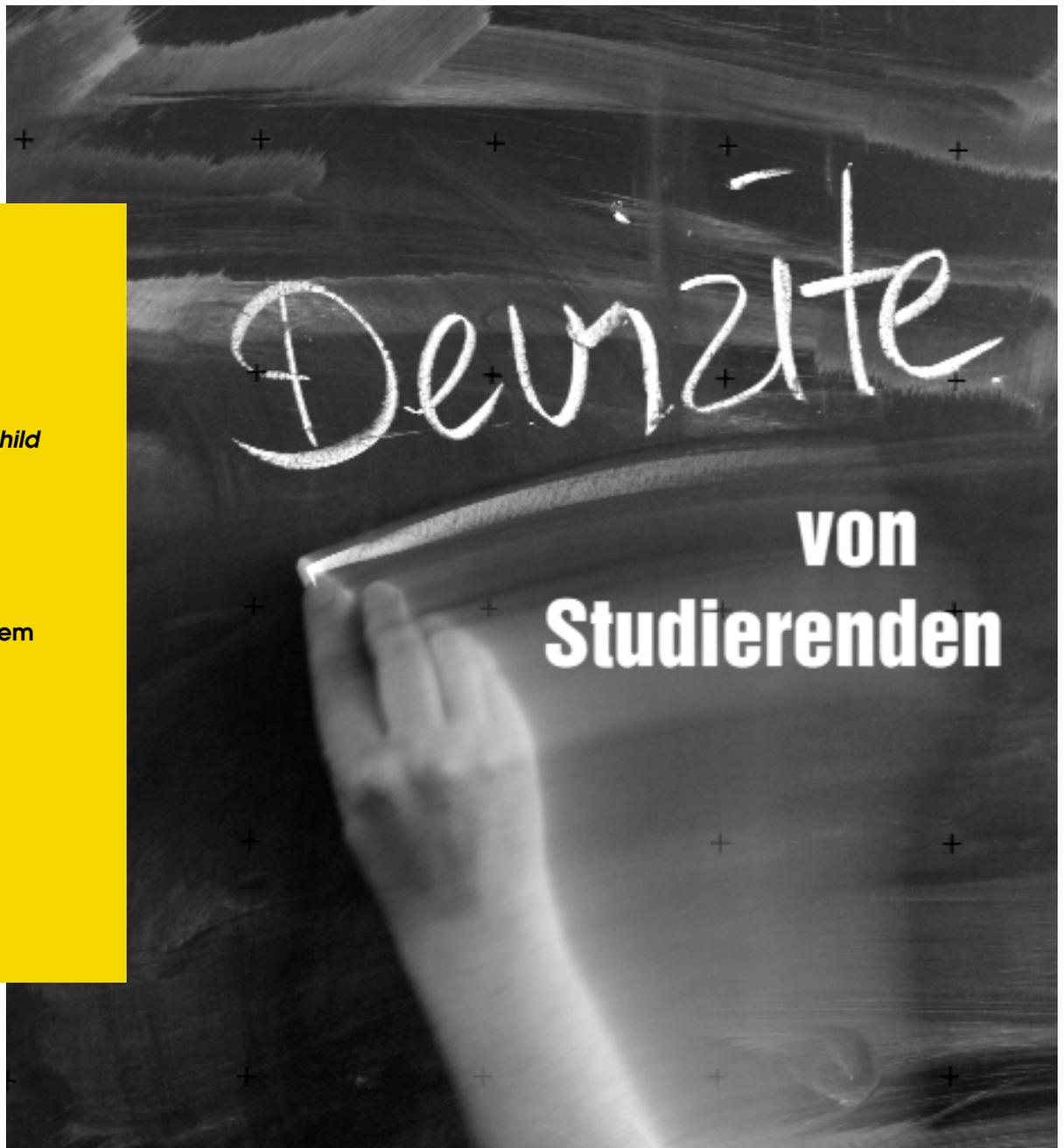


Die neue Hochschule

für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst



- *Jürgen Wiese*
Empfehlungen
- *Michael Knorrenschild*
Schieflage
- *Inse Cornelssen*
Sprachkompetenz
- *Martin Lehner*
Stoffmengen-Problem
- *Achim Albrecht*
Soft Skills
- *Arno Jaudzims*
Umsetzung der
Dienstrechtsreform



Holen Sie raus, was für Sie drin ist!

Hier steckt auf jeden Fall mehr drin, als man zunächst glaubt – genau wie im BBV-Förderplan der sogenannten »Riester-Rente«. Mit dem BBV-Förderplan erhalten Sie nicht nur die volle staatliche Förderung bzw. Steuerersparnis, sondern sogar eine deutlich höhere Rente durch den Vorteil des BBV-Kollektivtarifes.

Interessiert?

In den nächsten Tagen erhalten Sie vom Hochschullehrerbund e.V. Post mit ausführlichen Informationen und einem attraktiven Angebot.

Bayerische Beamten Versicherungen
Thomas-Dehler-Straße 25
81737 München

Tel. (089) 67 87 - 94 20

Fax (089) 67 87 - 94 25

Wir wollen keinen Master (FH)!

Der Beschluss der Innenministerkonferenz hemmt den Bologna-Prozess und schadet den deutschen Fachhochschulen!

Was für eine Aufbruchstimmung prägte das 4. Änderungsgesetz zum Hochschulrahmengesetz (HRG) 1998! Es erlaubte den Fachhochschulen, einen zweiten Abschluss zu verleihen, und den sogar mit dem gleichen Namen wie die Universitäten. Die positive Stimmung wurde im *hfb*-Kolloquium 1998 „Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen an Fachhochschulen“ treffend dokumentiert. Doch schon damals fürchtete ich das verkrustete hochschulpolitische Denken in der Bundesrepublik. Verunsichert durch die Freiheit des geänderten HRG beschloss die Kultusministerkonferenz (KMK) Anfang des Jahres 1999: „Hierzu werden in der Kultusministerkonferenz konkrete Vorgaben über Struktur und Dauer der neuen Studiengänge, zu den Zugangsvoraussetzungen und Übergängen sowie für die Abschlüsse bzw. Abschlussbezeichnungen erarbeitet. Dabei geht es u.a. darum, ...Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes für Universitäten und Fachhochschulen und einzelne Fachrichtungen näher zu bestimmen, die neuen Abschlüsse im Hinblick auf die herkömmlichen einzuordnen und ihnen auch international aussagekräftige Abschlussbezeichnungen zuzuordnen.“ Damals warnte ich im Leitartikel zu dem Dokumentationsheft DNH 1/99 vor dem Aufbau von Verteidigungslinien, dass das mit dem Wettbewerb der Hochschulen und Hochschularten doch nicht so ernst gemeint war. Ich befürchtete, dass uns doch wieder ideologische und bürokratische Fesseln angelegt würden, dass Unterschiede zwischen internationalen Abschlüssen an Fachhochschulen und an Universitäten gemacht würden und ich zitierte den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog auf dem Berliner Bildungsforum am 5. November 1997 „Unser Bildungssystem war einst ein Modell für die ganze Welt. Aber es muss weiterentwickelt werden. Setzen wir neue Kräfte frei, indem wir bürokratische Fesseln sprengen. Entlassen wir unser Bildungssystem in die Freiheit.“

Diese Forderung hat nichts an Aktualität verloren. Zwar konnten die Fachhochschulen mit Hilfe der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) die KMK davon überzeugen, dass die Fachhochschulen sich im freien Spiel der Kräfte des Bildungsmarktes ohne weitere Fesseln bewähren durften, doch jetzt setzt die Innenministerkonferenz (IMK) diesem frivolen Treiben ein Ende: Master ist nicht gleich Master! Der Masterabsolvent

einer Universität hat die Berechtigung zum höheren Dienst, der Masterabsolvent einer Fachhochschule nur dann, wenn sein Studiengang entsprechend akkreditiert wurde. Ursprünglich hatte die IMK sogar die Absicht, generell die Masterabsolventen von Fachhochschulen nur zum gehobenen Dienst zuzulassen. Die Proteste der KMK, des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, der Hochschulverbände, der einzelnen Professoren auf Bundes- und Landesebene konnten gerade einmal den zitierten Kompromiss erreichen, ein winziges Schrittchen auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Wie



war das doch mit der seit mehr als zehn Jahren vielbeschworenen Gleichwertigkeit der Hochschularten?

Für die IMK gibt es keine Gleichwertigkeit, dem geballten hochschulpolitischen Widerstand sämtlicher Experten zum Trotz. Dieser Affront ist unglaublich!

Der Kompromiss sieht vor, dass die Master-Studiengänge an Fachhochschulen in einem Akkreditierungsverfahren für den höheren Dienst zugelassen werden. Eine zusätzliche Problematik entsteht dadurch, dass die Zulassung nur bei einem einheitlichem Votum der Vertreter der Berufspraxis (also der Innenministerien) erteilt werden kann. Anders als bei den üblichen Akkreditierungsverfahren erhält dadurch der Vertreter der Berufspraxis, d.h. der für die Laufbahngestaltung zuständigen obersten Dienstbehörden, quasi ein Vetorecht.

Einzelne Landeswissenschaftsminister versichern, dass der Vertreter des jeweiligen Innenministeriums sein „Vetorecht“ nicht ausüben wird. Wenn das tatsächlich geschieht, beginnt der föderale Wettbewerb, der den Beschluss - vielleicht - heilt.

Nichtsdestoweniger ist das Signal national und international verheerend, das der Beschluss der IMK aussendet. So sagte der Vertreter des Wissenschaftsministeriums des Bundes, MinDir Prof. Hans Rainer Friedrich, auf dem soeben stattgefundenen Kolloquium des *hfb* zu den „Empfehlungen des Wissenschaftsrates und das Potential der Fachhochschulen“: „Das größte Defizit besteht in den m. E. immer noch unbefriedigenden Vereinbarungen und Regelungen über den Zugang von Fachhochschulabsolventen zum öffentlichen Dienst, insbesondere von Masterabsolventen von Fachhochschulen. Hier ist der Hochschuleseite von der Dienstrechtsseite eine Regelung aufgezwungen worden, die unter inhaltlich-qualitativen Gründen nicht erforderlich ist und international, europäisch und im Bologna-Prozess falsche Signale setzt. Wenn hier nicht in nächster Zeit bei dem jetzt ins Auge gefassten speziellen Akkreditierungsverfahren deutliche Fortschritte erkennbar werden, könnten Fachhochschulen versucht sein zu überlegen, ob sie in größerem Umfang zu der vor der 4. HRG-Novelle vielfach gegebenen Situation zurückkehren, im Wege von Kooperationsvereinbarungen mit ausländischen Hochschulen des EU-Bereichs deren höhere Abschlussgrade zu verleihen. Diese sind aufgrund geltender EU-Richtlinien in vollem Umfang als Zugangsberechtigung auch zum sog. höheren Dienst des öffentlichen Dienstes anzuerkennen; ein Wahlrecht deutscher Stellen über die Zuerkennung der Gleichwertigkeit besteht hier nicht, wie ein derzeit vorbereitetes Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland - von einzelnen Ländern ausgelöst - zeigt. Ein solcher Lösungsweg des Problems - den ich natürlich nicht ernsthaft vorschlagen kann - wäre zwar rechtlich einwandfrei, für den Steuerzahler aber teurer und letztlich ein von der Dienstrechtsseite aufgezwungenes Armutszeugnis für die deutsche Hochschulpolitik.“

Ihre Dorit Loos

PS: In Baden-Württemberg hat das Kabinett beschlossen, „dass die Vertreter ihrer obersten Dienstbehörden in den Akkreditierungsverfahren von ihrem Vetorecht keinen Gebrauch machen“ (Gemeinsame PM des MWK/IM vom 12.06.02). Der föderale Wettbewerb hat begonnen.



PISA

Autoren gesucht! 35

Leitartikel: Wir wollen keinen Master (FH)! 3

**Empfehlungen für das deutsche Bildungssystem
Schnittstelle Schule Hochschule** 8

Das deutsche Schul- und Hochschulsystem hat sich als wettbewerbsfähig bewiesen, muss aber, um den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht zu werden, weiterentwickelt werden. Die Dualität des staatlichen und beruflichen Bildungs- und Ausbildungswesens sollte beibehalten werden, weil es gute Erwerbschancen für alle Begabungen bietet. Der Prozentsatz der Hochschulabsolventen ist kein Maß für die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft, wenn andere qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten existieren. *Jürgen Wiese* stellt die Überlegungen für eine Stellungnahme des Zentralverbandes der Ingenieurvereine vor.

**PISA und die Schieflage in der Ingenieurmathematik
Stoffverdichtung und Kürzungen - die richtige Antwort?** 11

Die Mathematik-Dozenten der Anfangssemester wissen es seit langem; sie sehen tagtäglich, wie wenig die Vorkenntnisse der Studienanfänger heute noch hergeben. Die Ingenieurmathematik an den Fachhochschulen steckt in einem Dilemma: Belastbares Grundwissen ist Mangelware, gleichzeitig sollen heutige Studienanfänger die für einen deutschen Maschinenbau-Ingenieur notwendige Mathematik heute in zwei statt wie früher in vier Semestern erlernen. *Michael Knorrenschild* plädiert dafür, dass der Anteil der Grundlagenfächer, insbesondere der Mathematik, im Studium keinesfalls weiter reduziert werden darf.

**Ich studiere doch nicht Deutsch!
Zur Sprachkompetenz der Studierenden** 13

Inse Cornelssen bemängelt die Artikulationsfähigkeit der Studierenden und stellt deutliche Defizite im Wortschatz und in der Kenntnis der Grammatik fest. Er führt dies auf fehlende Leistungsbereitschaft zurück, die letztlich in Risikoscheu, mangelndes Selbstvertrauen, mangelnder intellektueller Neugier und Kreativität mündet. Er sieht darin die konsequente Reaktion der Jugend, die sich bei ihren Bildungsanstrengungen an dem orientiert, was gesellschaftlich anerkannt und belohnt wird, und auf das politische Kesseltreiben gegen Akademiker mit Bildungsverweigerung und -Abstinenz reagiert.

**Das Stoffmengen-Problem lösen
Erfolgreich reduzieren mit der 3R-Technik** 18

Das zentrale Problem für eine teilnehmergerechte Didaktik ist die Menge des im Unterricht zu vermittelnden Lehrstoffes. Da der Lehrende einem fortwährenden Zeitdruck ausgesetzt ist, wird der Vorlesungsstil bevorzugt, statt die Teilnehmer zu einem aktiven Lernverhalten anzuregen. *Martin Lehner* skizziert eine Technik, die es ermöglicht, die Lerninhalte so auszuwählen und zusammenzustellen, dass sie lerngerecht bearbeitet werden können.

**„Soft Skills“ und der Führungsnachwuchs
Anforderungsprofile im Wandel** 21

Fundamentale „Soft Skills“ wie Durchsetzungsvermögen, Ausdauer, Teamfähigkeit und Kreativität sollten von frühester Zeit an in die Erziehung mit einfließen. Defizite liegen nicht nur im Schul- sondern auch im Hochschulbereich. Nur zu häufig werden auch in „fortschrittlichen Curricula“ Veranstaltungen zur Stärkung der sozialen Kompetenz und emotionalen Intelligenz in den kaum beachteten Wahlbereich abgeschoben und für ein elitäres Teilnehmerfeld in Blockseminaren abgehandelt.

Achim Albrecht zeigt, wie notwendig die Verbindung von „Soft Skills“ und „Hard Facts“ ist, um die beruflichen Anforderungen im Führungsnachwuchsbereich optimal zu erfüllen.

**Umsetzung der Dienstrechtsreform 23
Eine mögliche Variante**

Niedersachsen wird als erstes Bundesland ab 1.1.2003 die Besoldungsreform umsetzen. *Arno Jaudzims*, Präsident der Fachhochschule Hannover, stellt ein mögliches Modell vor.



Fotos: FH Hannover

h**lb**-AKTUELL

Master (FH): Beschlüsse und Reaktionen	6
Für eine Kultur des Vertrauens an den Fachhochschulen	7

FH-Trends

Plakataktion „Brigitte studiert Maschinenbau“	14
Hochschulverbund „Virtuelle Fachhoch- schule (VFH)“	16
Zwei Stiftungsprofessuren für die Fach- hochschule Nürnberg	16
Rundum gelungener Start der Pforzheim Graduate School	16
Masterstudiengang Public Health an der HAW Hamburg	17
FH München „best practice-Hochschule 2002“	17



Meldungen

Soziale Berufe gefragt	26
Beihilfe: Arztrechnungen des Ehegatten zügig einreichen	26
FH-Absolventen im Aufwind	26
Ruhestandsbeginn und Nebentätigkeit	26
Nebentätigkeit: Was ist ein Vortrag?	26
Briefgeheimnis	27
Aktuelle Rundschreiben für Mitglieder	27

Aus Bund und Ländern

BW: Umsetzung der Besoldungsreform und Anerkennung der Fachhoch- schul-Master in der Podiums- diskussion bei der vhw-Jahres- versammlung gefordert	28
--	----

HH: Management statt Selbstverwaltung an Hamburgs Hochschulen	28
NS: Neuer Vorstand im h lb -Niedersachsen	30



NW: Patente Hochschulen – Professionelle Know-how-Verwertung	30
NRW hat gewählt: Generationswechsel an der Spitze des Landesverbandes	31
RP: Think Innovative	31
TH: Chance verpasst	31

Informationen und Berichte

Wetten das?!? Papierbrücke trägt 420 kg	12
28 Hochschulen gründen das European Institut for Quality Assurance EIQA e.V.	22
Fachhochschulen stärken – Kapazitäten ausbauen	25
1983 bis 2001 – deutsche Hoch- schulen im Urteil der Studierenden	32
Zentraler Akkreditierungsrat gibt grünes Licht für Agentur in Bonn	32
HLB BW und VHW BW vereinbaren enge Kooperation	33
Mit Ideen aus Hochschulen Unternehmen gründen	33

Neues von Kollegen

34

Neuberufene

35

Impressum

Herausgeber: Hochschullehrerbund –
Bundesvereinigung – e.V. (h**lb**)

Verlag: h**lb**, Rüngsdorfer Straße 4 c, 53173 Bonn,
Telefon (02 28) 35 22 71, Telefax (02 28) 35 45 12
eMail: h**lb**bonn@aol.com, Internet: www.h**lb**.de

Chefredakteurin: Prof. Dr. Dorit Loos
Buchenländer Str. 60, 70569 Stuttgart,
Telefon (07 11) 68 25 08, Telefax (07 11) 677 05 96
eMail: d.loos@t-online.de

Redaktion: Dr. Hubert Mücke

Titelbildentwurf: Prof. Wolfgang Lüftner

Verbands offiziell ist die Rubrik „h**lb**-AKTUELL“. Alle mit Namen des Autors/der Autorin versehenen Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Auffassung des h**lb** sowie der Mitgliedsverbände.

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Jahresabonnements für Nichtmitglieder
€ 45,50 (Inland), inkl. Versand
€ 60,84 (Ausland), zzgl. Versand

Probeabonnement auf Anfrage
Erfüllungs-, Zahlungsort und Gerichtsstand ist
Bonn.

Anzeigenverwaltung:
wmw Ralf und Jutta Müller,
Lindenweg 28a, 53567 Asbach
Telefon (0 26 83) 96 72 11,
Fax (0 26 83) 96 72 13

Herstellung und Versand:
Wienands PrintMedien GmbH,
Linzer Straße 140, 53604 Bad Honnef

Inserenten:

Bayerische Beamten Versicherungen Riester-Rente für h lb -Mitglieder	U2
Tertia Edusoft GmbH Topsim®-Planspiele	27
Scientia GmbH Planungssoftware für Hochschulen	U 4

Das Heft 4/2002

mit dem Schwerpunkt

Wahlprüfsteine

erscheint

am 30. August 2002

Vorschau

Master (FH): Beschlüsse und Reaktionen

Innenminister- und Kultusministerkonferenz sind übereingekommen, Absolventen von Master-Studiengängen an Fachhochschulen dann zu den Laufbahnen des höheren Dienstes zuzulassen, wenn im Rahmen des Akkreditierungsverfahrens festgestellt wurde, dass der Studiengang die notwendigen Bildungsvoraussetzungen bietet. Über den Umfang und die Auswirkungen der Beschlüsse wurde in den vergangenen Monaten hart gerungen. Wir geben hier die wesentlichen Beschlüsse und Reaktionen wieder.

Beschlüsse

„Die an Fachhochschulen erworbenen Master-Abschlüsse erfüllen nach Auffassung der IMK die Bildungsvoraussetzungen für den höheren Dienst, wenn sie unter Berücksichtigung des vorhergehenden Studienabschlusses einem an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule erworbenen Diplom-, Magister- oder Master-Abschluss von Inhalt, Studienumfang und Prüfungsanforderungen her gleichwertig

„I. Feststellung der Gleichwertigkeit

Soweit von der Fachhochschule beantragt, wird im Rahmen des Akkreditierungsverfahrens auch festgestellt, ob Masterstudiengänge an Fachhochschulen die oben genannten Kriterien hinsichtlich Inhalt, Studienumfang und Prüfungsanforderungen unter Berücksichtigung des vorhergehenden Studienabschlusses erfüllen.

In die Prüfung einbezogen werden kann auch ein Vergleich mit einem oder mehreren Referenzstudiengängen, die den Zugang zum höheren Dienst eröffnen.

II. Verfahren

Für das Verfahren gelten folgende Regeln:

1. Der zentralen Akkreditierungseinrichtung gehört ein Vertreter der Dienstrechtsseite als Vertreter der Berufspraxis an.

„Die IMK stimmt der Vereinbarung von IMK und KMK ‚Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes durch Masterabschluss an Fachhochschulen‘ zu. Protokollnotiz: Die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-West-

sind. Die Gleichwertigkeit wird durch die Akkreditierung festgestellt. Die hierfür durch die Akkreditierung zu erfüllenden Voraussetzungen sind von der gemeinsamen Arbeitsgruppe der IMK und KMK bis zur Frühjahrssitzung der IMK einvernehmlich festzulegen.“

Auszug aus: Umlaufbeschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 17. April 2002.

2. Soweit im Akkreditierungsverfahren festgestellt werden soll, dass ein an einer Fachhochschule erworbener Masterabschluss den Zugang zum höheren Dienst eröffnet, wirkt bei der Akkreditierung ein Vertreter der für die Laufbahngestaltung zuständigen obersten Dienstbehörde als Vertreter der Berufspraxis mit. Welches Land zuständig ist, richtet sich nach dem Sitz der Hochschule.

3. In den Akkreditierungsbescheid wird der Zusatz aufgenommen: ‚Der Masterabschluss eröffnet den Zugang zum höheren Dienst.‘

4. Der Zusatz gemäß Ziffer 3 bedarf eines einheitlichen Votums der Vertreter der Berufspraxis.“ *Auszug aus: Gemeinsame Arbeitsgruppe der IMK/KMK, Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes durch Masterabschluss an Fachhochschulen, vom 24. April 2002*

falen, Saarland und Schleswig-Holstein erklären, dass sie bei Akkreditierungsverfahren in ihrem Bereich anstreben, auf das Vetorecht der Dienstrechtsseite zu verzichten.“

Auszüge aus: Beschluss der Innenministerkonferenz vom 6. Juni 2002.

Reaktionen

Klassenkampf: Die Fachhochschulen werden weiterhin diskriminiert

„Ausgerechnet der Staat trägt dazu bei, das Schmutzkind-Image der Fachhochschulen zu zementieren: Er bezahlt ihre Professoren schlechter als Hochschullehrer an Universitäten und verwehrt ihren Absolventen den Zugang zum höheren Beamtenamt. So

darf man als Fachhochschüler einen Weltkonzern leiten (Jürgen Schrempf bei DaimlerChrysler), zum Regierungsrat scheint es jedoch nicht zu reichen.“

Martin Spiewak, in: Die Zeit vom 23. Mai 2002

„Wenn man die Idee der Akkreditierung ernst nimmt, darf für die Masterabsolventen an Universitäten keinesfalls ein Freibrief existieren, sondern muss die auf Selbsterbericht und Peer-Begutachtung gründende Akkreditierung des absolvierten Programms durch eine zertifizierte Akkreditierungsagentur Grundlage der Einstufung in den höheren Dienst sein.

Für die Master-Absolven-

ten von Fachhochschulen dürfen keine Sonderregelungen gelten. Die Masterprogramme an FH sind bei der ASII genau den gleichen Qualitätsstandards unterworfen wie die Universitäten.“

Auszug aus: Schreiben des Vorsitzenden der Akkreditierungsagentur für Studiengänge der Ingenieurwissenschaften und der Informatik e.V. vom 12. April 2002 an die Kultus- und Innenminister.

„Besonders problematisch scheint mir, dass darin im Ergebnis die an Fachhochschulen erworbenen Masterabschlüsse nicht als grundsätzlich gleichwertig mit Masterabschlüssen der Universitäten behandelt, sondern die Masterabschlüsse der Universitäten als qualitativ maßgebliche Referenz für Masterabschlüsse an Fachhochschulen konstituiert werden. ... Bekanntlich gibt es eine ganze Reihe von

Fachhochschulfachbereichen, die in Bezug auf ihre Forschungs- und Lehrleistungen trotz ihrer wesentlich geringeren Grundausstattung mit ähnlich ausgerichteten Fachbereichen an Universitäten nicht nur qualitativ vergleichbar, sondern sogar besser sind.“

Auszug aus: Schreiben des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Einhäupl, vom 23. April 2002 an den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz

„Wer die deutschen Hochschulen im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig halten will, muss für transparente Qualitätssicherungs- und -bewertungsverfahren sorgen. Eine pauschale Zweiklasseneinteilung würde sämtliche Bemühungen, die deutschen Hochschulen auch

international attraktiver zu gestalten, ab absurdam führen. Ich appelliere daher an Sie, den angekündigten Beschluss nicht zu fassen.“

Auszug aus: Schreiben des Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Hundt, vom 21. Januar 2002 an die Innenminister.

Für eine Kultur des Vertrauens an den Fachhochschulen

Am 31. Mai und 1. Juni trafen sich 50 Delegierte aus den 16 Landesverbänden des **h**lb**** zur Bundesversammlung in Goslar.

Im Zentrum der hochschulpolitischen Beratungen der Delegierten standen Fragen der Umsetzung der Professorenbesoldungsreform in den Ländern und an den Hochschulen sowie der Einordnung der Master-Absolventen im öffentlichen Dienst.

Vertrauensschutz für C2-Kolleginnen und Kollegen

Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Landesverbände hatte in mehreren Sitzungen ein Verfahren ausgearbeitet, das einen auf Vertrauensschutz basierenden Umstieg der heutigen C2-Stelleninhaber in die W-Besoldung mög-

weckte Vertrauen, bei „normal guter“ Leistung nach einigen Jahren mit C 3 besoldet zu werden, jetzt nicht enttäuscht werden dürfe. Die Gefahr der Demotivation gerade der (meist jüngeren) C2-Kolleginnen und Kollegen, die die Hochschulentwicklung in den nächsten Jahren maßgeblich tragen müssen, sei groß. Das kann sich keine Hochschule leisten! Abhilfe könne folgendes Verfahren leisten: die Zulagen werden so bemessen, dass sie, aufbauend auf der Grundvergütung, die bisherige Endstufe der C 3-Besoldung erreichen lassen. Gerade das Erreichen der Endstufe C3 wurde als wesentlich angesehen, da davon der spätere Ruhegeld-

Vergabe von Zulagen handhabbar und kalkulierbar gestalten

Für künftige neuberufene W-Professuren schlägt der **h**lb**** ein Verfahren zur Vergabe von Leistungszulagen vor, das davon ausgeht, dass die große Masse der Kolleginnen und Kollegen regelmäßig gute Leistungen (Regelleistung) erbringt und somit berechtigt ist, in festen Zeitabständen (z.B. alle 5 Jahre) Antrag auf Gewährung einer weiteren Leistungsstufe zu stellen. Grundlage hierfür könnte ein Tätigkeitsbericht sein, der u.a. die Ergebnisse der studentischen Veranstaltungskritik einbezieht. Dieses Verfahren ist handhabbar, denn es vermeidet wegen der Vermutung der Regelleistung und wegen der etwas größeren Zeitabstände zwischen den Überprüfungen unnötigen Aufwand in den Hochschulen. Allerdings kann bei diesem Verfahren in einzelnen Fällen bei wesentlicher Abweichung von der Regelleistung auch anders entschieden werden.

Dieses Verfahren der Verwendung einer Gesamtbeurteilung vermeidet auch dauernde ggf. gerichtliche Auseinandersetzungen über das Bewertungsergebnis, im Gegensatz zu Punktesystemen, deren Punktevergabe jederzeit angreifbar ist.

Diskriminierung des Master (FH) bedroht die Existenz der Fachhochschulen

Mit Empörung reagierten die Delegierten des **h**lb**** auf die Entscheidung der Innenministerkonferenz, Absolventen von Masterstudiengängen an Fachhochschulen den direkten Zugang zum höheren Dienst zu verwehren. Ein von Innen- und Kultusministerkonferenz geplantes Verfahren sieht vor, FH-Absolventen nur nach Akkreditierung des Master-Studienganges und zusätzlich beantragter Prüfung des Studienganges auf Befähigung für den höheren Dienst zuzulassen.

Mit dieser Entscheidung negieren die Innenminister die hochschulrechtlich festgelegte Gleichwertigkeit aller internationaler Studiengänge. Während die Universitäten offensichtlich das uneingeschränkte und voraussetzungslose Vertrauen der Innenminister genießen, sehen sich die Fachhochschulen erneut diskriminiert: Sie müssen – immer noch – ihre besondere Leistungsfähigkeit von Fall zu Fall nachweisen. Es ist zu befürchten, dass diese vorsätzliche Abwertung der Master-Studiengänge an Fachhochschulen qualifizierte Studierende von einem Weiterstudium an „ihrer“ Hochschule abhalten wird.

Hubert Mücke



Der Präsident der Fachhochschule Hannover, Arno Jaudzims, erläutert den Delegierten seine Vorschläge zur Umsetzung der Professoren-Besoldungsreform an den Hochschulen.

lich macht. In einigen Bundesländern war es gängige Praxis, im Vorfeld der Berufung auf C2 eine spätere Berufung auf eine C3-Stelle mit hoher Verbindlichkeit in Aussicht zu stellen, normal gute Leistungen vorausgesetzt. Diese berechnete Erwartung einer späteren Einweisung in eine C 3-Stelle war vielfach maßgebliches Argument dafür, eine regelmäßig besser dotierte Stelle in der Wirtschaft zu Gunsten der Professur aufzugeben.

Die Delegierten hoben hervor, dass solches von der Hochschule ursprünglich ge-

bezug abhängig ist. Das vorgeschlagene Verfahren ist nach dem Professorenbesoldungsreformgesetz des Bundes rechtlich in vollem Umfang möglich.

Der **h**lb**** wird seine derzeit in C2 besoldeten Mitglieder darin unterstützen, bei einem Wechsel nach W vertragliche Zusicherungen auf der Grundlage des vorgeschlagenen **h**lb****-Modells zu erhalten. Damit wären sie in etwa so gestellt, als würden die bisherigen Dienstalterstufen weiter gewährt und eine Hausberufung nach C3 hätte stattgefunden.



Die Delegierten aus den 16 Landesverbänden des **h**lb**** bei der Diskussion in Goslar.



Das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem hat sich bewährt. Um seine Qualität auch in Zukunft aufrecht zu erhalten, muss es jedoch an die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst werden. Der Beitrag gibt die Überlegungen im Vorfeld der Verabschiedung einer Stellungnahme des Zentralverbandes der Ingenieurvereine (ZBI) wieder, die in enger Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Dr.-Ing. Albrecht Pfaud von der Fachhochschule Koblenz erarbeitet wurde.

Prof. Dr. Jürgen Wiese
Fachhochschule Darmstadt
Landwehrstr. 12
64293 Darmstadt
e-mail: Wiese-Juergen@t-online.de

Empfehlungen für das deutsche Bildungssystem

Schnittstelle Schule Hochschule

Das deutsche Schul- und Hochschulsystem hat sich als wettbewerbsfähig bewiesen, muss aber, um den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht zu werden, weiterentwickelt werden. Wenn man zum Beispiel die Liste der Nobelpreisträger in Physik der Nachkriegszeit studiert, fällt auf, dass recht viele Auszeichnungen an Deutsche gingen, die ihren Lebensmittelpunkt ins Ausland verlegt haben, aber ihre Ausbildung an deutschen Schulen und Hochschulen erhielten. Die Hochschulausbildung in den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen entspricht folglich internationalem Standard. Auch die Ingenieurausbildung, die zu etwa zwei Dritteln den Fachhochschulen, zu einem Drittel den Universitäten obliegt, genießt im Ausland hohes Ansehen.

Betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung

Die Dualität des staatlichen und beruflichen Bildungs- und Ausbildungswesens sollte beibehalten werden, weil es gute Erwerbchancen für alle Begabungen bietet. Bis vor wenigen Jahren bestand Konsens zwischen Staat und Wirtschaft, dass die Anzahl gut ausgebildeter Köpfe das Hauptkapital einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft sei. Die dann in den vergangenen Jahren einsetzenden Bestrebungen der Betriebe, sich aus der dualen Ausbildung zu verabschieden, halten glücklicherweise nicht an. Angesichts eines von Fachkräften leergefegten Marktes bauen einzelne Firmen wieder Ausbildungsabteilungen auf, auch wenn diese Zukunftsinvestition kostenintensiv ist. Die Erfahrung zeigt, dass die Werbung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland nicht oder nicht in allen Bereichen im erforderlichen Umfang zum Ziel führte.

In der gleichen Zeit sind die Hochschulen ihrer Bildungs- und Ausbildungspflicht nachgekommen. In den Bereichen der dringend benötigten sogenannten IT-Wissenschaften: Elektrotechnik, Maschinenbau, Chemische Technologie, in der Physik und der Informatik zusammengekommen hat die Zahl der Studienanfänger aber dramatisch abgenommen. Der Grund ist leicht einzusehen: In den Tätigkeitsbereichen dieser

Absolventen hat die Industrie eine nicht mehr nachvollziehbare Personalpolitik betrieben, die viele bewusst entscheidende, junge Menschen heute davon abhält, die klassischen, als schwer eingestuft Ingenieursfächer zu wählen.

Durch gesellschaftliche Tendenzen wird diese fatale Arbeitsmarktsituation von einer Technikfeindlichkeit begleitet, die bis zu einer ausgesprochenen Feindseligkeit gegenüber der Sprache der Technik, der Mathematik reichte.

Gleichzeitigkeit verschiedener Ausbildungswege

Der Prozentsatz der Hochschulabsolventen ist kein Maß für die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft, wenn andere qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten existieren.

In Diskussionen mit Bildungspolitikern erfährt man oft, dass der Prozentsatz der Absolventen von Hochschulen als einziges Maß für den Bildungsstand eines Landes gewertet wird. Dieser Prozentsatz ist nur ein Maß für das Bildungssystem. Andere qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten müssen den Bedarf an Fachkräften auf allen Niveaus abdecken. Insbesondere der deutschsprachige Raum besitzt im Gegensatz zum angloamerikanischen Sprachraum mit der Ausbildungsform „Lehrling“ und „Meister“ eine Tradition, die ein qualifiziertes Berufsbild auch außerhalb einer Hochschulkarriere ermöglicht.

Kritikpunkte Die Ausbildung ist zu lang

Bei einer Einschulung im Alter von fast sieben Jahren, 13 Schuljahren, einem Wehr- oder Zivildienstjahr und vier Jahren Regelstudienzeit ist eine Absolventin oder ein Absolvent in Deutschland nach dem ersten berufsqualifizierendem Abschluss an staatlichen Hochschulen mindestens 24 beziehungsweise 25 Jahre alt. In der Regel sind die Absolventen noch ein bis zwei Jahre älter, also 25 bis 27. Den ersten berufsqualifizierenden Abschluss kann man im angloamerikanischen Hochschulsystem dagegen durchaus mit 22 Lebensjahren erwerben.

Zeit muss in allen Abschnitten eingespart werden. Die Einschulung könnte

ein Jahr früher erfolgen. Die Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre ist ohne Qualitätsverlust möglich, wenn die dann verfügbaren Lehrkräfte zur vollen Unterrichtsabdeckung auch bei Krankheiten und Klassenausflügen eingesetzt würden.

Die erschreckenden Mängel in den Grundlagen der Mathematik und der Naturwissenschaften gehen meist auf Mängel in der Mittelstufe zurück, die dann zur Abwahl dieser Fächer in der Oberstufe führen.

Wehr- und Ersatzdienst müssen in den Zeitanätzen auf ihre sachliche Notwendigkeit überprüft werden. Denkbar wäre hier auch ein an die Schweiz angelehntes Modell einer auf viele Jahre verteilten Dienstpflicht mit kurzen Übungen und Einsätzen, wie es auch beim Technischen Hilfswerk angewandt wird.

Die Regelstudienzeit wird nicht eingehalten

Ein sehr ernst zu nehmender Kritikpunkt an der deutschen Hochschulausbildung ist die fast regelmäßige Überschreitung der Regelstudienzeit. Die Ursache liegt im Konzept des Studiums. Im angloamerikanischen universitären System mit Aufnahmeprüfung und permanenter Betreuung durch „senior students“ drängen die Gebühren zahlenden Eltern auf einen schnellen Abschluss.

Unter diesem Druck entscheidet die Klassenkonferenz über die Versetzung eines Hochschülers in die nächste Jahrgangsstufe. Ein Scheitern wird auf diese Weise fast unmöglich. Dagegen sind die Studierenden des deutschen Systems für den Fortgang ihres Studiums weitgehend selbst verantwortlich. Sie müssen das Studium als erstes großes Projekt ihres Lebens eigenverantwortlich mit allen Fehlermöglichkeiten managen. Leider sind damit nicht wenige Studierende überfordert.

Das für die bisherige Ausbildung charakteristische, eigenverantwortliche Studium sollte beibehalten werden, weil es zu einer Art geführtem Projektmanagement zwingt und damit wesentliche fachübergreifende Berufsfähigkeiten trainiert. Dennoch sollte durch Zwischenprüfungen ein gestuftes System mit jeweiliger Anerkennung etabliert werden, so dass soziale Härten vermieden werden (Zwischendiplom, Bachelor, FH-Diplom, Uni-, TH-Diplom oder Master). Eine weitere Hilfe wäre ein größeres Angebot an Unterstützung der Studierenden bei den Übungen durch Tutoren (Studierende höherer Semester). Die Verankerung solcher Tutorien in den Studien- und Stundenplänen könnte die Zahl der Abbrecher vermindern und das Studium beschleunigen.

Die Studierenden besitzen zu unterschiedliche Eingangsvoraussetzungen

Da es an den staatlichen deutschen Hochschulen in den meisten Studienfächern keine Aufnahmeprüfung gibt, müssen Lehrveranstaltungen in den Anfangssemestern große Rücksicht auf die sehr heterogenen Bildungsvoraussetzungen der Studierenden nehmen. Dies führt zu erheblichen Reibungsverlusten und einer großen Ineffizienz in diesem Ausbildungsabschnitt. Viele Studiengänge behelfen sich damit, dass sie „Stützkurse“ zum Beispiel in Mathematik vor den eigentlichen Beginn des Studiums schalten. Leider werden diese vorzugsweise von den Studierenden wahrgenommen, die sie nicht nötig hätten.

Änderungsvorschläge Die Anzahl der Schuljahre ist auf 12 zu begrenzen

Die in den neuen Bundesländern praktizierte und in einigen alten Bundesländern versuchsweise eingeführte Beschränkung auf zwölf Schuljahre bis zur allgemeinen Hochschulreife sollte allgemeine Regel werden. Wenn man den Unterrichtsausfall von bis zu 10 Prozent über die gesamte Schulzeit und die Praxis des 13. Schuljahres anschaut, erscheint dieses Schuljahr weitgehend entbehrlich. Die bei der Reduktion der Schuljahre frei werdenden Lehrkapazitäten könnten genutzt werden, um die Unterrichtsversorgung in allen anderen Jahrgängen weitgehend sicherzustellen und die hohen Stundenausfälle abzubauen.

Schule, Hochschule und Wirtschaft sollten enger zusammenarbeiten

In den letzten Jahren sind an die Bildungsinstitutionen Schule und Hochschule von Seiten der Wirtschaft neben dem ursprünglichen Auftrag umfangreiche zusätzliche Vorgaben angetragen worden. So sollen Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Zeit- oder Projektmanagement als dringend erforderliche Tugenden den Lernenden vermittelt werden. Dies kann und sollte auf allen Stufen gefördert werden, auch wenn dies nicht in allen Fächern gleich gut möglich ist. Eventuell müssen diese Fähigkeiten in einem eigenständigen Fach vermittelt werden.

Die weiterführenden Schulen sollten ein angepasstes Modell der Ingenieurverbände (Bild 1) übernehmen und konzeptionell die Bereiche Basiswissen, Fachwissen und fachübergreifende Fertigkeiten vermitteln. Bild 2 zeigt ein für die weiterführenden Schulen modifiziertes Konzept. Die Bilder sollen zeigen, dass ein

fester Kern an Wissen vermittelt werden muss. Zum Beispiel sind grammatikalische Kenntnisse in allen Sprachen einschließlich der Muttersprache unverzichtbar. Das Les- und Hörverständnis muss jedoch mindestens in gleichem Umfang gefördert werden. Auch sollte beim Verlassen der Schule ein Wortschatz verfügbar sein, der die Konversation in mindestens einer Fremdsprache gestattet.

Die Mathematik muss als Basiswissen vieler Studiengänge wieder einen höheren Stellenwert in den Schulen zurückerhalten. Es ist eine Katastrophe, wenn junge Menschen an Lücken in Mathematik scheitern, die auf Versäumnisse in der Sekundarstufe zurückgehen. Was den Stellenwert der Mathematik angeht, sollten wir von unseren französischen Nachbarn lernen: Dort schätzt man den Wert dieser Geisteswissenschaft zur Schulung des logischen Denkens. Wer vorgibt, nichts von Mathematik zu verstehen, den erteilt im französischsprachigen Raum das intellektuelle k.o. Die Elite Frankreichs hat oft an den „Grands Écoles“ studiert. Das sind klassische Ingenieurschulen.

Die Hochschulzugangsberechtigung muss wieder ein verlässliches Zertifikat der Studierfähigkeit werden

Das uralte Wort über die heutige Jugend, die nicht mehr so ist, wie sie früher einmal war, ist hinlänglich abgegriffen. Die Hochschulen und die Industrie erleben die jungen Menschen meist als außerordentlich leistungsbereit. Fragt man Studienanfänger, was sie in einzelnen Schul-fächern – die unmittelbaren Bezug zum Studium haben – an der Schule gemacht haben, erhält man Antworten, die von „Nichts“ bis „Vordiplomsreif“ reichen. Einige Leistungskurse an Gymnasien oder Fachoberschulen erreichen so hohe Qualitätsniveaus, dass im Studium am Anfang für diese Studierenden eine entsprechende Langeweile aufkommt. Das Niveau der Mehrheit eines Kurses besitzt diesen Stand nicht, das Fach wurde vielleicht am Ende der Mittelstufe abgewählt und der oder die Betreffende muss erst an ein adäquates Schulniveau herangeführt werden. Die Forderung an die Schule lautet deshalb, dass die Hochschule sich auf einen Kern von Bildung und Ausbildung verlassen können muss, wenn die Absolventin oder der Absolvent die Hochschulreife erhalten hat. Dies führt fast zwangsläufig zu einem Plädoyer für das Zentralabitur oder Zentralfachabitur. Es ist auch – rein pragmatisch betrachtet – kostengünstiger. Nur je ein Gremium pro Fach und Bundesland muss die Ausarbeitung der Prüfungsaufgaben vornehmen. In Bundesländern ohne Zentralabitur muss die Prüfung der eingereichten

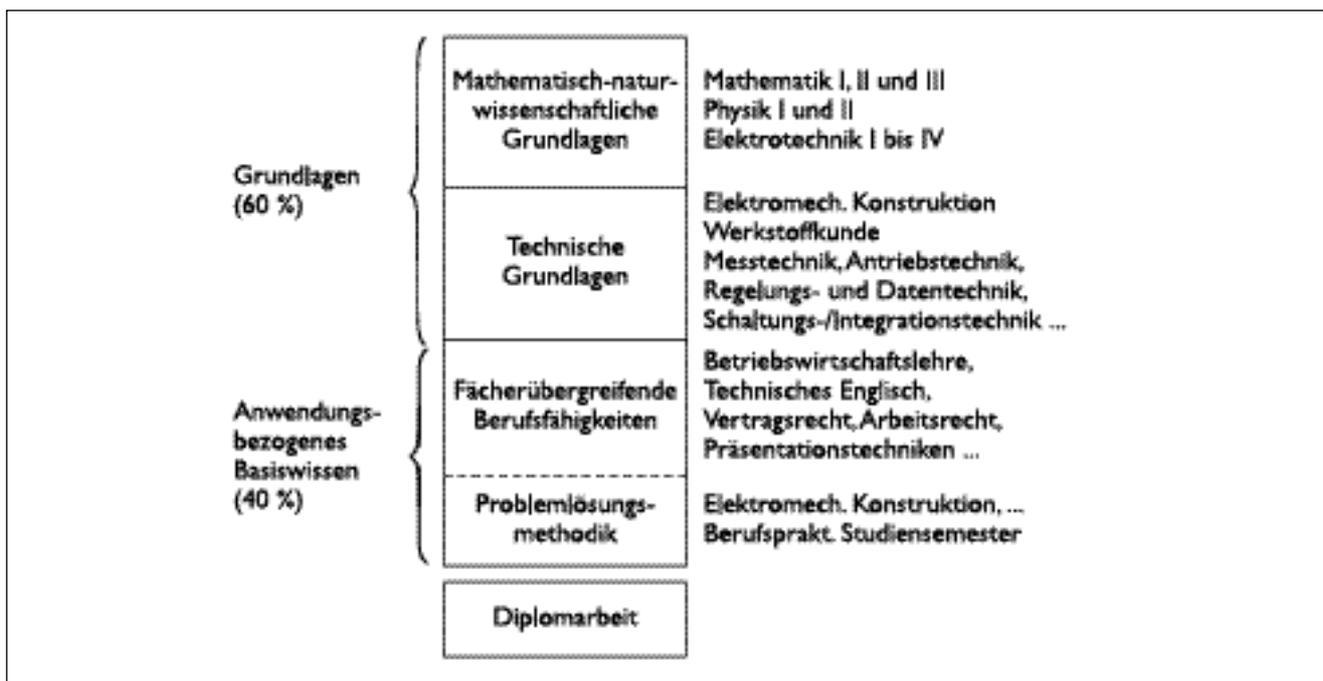


Bild 1: Struktur des Ingenieurstudiums nach VDI und das Beispiel einer Fächerzuordnung in einem Elektrotechnikfachbetrieb
 Vorgaben: 6 Theoriesemester für EU-Vergleichbarkeit
 I Berufspraktisches Studiensemester + Diplomarbeit

Aufgaben für jeden einzelnen Kurs geschehen. Falls das Zentralabitur politisch nicht opportun ist, bleibt als Minimum die Forderung, einen verbindlichen Kanon von Gebieten auch länderübergreifend festzuschreiben, der behandelt werden muss, um die grundgesetzlich garantierte Freizügigkeit aller Bundesbürger auch in der Praxis sicher zu stellen.

Solange die Hochschulen keine Aufnahmeprüfungen durchführen dürfen, muss die Hochschulzugangsberechtigung in allen Bundesländern wieder zu einem

Zertifikat der Studierfähigkeit werden. Die Moderation der Zusammenarbeit Schule, Hochschule und Wirtschaft könnte von Verbänden oder den örtlichen Industrie und Handelskammern institutionalisiert werden.

Die Hochschulen sollten das Vorbild der angloamerikanischen Hochschulen mit gestuften Zertifikaten einführen

Es ist in der Tat ein Drama, wenn ein Studierender nach vielen Studienjahren

durch die letzte seiner Prüfungen fällt, und dann außer der Bestätigung, dass er versagt hat, nichts in Händen hält. Hier könnten gestufte Abschlüsse oder Systeme, die möglicherweise nicht jahrgangsweise, sondern nach einem Kreditpunktesystem organisiert sind, unnötige Härten vermeiden.

Ein staatliches Förderungssystem muss sicherstellen, dass Studierende nicht arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren

Ein von Geldsorgen befreites Studium auch für Kinder weniger finanzkräftiger Eltern würde die mittleren Studienzeiten deutlich reduzieren. Die an den Hochschulen beobachtete Realität ist, dass sehr viele Studierende nur einen Teil ihrer Arbeitskraft dem Studium widmen. Sie sind auf eine Erwerbstätigkeit zur Finanzierung ihres Studiums angewiesen. Sie studieren de facto nur in Teilzeit, was aber aus den Belegunterlagen nicht zu erkennen ist.

Der Staat muss sicher stellen, dass alle geeigneten Bewerber angemessene Bildungschancen erhalten

Es ist eine Binsenweisheit, dass Bildung und Ausbildung Geld kostet. Zur Zeit ist bei einigen politischen Entscheidungsträgern zu vermuten, dass der Rückzug des Staates aus der Grundfinanzierung des Bildungswesens vorbereitet wird. Auch wenn die Früchte dieser Investitionen erst in der nächsten oder übernächsten Legislaturperiode geerntet werden können, sollte weiterhin der Mut aufgebracht werden, kräftig in Bildung zu investieren. □

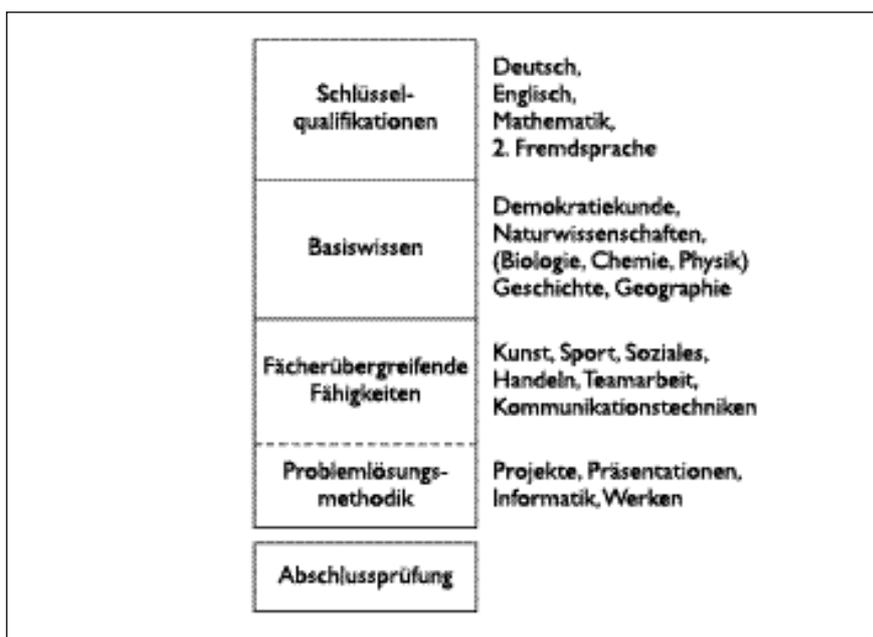


Bild 2: Struktur der Schulbildung in Anlehnung an das Bild 1 und das Beispiel einer Zuordnung



Das Dilemma der Mathematik-Dozenten: Niveau halten und immer weniger Absolventen in Kauf nehmen oder viele Absolventen mit abgesenktem Niveau? Ein Plädoyer für das Grundlagenfach Mathematik

Prof. Dr. rer. nat.
Michael Knorrenschild
Arbeitskreis Ingenieurmathematik der Fachhochschulen in NRW und Fachbereich Elektrotechnik und Informatik
Fachhochschule Bochum
Lennerhofstr. 140
44801 Bochum

PISA und die Schieflage in der Ingenieurmathematik

Stoffverdichtung und Kürzungen – die richtige Antwort?

Die Mathematik-Dozenten der Anfangssemester wissen es seit langem; sie sehen tagtäglich wie wenig die Vorkenntnisse der Studienanfänger heute noch hergeben. Die angehenden Ingenieure kennen viele Rechenregeln vom Hörensagen, wirklich vertraut sind sie damit oft nicht. Belastbares Grundwissen ist Mangelware. Was bislang als die üblichen Klagen der betroffenen Kollegen der Grundlagenfächer abgetan wurde, hat durch die PISA-Studie einen Schock durch die Nation gehen lassen: nun hat man es schwarz auf weiß, eine wissenschaftlich fundierte Studie, die die Defizite der deutschen Schüler – die späteren Studienanfänger – belegt. Es lässt sich nicht mehr wegdiskutieren, was die Dozenten der Studienanfänger und auch die ausbildende Industrie seit langem beklagen. Der Schock sitzt tief: wären die zurückgehenden Kenntnisse aus Sicht mancher noch zu verschmerzen (und teilweise als Anpassung an die moderne Arbeitswelt zu verkaufen), so kann man jetzt in der PISA-Studie nachlesen, was viel schwerer trifft: Deutschland bleibt hinter anderen Ländern deutlich zurück. Die Nation ist in ihrem Stolz verletzt, doch was tun?

Fragwürdige Stoffverdichtungen

Brückenkurse vor Studienbeginn werden vielerorts durchgeführt, um die Mathematik-Kenntnisse „aufzufrischen“. Wie aber sollen jahrelange Versäumnisse im Schulstoff in zehn Tagen Brückenkurs aufgeholt werden? Parallel dazu wird im Studium die Ingenieurmathematik weiter verdichtet: ob Eckdatenverordnung oder Modularisierung, Internationalisierung oder Bachelor/Master – keine Studienreform, die nicht dazu genutzt wurde. Während vor wenigen Jahren ein Studienanfänger schon solide Schulkenntnisse mitbringen musste, wollte er die für einen deutschen Maschinenbau-Ingenieur notwendige Mathematik in vier Semestern erlernen, sollen heutige Studienanfänger, auf dem in der PISA-Studie dokumentierten Niveau, dieses vielfach in der halben Zeit schaffen. Das kann nicht gut gehen.

Eine Frage des Niveaus

Die Ingenieurmathematik an den Fachhochschulen steckt in einem Dilemma: Soll sie, wohlwissend, was in der Industrie erwartet wird, wirklich 90 % der Studierenden durchfallen lassen oder den einfacheren Weg gehen und die Anforderungen senken? Letzteres wird seit längerem schon an den Schulen praktiziert: der Drittelklasser, nach dem sich Lehrer für Klassenarbeiten, bei denen mehr als ein Drittel der Schüler schlechter als ausreichend abschneidet, gegenüber der Schulleitung rechtfertigen müssen, um das Ergebnis – vielleicht – genehmigt zu bekommen, setzt Lehrer unter Druck, gleich das Niveau abzusenken. So bestimmen die schwächeren Schüler, was alle lernen. Immerhin, das Ziel, den Bevölkerungsanteil mit höherer Schulbildung zu steigern, wird so erreicht. Die PISA-Studie hat das deutlich entlarvt – was Schüler wirklich gelernt haben, bleibt weit hinter den werbeträchtigen Floskeln zurück. Insofern ist es zu begrüßen, dass in den Ministerien nun endlich daran gedacht wird, den Drittelklasser zu reformieren. Was daraus wird, bleibt abzuwarten.

Sollen die Hochschulen auch diesen Weg der Absenkung der Anforderungen gehen? Vieles spricht dafür, dass dieser Weg bereits eingeschlagen ist: an einigen Fachhochschulen werden Mathematik-Dozenten, die hohe Durchfallquoten in ihren Klausuren aufweisen, von ihren Kollegen unter Druck gesetzt, für niedrigere Durchfallquoten zu sorgen. Das Ganze aber bitte kostenneutral, mit weniger Wochenstunden bei gleichem Curriculum, ohne Mitarbeiter, in großen Gruppen.

Arbeitskreis Ingenieurmathematik in NRW aktiv

In Nordrhein-Westfalen haben sich Fachhochschulprofessoren zu einem „Arbeitskreis Ingenieurmathematik“ zusammengeschlossen, um die kritische Lage zu erörtern und Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren (Informationen unter <http://www.iuk.fh-dortmund.de/~ingmath>).

Beispielsweise kann ein standardisierter Test der Eingangskenntnisse helfen, die Mängel zu dokumentieren und den Studienanfängern rückzumelden, um deren Motivation zu erhöhen, Lücken zu schließen – ein Verfahren, das in anderen Bundesländern bereits praktiziert wird. Nötig wäre weiterhin eine Betreuung in Übungsgruppen mit geringer Teilnehmerzahl, eventuell nach Level von Vorkenntnissen unterschieden, um mit den Studierenden ihrem Niveau entsprechend arbeiten zu können.

Faktenwissen gegen Methodenwissen

Wer sich die Mathematik-Aufgaben der PISA-Studie anschaut, stellt sofort fest, dass diese Aufgaben nicht die typischen Aufgaben der deutschen Schulmathematik sind. Hier ist mathematische Kompetenz gefragt, die über die Kenntnis von Formeln hinausgeht. PISA konstatiert eine ausgeprägte Kalkülorientierung im deutschen Mathematik-Unterricht und regt Ergänzungen an, um Methodenwissen stärker zu berücksichtigen. Ebenso stellt PISA Mängel bei der Sprachkompetenz der Schüler fest und betont die Auswirkung, die diese Mängel für die mathematische Kompetenz haben. Die Mathematik-Dozenten erfahren täglich, dass es mit dem Erklären mathematischer Konzepte alleine nicht getan ist. Viel-

mehr ist heutzutage auch die Vermittlung von systematischen und analytischen Vorgehensweisen gefragt, eine Kompetenz, die auch von der Industrie eingefordert wird. Für die Mathematik-Dozenten bedeutet dies, in den Mathematikstunden zusätzlich noch Schlüsselqualifikationen zu unterrichten. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen sind daher mangelnde Erfolgserlebnisse nicht nur für die Studierenden vorprogrammiert – auch für den Lehrenden werden Übungsstunden und Klausuren zu einem Frusterlebnis.

Grundlagenfächer nicht weiter zurückdrängen

Keinesfalls darf der Anteil der Grundlagenfächer, insbesondere der Mathematik, im Studium weiter reduziert werden. Die Industrie und der VDI fordern seit langem ein breites Grundstudium und nur zu einem geringeren Teil spezialisierte Lehrveranstaltungen, denn das in letzteren erworbene Wissen veraltet in heutiger Zeit rapide. Was den Ingenieur auszeichnen sollte, ist erworbenes Methodenwissen und solide, belastbare Grundlagenkenntnisse, denn diese sind während des ganzen Berufslebens erforderlich. Speziell im Fach Mathematik werden zunehmend zusätzliche bisher vernachlässigte Themen relevant, z.B. numerische Methoden, Modellierung und

Simulation. Es ist also keinesfalls so, dass Mathematik heutzutage eine geringere Rolle spielt als früher – das Gegenteil ist der Fall! Die PISA-Autoren sehen ganz eindeutig Mathematik als „wesentlichen Inhalt unserer Kultur“, als „eine Art von Sprache, die von den Schülerinnen und Schülern verstanden und funktional genutzt werden sollte“. Umso mehr muss dies für die angehenden Ingenieure gelten. Hier sind die Fachhochschulen aufgefordert, dem gegenwärtigen Trend der Reduzierung der Grundlagen zu Gunsten vorübergehend im Trend der Zeit liegender Spezialveranstaltungen Einhalt zu gebieten.

Fachhochschulen am Scheideweg

Die Fachhochschule als Ausbildungsstätte für den klassischen deutschen Ingenieur steht also am Scheideweg. Wird sie ihren guten Ruf verspielen? Führt der Kurs der Fachhochschulen dazu, dass die Industrie demnächst auf die Absolventen anderer Institutionen (Universitäten, Absolventen ausländischer Hochschulen) zurückgreifen wird? Die vom Hochschullehrerbund ausgemachte Bedrohung der bewährten Institution Fachhochschule ist real. Es ist an der Zeit, die Anforderungen an die Ingenieurausbildung wieder in Einklang mit den Rahmenbedingungen zu bringen. Oder besser umgekehrt! □

Wetten dass?!? 400-Gramm-Papierbrücke trägt 400 kg!

Zum zweiten Mal fand an der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg der Papierbrücken-Wettbewerb des Fachbereichs Bauingenieurwesen statt. Rund 25 Studierende beteiligten sich in 8 Gruppen an dem Wettbewerb. Prämiert wurden die Brücken nach den Kriterien „Ästhetik“ und Tragfähigkeit. Die belastbarste Brücke war die der Studenten Jan Winkler und Werner Link. Sie trug bei einem Eigengewicht von 392 Gramm 402 Kilogramm, ehe sie zu Bruch ging.

Der Wettbewerb, den Prof. Dr. Niels Oberbeck vom Fachbereich Bauingenieurwesen zum zweiten Mal veranstaltete, ist eine rein freiwillige Aktion, an der sich die Studierenden außerhalb der regulären Lehrveranstaltungen beteiligen.

Die Vorgaben, an die sich die Studierenden halten mussten, waren streng: Für die Brücken durfte nur zur Verfügung gestelltes Material, zwei Bogen Karton à 0,55 m² sowie Klebstoff verwendet werden. Zu konstruieren war eine „Einfeldbrücke“, die aus einer ebenen, befahrbaren Oberseite und einer darunter liegenden Tragkonstruktion besteht. Die Fahrbahn musste mindestens 70cm x 15cm im Grundriss aufweisen, allerdings durfte die Breite der Konstruktion 20cm nicht überschreiten.

Hinter der „Spielerei“ stecken Probleme, die die künftigen Bauingenieure auch in der späteren Praxis lösen müssen: „Der Wettbewerb ermöglicht das spielerische Umsetzen der in der Vorle-

sung „Baustatik“ erlernten Zusammenhänge vom Entwurf des Bauwerks über die Konstruktion bis hin zur Ausführung. Die mit dem Baustoff Papier im Modell zu lösenden Probleme sind prinzipiell die gleichen, wie sie sich dem konstruktiven Ingenieur in der Praxis stellen“, betont Prof. Dr. Niels Oberbeck. Durch die Gruppenarbeit werde zudem die Teamfähigkeit gefördert.

Den „Schönheitspreis“ gewann Thomas Jensky mit seiner Brücke „the only one“. Seine Brücke war nicht nur schön, sondern auch außerordentlich belastbar: Bei einem Gewicht von 476 Gramm trug die Brücke 154 Kilogramm, was den zweiten Platz bedeutete.

Thoralf Dietz



Aus Klausuren, Hausarbeiten und Diplomarbeiten:

„Ein Pluralis Majestatis ist die Sprache von der eigenen Person in der 3. Person (Wir-Form).“

„In der internationalen Wirtschaftspolitik werden Kapital, Arbeit und Boden prinzipiell als mobil angesehen.“
„Antizyklische Politik: es ist ein ständiger Kampf der Politik gegen die Konjunktur.“

Klausurfrage:

Welche Systeme von Einordnungskennziffern kennen Sie? Antwort:
„römisch-katholisch, kartesisch, evangelisch-lutherisch“

„Kristen, Juden, Mosleme“

Prof. Dr. Inse Cornelssen
Fachhochschule Hannover
InseCornelssen@web.de
cornelssen@wirt.fh-hannover.de

Ich studiere doch nicht Deutsch!

Zur Sprachkompetenz der Studierenden

Nach Antritt meiner Professur fiel mir sehr bald auf, dass die muttersprachlich deutschen Studierenden meines Fachbereichs (Wirtschaft) erhebliche Schwierigkeiten hatten, sich angemessen zu artikulieren. Es waren deutliche Defizite im Wortschatz und in der Kenntnis der Grammatik zu bemängeln. Sehr häufig wurden Prädikate auf das Objekt statt auf das Subjekt der Sätze bezogen. Die Zeichensetzung glich einem layout-orientierten ästhetisch gesteuerten Verteilen von Kommata über das jeweilige Blatt. Die Funktion von Satzzeichen war weitgehend nicht ausreichend bekannt. Fremdworte wurden zwar benutzt, ihre Schreibweise und Bedeutung waren jedoch z.T. peinlich, z.T. vernünftig unbekannt; so verwechselte z. B. einmal zur allgemeinen Erheiterung in meinem Unterricht ein Student Virginität (von der er redete) mit Virilität (die er meinte).

Darauf angesprochen, reagierten die Studierenden mit Befremden: Man studiere doch nicht Deutsch, das sei doch egal. Sogar im landesübergreifenden Kollegenkreis reagierte man ablehnend auf meinen Vorstoß, stärkeres Gewicht auf korrekte sprachliche Gestaltung der Prüfungsarbeiten zu legen und hierfür notfalls entsprechende Kurse ergänzend anzubieten, so wie seit Jahren Brückenkurse in Mathematik angeboten würden. Man vertrat die Auffassung, das Phänomen sei zwar unbestreitbar, aber es sei zu peinlich, darüber auch nur öffentlich zu reden. Man könne das doch nur totschweigen, alles Andere sei das Eingestehen einer riesigen Blamage. – Und was hat die PISA-Studie uns nun Anderes gebracht als eine riesige Blamage, die man nicht mehr unter den Teppich kehren kann?!

Einzig mein Lehrer und verehrter Kollege Prof. Dr. Dieter Weiss von der FU Berlin schloss sich mir an. Während ich zeitweilig an meinem Fachbereich in Hannover Listen mit Matrikelnummern veröffentlichte, deren Inhabern dringend empfohlen wurde, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern, erreichte er, dass der Fachbereich Germanistik der FU ein Proseminar als Hilfestellung für sprachschwache deutsche FU-Studenten anbot. Die Empörung im Umfeld war nicht unerheblich.

Die gemeinsame Reflexion dieses Phänomens machte mir weitere Defizite in der Vorbildung unserer Studenten bewusst:

Risikovermeidendes Studierverhalten

Viele versuchen, ihr Studium mit Hilfe von stupidem Auswendiglernen erfolgreich zu absolvieren. Dies zur Diskussion gestellt, vertraten sie den Standpunkt, es gehe nicht um Inhalte, sondern um den Schein. Daraus resultierte eine Diskussion über das Lernen, seine Ziele und seine Funktion, über den Stellenwert – und die Verfallszeiten – von Faktenwissen und die Bedeutung von kreativem Denken für erfolgreiche Karrieren.

Die Diskussion förderte Lebensängste zu Tage, eine Gier nach Sicherheit, die fast allen Mut zu selbstständigem Denken erstickt: Das Risiko, mit der eigenen – fundierten – Meinung nicht exakt die Auffassung des prüfenden Dozenten zu treffen, erschien Vielen zu groß. – Man muss kein Psychotherapeut sein, um zu erkennen, dass es hier einerseits an Selbstvertrauen mangelt, andererseits aber Risikoscheu und der Mangel an intellektueller Neugier und Kreativität eine unheilvolle Verbindung eingegangen sind, die vielfach von einem gewissen Fatalismus („Das Schicksal“, „das Leben“ macht doch mit uns, was es will) begleitet wird.

Fehlende Leistungsbereitschaft

Mein Insistieren führte zu leicht aggressiven Reaktionen: Der Unterricht sei zu anstrengend, es werde zu viel abstraktes Denken verlangt, Unterricht müsse so sein, dass er unterhaltsam sei und gleichzeitig das (von mir propagierte) Vor- und Nachbereiten überflüssig mache: Er müsse quasi mundgerecht den Stoff servieren. Schließlich seien die Studierenden ja die Kunden der Professoren – und der Kunde sei König. Verblüfftes Schweigen, als ich konkret, Studierende seien keineswegs meine Kunden. Ich hätte schließlich einen Eid darauf geleistet, die mir anvertrauten Studierenden nach besten Kräften auszubilden. Das bedeute nicht, ihnen das Studentenleben so vernünftig und bequem wie möglich zu

machen, sondern ihnen dazu zu verhelfen, dass sie selbstständig denken und Probleme erkennen und lösen lernen. „Ich muss das nicht mehr, ich kann es, sonst stünde ich nicht hier. Sie müssen es lernen – und diese Anstrengung kann Ihnen niemand abnehmen. Das müssen Sie selbst leisten!“ Frage: Was für spinnerne Ideen wurden den jungen Menschen während ihrer Schulzeit vermittelt und mit auf den Lebensweg gegeben, dass sie sich solche Attitüden erlauben?

Thema Leistungsbereitschaft: Immer wieder beschwerten sich einzelne Studierende bei mir darüber, dass sie einem erheblichen Gruppendruck ausgesetzt werden, im Seminar keine Fragen zu beantworten, keine Fragen zu stellen, sondern zu schweigen, weil alles Andere Kenntnisdefizite der Kommilitonen aufdecken könne. Schließlich sei es ökonomisch, mit möglichst wenig Kenntnis möglichst viele Scheine zu erschlagen. Das wirft Fragen nach der sozialen Kompetenz auf und danach, welche Wertschätzung Leistung noch genießt.

Leistung wird bestraft

Zur Frage der Wertschätzung lässt sich (zumindest aus der niedersächsischen Hochschulpolitik) ableiten, dass – zumindest akademische – Leistung in unserem Gesellschaftssystem nicht geachtet ist, sie wird im Gegenteil bestraft. Beispiel: in Niedersachsen erhielt ein Student ohne Vordiplom bislang als HiWi einen Stundenlohn von reichlich DM 14,-. Mit Vordiplom reduzierte sich der Stundenlohn auf knapp DM 11,-. Waren die Leistungen des Studierenden so gut, dass er als Tutor eingesetzt werden konnte, reduzierte sich der Stundenlohn auf etwas über DM 10,-. Unterstand sich der Studierende, so überragende Kenntnisse, Fähigkeiten und Leistungsbereitschaft zu präsentieren, dass ihm – und seinem Fachbereich – die Wahrnehmung eines studentischen Lehrauftrages möglich wurde, dann reduzierte sich sein

Stundenlohn nochmals – auf unter DM 10,-. Ergo: je höher die Qualifikation, desto schlechter die Bezahlung.

Noch eindeutiger schlägt sich diese Geringschätzung akademischen Know Hows im neuen HRG nieder: Wer es sechs Jahre nach der Promotion nicht auf eine Professur geschafft hat, wird in Zukunft rigoros als Forscher aus der deutschen Wissenschaftswelt verbannt, gilt als akademischer Menschenschrott. Er/sie muss entweder umsatteln oder das Land verlassen und die erarbeiteten Kenntnisse und Fähigkeiten als Wissenschaftler außerhalb Deutschlands einbringen. Bevorzugte Zielregionen derzeit: USA, Australien, Chile und Skandinavien.

Gleiches gilt für die künftige Professoren-Besoldung: VW bekam mit den Gewerkschaften kräftigen Ärger, als das Modell 5000 mal 5000 vorgestellt wurde, weil die geplante Entlohnung für anzulernende Arbeiter mit DM 5000,- brutto unter Tarif lag.

Ein Professor, der auch in Zukunft ein Vielfaches der Qualifikation eines Anlernlings in der Automobilbranche vorweisen muss, soll mit DM 7000,- brutto und unsicheren und nicht kalkulierbaren angeblich beabsichtigten Leistungszulagen (nach Maßgabe der verfügbaren Mittel) abgefunden werden. Er/sie muss aber neben einem Abitur (statt Hauptschulabschluss), ein Studium, eine Promotion und fünf Jahre Berufserfahrung, davon drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs nachweisen.

Das bedeutet viele Jahre Einkommensverzicht (als Gymnasiast und Student), i. d. R. geringste Einkommen in der Promotionsphase, die meist nicht nur zwei Jahre (Regelzeit), sondern im Schnitt fünf Jahre in Anspruch nimmt; zusätzlich Freizeitverzicht in der Phase der außeruniversitären Berufszeit zwecks Wahrnehmung von Lehraufträgen bzw. Erstellung der Dissertation; danach soll es lebenslang mit DM 7000,- brutto (bzw. angemessen umgerechnetem Euro-Betrag) gut sein: Karriere Ende, Kom-

pensation des Einkommensausfalls in der Qualifikationszeit praktisch gleich Null. Ein Facharbeiter, ein Oberstudienrat erreichen höhere Einkommen bei niedrigerer Qualifikation.

Wer schlägt dann noch eine solche Laufbahn ein? Und wer sie einschlägt – ist er wirklich die richtige Person – von Persönlichkeit nicht zu reden, – um den Nachwuchs hochwertig auszubilden? Wer wirklich etwas leisten kann und will, wird sich künftig, solange eine andere Wahl existiert, nicht mehr als Dozent in deutsche Hochschulen verlaufen: Das dafür vorgesehene Entgelt lohnt den dafür notwendigen Aufwand nicht, und die seit Jahren betriebene politische Diskriminierung des Professorenberufs macht diesen höchstens noch für die erstrebenswert, die gar nichts anderes können und nirgendwo sonst ihren Platz in der Arbeitswelt finden: sie „retten“ sich – vorausgesetzt das gelingt innerhalb 6 Jahren nach der Promotion – auf eine Professur. Den anderen erscheint das als Vabanquiespiel und sie suchen sich, da intelligent, ein risikoloseres und gesellschaftlich akzeptierteres Wirkungsfeld – oder wandern aus, wie es sich derzeit (s. o.) verstärkt abzeichnet.

Warum wundern wir uns also, wenn unsere Jugend sich bei ihren Bildungsanstrengungen an dem orientiert, was gesellschaftlich anerkannt und belohnt wird, und auf das politische Kesseltreiben gegen Akademiker mit Bildungsverweigerung und -Abstinenz reagiert? Wie sonst sollten die Jungen reagieren?

Zu guter Letzt: Die Ergebnisse der PISA-Studie haben sicherlich auch etwas mit den gewählten Bewertungskriterien zu tun. Diese dürften an der Mehrheit der teilnehmenden Länder orientiert gewesen sein, nicht an dem Außenseiter Deutschland, dessen Bildungssystem nur von Finnland im Prinzip übernommen worden ist. Aber das entschuldigt nicht die Defizite, die unser derzeitiges Schulsystem – inklusive Analphabetenquote – produziert. □

Plakataktion „Brigitte studiert Maschinenbau“

Immer noch studieren viel zu wenige Frauen technische Fächer – und dies, obwohl in diesen Bereichen die Berufsaussichten hervorragend sind. Damit bleibt wichtiges Potenzial der jungen Frauen

zur Gestaltung der Zukunft, in der die Technik eine wichtige Rolle spielt, weitgehend ungenutzt. Drei Plakatserien mit dem Titel „Brigitte studiert Maschinenbau“, die Studierende des Fachbereichs

Gestaltung unter der Leitung von Prof. Ute Stumpp auf Anregung der früheren Frauenbeauftragten der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg, Prof. Dr. Barbara Kreis, entworfen haben, sol-



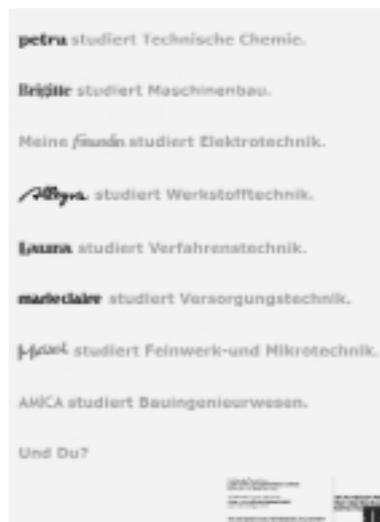
len gezielt Schülerinnen zu einem technischen Studium motivieren. Die Plakatserien, die sich an verschiedene Altersgruppen richten, werden an bayerische Schulen und Hochschulen sowie an öffentliche Einrichtungen und an Firmen verteilt.

„Jedem Kind bereitet ein anderes Unterrichtsfach Spaß: Karin schneidet gerne Stoff für Schürzen und Röcke zu, Uwe bohrt und feilt lieber im Werkkeller an einem Stück Holz herum.“ Was den Kindern unbewusst in Grundschulen, wie hier in einem vor kurzem erteilten Diktat an Rollenvorstellungen vermittelt wird, muss später in von Hochschulen, Ministerien und Firmen angebotenen Seminaren nach dem Motto „be.ing“, „femtec“ oder „do.ing“ usw. wieder entkräftet werden. „Bei diesen Kursen soll das ungenutzte Innovationspotenzial der Frauen herausgefordert werden, da sie sich trotz nachgewiesener technischer Begabung, guter Noten und Interessen bei der Studienwahl meist an Rollenbildern ‚typischer‘ Frauenberufe orientieren. Mit ihrer Verweigerung gegenüber der Technik bleiben wichtige ‚menschliche Ressourcen‘ in einem prägenden Bereich der Zukunftsgestaltung ungenutzt“, meint Barbara Kreis. Die im Sommer begonnene Plakataktion in kommunalen Einrichtungen, Hochschulen und Firmen richtet sich daher an Mädchen, aber auch an Erziehungspersonen. Realisiert wurden die Plakate von zwei Studenten des Fachbereichs Gestaltung: Ralph

„dung“ als Sieger hervor. Mit den Plakaten sollen Mädchen in ihren jeweiligen Lebenssituationen, in die Technik selbstverständlich eingebunden ist, angesprochen und neugierig gemacht werden. Bei der Präsentation vor Kolleginnen und Kollegen sowie vor der bayerischen Hochschulrektorenkonferenz stießen die Entwürfe auf ein ausgesprochen positives Echo.

Nach einer Test-Umfrage an sechs Schulen mit Schüle-

Männern wie Frauen als besonders originell und zugkräftig angesehen. Sie trifft mit bestechender Einfachheit den Wunsch, endlich das Vorurteil abzulegen, dass diejenigen, die Frauenzeitschriften lesen, nichts von Technik verstehen. Bei der Serie „Frau – Technik“ wird durch die Verknüpfung von weiblichen Utensilien, wie Kleidung, Kosmetika etc. mit technischer Bekleidung, Helm, Blauemann oder Werkzeug



Hanwalter und Christoph Hoidn. Christoph Hoidn hat sich mit seinen Plakaten bereits einen Namen gemacht: Im vergangenen Jahr ging er beim bundesweiten Plakatwettbewerb „Suche: *Bil-

rinnen der Kollegstufe wurden sie nochmals überarbeitet und die drei Serien zur Verschickung ausgewählt. Das Projekt wird im Rahmen des Hochschulwissenschaftsprogramms vom Bayerischen Wissenschaftsministerium gefördert.

Die „Frauenzeitschriftenserie“ verwendet gängige Logos von bekannten Frauenzeitschriften wie „Brigitte“, „Freundin“ oder „Petra“ und verknüpft diese mit technischen Studiengängen wie „Brigitte studiert Maschinenbau“ oder „Meine Freundin studiert Elektrotechnik“. Diese Serie wurde nicht nur von den Schülerinnen, sondern auch von Erwachsenen,

aufgezeigt, dass „Weiblich-Sein“ und Technik sich nicht ausschließen, sondern ergänzen. Bei der Bewertung wurde die gute Gestaltung gelobt, die realistische Darstellung des Mädchenalltags und der Zusammenhang von „weiblich sein“ und Technik als gelungen vermittelt bezeichnet. Die „Manga-Serie“ basiert auf Darstellungen von Mädchen und Frauen in technischen Berufen in der Art japanischer Zeichentrickfilme, die bei jüngeren Schülerinnen sehr beliebt sind. Sie schnitt bei der Befragung insbesondere in dieser Altersklasse mit Bemerkungen wie „cool“, witzig, modern“ sehr gut ab und wurde insgesamt als ansprechend bezeichnet.

Thoralf Dietz

Virtuelle Hochschule

Hochschulverbund „Virtuelle Fachhochschule (VFH)“

Am 30. April 2001 hat die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelms- haven zusammen mit den Fachhochschulen Brandenburg, Braunschweig-Wolfenbüttel, Lübeck, Stralsund, der Hochschule Bremerhaven und der Technischen Fachhochschule Berlin die Vereinbarung zum Hochschulverbund Virtuelle Fachhochschule (VFH) unterzeichnet.

Das Ziel dieses Hochschulverbundes ist es, vollständige Online-Studiengänge länderübergreifend anzubieten. Die Bereitstellung von multimedialen Modulen für das selbst-gesteuerte Lernen und eine intensive Betreuung der Studierenden über das Internet ermöglichen Studierenden, berufstätigen Menschen und auch Menschen mit familiären und sozialen Bindungen an die häusliche Umgebung ein Voll- oder Teilstudium. Die Nutzung von Modulen aus den Studiengängen kann besonders gut den individuellen Ansprüchen an eine berufsbezogene Weiterbildung angepasst werden. Mit den Vorzügen traditioneller Ausbildung an Fachhochschulen wie Kompetenz, Praxisorientierung und Betreuung in kleinen Gruppen ergeben sich somit sehr gute Berufs- und Karrierechancen.

Seit Herbst 2001 werden der Bachelor-Studiengang „Medieninformatik“ und der weiterbildende Studiengang

„Wirtschaftsingenieurwesen“ angeboten.

Die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelms- haven beteiligt sich an beiden Studiengängen. Der Fachbereich Elektrotechnik und Informatik in Emden bietet seit dem Wintersemester 2001/2002 Medieninformatik, der Fachbereich Wirtschaft in Emden ab dem gleichen Zeitpunkt den Weiterbildungsstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen an.

Zum Wintersemester 2002/2003 wird das Angebot ausgeweitet. Dann wird der Fachbereich Wirtschaftsingenieurwesen in Wilhelmshaven den gleichnamigen grundständigen Studiengang starten.

Mit den Online-Studienangeboten bieten die beteiligten Hochschulen attraktive Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten angesichts veränderter Arbeits- und Lernbedingungen, indem sie Internet und Multimedia systematisch und ganzheitlich nutzen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert das Projekt bis Ende 2003 mit mehr als 42 Mio. DM und das Bundesinstitut für Berufsbildung ist mit der Projektträgerschaft beauftragt.

Weitere Informationen zu den Studienangeboten sind zu finden unter:

www.oncampus.de.

Antje Gronewold

Stiftungsprofessuren

Zwei Stiftungsprofessuren für die Fachhochschule Nürnberg

Die Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg erhält zwei Stiftungsprofessuren, die im Fachbereich „Elektrotechnik Feinwerktechnik Informationstechnik“ (efi) angesiedelt sind. Dank der großen Unterstützung durch die derzeit zwölf I.C.S.-Part-

nerunternehmen erhält die Hochschule mit der Einrichtung der Stiftungsprofessuren die Möglichkeit, ihr Lehrangebot im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik maßgeblich zu erweitern. Partner der ersten Stunde waren Lucent Techno-

logies und Ericsson EuroLab sowie die mittelständische Firma SoHard, später stießen dann Siemens, ECKART-Werke, die Nürnberger Versicherungsgruppe und zahlreiche weitere hinzu. Nach dem Ablauf des Förderzeitraumes werden die Stiftungsprofessuren in reguläre Planstellen umgewandelt werden.

Eine Professur konnte bereits zu Beginn des Wintersemesters 2001/02 besetzt werden. Das Gesamtvolumen des Projektes, das sich über fünf Jahre erstreckt, beläuft sich auf 4,6 Millionen Mark. Die Mittel fließen zu jeweils 50 Prozent von den im Förderverein „International Co-operative Studies (I.C.S.) e.V.“ zusammengeschlossenen

Partnerunternehmen und aus der High-Tech-Offensive der Bayerischen Staatsregierung an die Hochschule. Ziel des Projektes ist es, den Aufbau des Bachelor-Studienganges

„Telekommunikation und Informationstechnik“ zu fördern und zeit- und praxisnah – insbesondere für die regionalen Unternehmen – Ingenieure auszubilden.

Der Bachelor-Studiengang „Telekommunikation und Informationstechnik“ orientiert sich am international gängigen Bachelor-Master-Konzept bezüglich der Struktur von Studiengängen. Bei diesem Studiensystem erwirbt man als ersten berufsbefähigenden Abschluss den Bachelor-Grad. Daran kann man sofort oder nach einiger Zeit der Berufstätigkeit einen Master-Studiengang anschließen; dieser kann dasselbe Fachgebiet vertiefen oder auch auf einem anderen Gebiet liegen.

Die Besetzung der zweiten Stiftungsprofessur wird aller Voraussicht nach im Frühjahr des Jahres 2002 erfolgen.

Thoralf Dietz

Internationale Studiengänge

Rundum gelungener Start der Pforzheim Graduate School Erfolgreiche Master-Studiengänge Hervorragende Auslandsnachfrage

Mit Beginn des Sommersemesters 2001 hatten im März drei der neuen Master-Studiengänge begonnen, der MBA in International Consulting (MBA-IC) mit 18 Studierenden, der Master of Arts in International Finance and Accounting (MAIFA) mit zehn Studierenden und der Master of Transportation Design (MTD). Da die beiden letzteren Studiengänge auch zum Wintersemester aufnehmen, sind dies insgesamt sehr erfreuliche Zahlen für den Start der neuen Studiengänge.

Der Master of Arts in Communication Management (MCM) begann mit dem zweisemestrigen Kernstudium im Wintersemester mit ca. zehn Teilnehmern. Ebenso startet der Master of Information Systems (MIS) mit 25 Teilnehmern. Die Umgestaltung des seit 1995 angebotenen MBA-Studiums (jetzt MBA in International

Management und Marketing, MBA-IMM) in einen rein englischsprachigen Zug mit Beginn jeweils im Wintersemester (ein deutschsprachiger Zug mit Beginn im Sommersemester) war außerordentlich erfolgreich. Im vorletzten Wintersemester haben 21 Studierende des englischsprachigen Programms ihr Studium aufgenommen.

Der Anteil ausländischer Studierender hat sich im Rahmen der Graduate School erwartungsgemäß positiv entwickelt. Für den MBA-IMM liegt der Anteil bei über 50%; beim MBA-IC sind ca. ein Drittel und bei MAIFA knapp die Hälfte der Studierenden Ausländer. Eine besonders hohe Nachfrage aus dem Ausland (mit Schwerpunkt China und Indien) hatte der MIS zu verzeichnen. Darüber hinaus werden ab dem WS 2001/02 erstmals sechs Studierende unserer

Partnerhochschule ESC Dijon ihr Master-Studium in Pforzheim aufnehmen. Ziel ist eine erfolgreiche Qualifikation für einen doppelten Masterabschluss an der ESC Dijon und der Fachhochschule Pforzheim. Natürlich steht auch unseren Studierenden diese Doppelqualifikation offen (französische Sprachkenntnisse vorausgesetzt).

Interessant hinsichtlich der Teilnehmerzusammensetzung ist auch, dass der Anteil der Pforzheimer Absolventen 50% oder weniger beträgt. Dies ist durchaus erwünscht, da hier ein Interesse nicht nur aus dem eigenen Haus, sondern über die Region hinaus deutlich wird. Bemerkenswert ist dieser Erfolg in Anbetracht der sparsamen Werbemaßnahmen im Vorfeld der neuen Studiengänge.

Das internationale Hochschulmarketing wurde verstärkt. Ein Anfang wurde gesetzt, indem die Graduate School sich – im Rahmen eines vom DAAD organisierten Hochschulmarketing-Programms – erstmals auf drei Bildungsmessen und an vier Hochschulen in Brasilien präsentierte.

Besonders in den beiden MBA-Studiengängen bringt ein Teil der Studierenden langjährige berufliche Erfahrungen mit. Diese nicht nur „mit“ – sondern in das Studium „ein“zubringen, stellt eine erhebliche didaktische Herausforderung dar. Überhaupt unterscheidet sich das Studi-

um in den Master-Studiengängen von den gängigen Studienformaten inhaltlich und organisatorisch in mehrfacher Hinsicht. Fallstudienarbeit, Projektarbeit und Praktiker als externe Dozenten erhöhen den Anwendungsbezug. Organisatorisch werden in einigen Studiengängen in verstärktem Maße Blockveranstaltungen angeboten. Bei MBA-IC sind die Lehrveranstaltungen auf die Wochentage Donnerstag, Freitag und Samstag konzentriert, sodass eine berufliche Tätigkeit in Teilzeit möglich ist.

Der Zusammenhalt untereinander und die Zusammenarbeit in den einzelnen Mastergruppen sind weitere Merkmale, die systematisch gefördert und unterstützt werden. Die von Unternehmen immer stärker geforderte Teamfähigkeit, d.h. auch eigene Erfahrungen in Teamarbeit zu machen, kann nicht auf Dauer an den Hochschulen vorbeigehen. Die Master-Programme eignen sich auch auf Grund ihrer überschaubaren Gruppengröße dazu, hier neue Wege zu gehen. Zum Teil finden solche Konzepte auch Eingang in das grundlegende Studium an der Hochschule.

Fazit: Der Start der neuen Master-Studiengänge ist rundum gut gelungen, es bleibt die Anforderung, den hohen Erwartungen der Studierenden zu entsprechen.

Günther Bergmann

Masterstudiengang Public Health an der HAW Hamburg

Ab dem Wintersemester 2002 bietet die HAW Hamburg ein dreisemestriges Public-Health Studium mit dem internationalen Abschluss „Master of Public Health“ (MPH) an. Er richtet sich an Personen mit geeignetem Hochschulabschluss und mindestens einjähriger Berufserfahrung, die sich für Leitungsaufgaben im Gesundheitswesen qualifizieren wollen. Das Studium vermittelt die Fähigkeiten, gesundheitsrelevante Daten zu erhe-

ben, zu analysieren und zu interpretieren und die Gesundheit der Bevölkerung durch Interventionen auf den Ebenen Lebensstil, Umwelt, gesellschaftliche Gruppen und Politik zu verbessern.

Im ersten Semester werden unter anderem die Themenfelder Public Health in Deutschland, Europa und weltweit, Gesundheitsförderung und Gesundheitserziehung, Epidemiologie und Statistik sowie Gesundheitsmanagement und Gesund-

heitsökonomie gelehrt. Im zweiten Semester steht die Public Health Forschung mit ihrem Bezug zur Politikentwicklung, zu Programmplanung, Evaluation und zu Gesundheitssystemen im Vordergrund.

Eine Besonderheit stellen die am Forschungsschwerpunkt Public Health der Hochschule ausgerichteten Schwerpunktfächer Arbeit und Gesundheit bzw. Ernährung und Gesundheit dar. Nach verschiedenen Schätzungen werden etwa ein Drittel aller Kosten im Gesundheitswesen durch Krankheiten verursacht, deren Entstehung direkt oder indirekt mit der Ernährung zusammenhängen. Insofern sind entsprechende Forschungsvorha-

ben für die Prävention von Erkrankungen zukünftig gesundheitspolitisch von besonderer Tragweite.

Das dritte Semester ist der Anfertigung einer wissenschaftlichen Abschlussarbeit (Master-Thesis) vorbehalten.

Durch das modular aufgebaute Curriculum ist sowohl ein Vollzeitstudium in drei Semestern als auch ein Teilzeitstudium möglich. Manche Module können auch per Internet absolviert werden. 25 Studienplätze stehen zur Verfügung. Es wird eine Gebühr von 1000 Euro pro Semester erhoben. Weitere Informationen finden sich im Internet unter www.public-health-hamburg.de.

Brigitte Köhnlein

Marketing

FH München „best practice-Hochschule 2002“

Die Fachhochschule München wurde vom CHE Zentrum für Hochschulentwicklung mit dem „best practice-Preis 2002“ ausgezeichnet. Damit erhält zum ersten Mal eine Fachhochschule in Bayern diese renommierte Auszeichnung, mit der innovative

Indikator gestütztes Mittelverteilungssystem.

Die Gutachterkommission stellt überdies heraus, dass es der Hochschulleitung gelungen sei, zusammen mit den Fachbereichen mehr Eigenverantwortlichkeit und Leistungsfähigkeit zu erreichen.



Erstsemesterbegrüßung in München, links Präsidentin Prof. Dr. Marion Schick, rechts Studentin

Reformprozesse an Hochschulen gewürdigt werden.

In ihrer Begründung zeigt sich die Gutachterkommission „beeindruckt vom breit angelegten und umfassenden Reformweg, den die Fachhochschule München seit 1999 beschreitet.“ Zu den herausragenden Reformprojekten zählen die Einrichtung effizienter Leitungsstrukturen, Zielvereinbarungen mit allen Fachbereichen und ein

Gerade angesichts der Größe und Komplexität der FH München sei die Systematik und Konsequenz, mit denen gemeinsam Ziele vereinbart und verfolgt würden, einmalig unter den Bewerbern. Die FH München ist mit rund 13.000 Studierenden und 480 Professorinnen und Professoren die größte Fachhochschule in Bayern und die drittgrößte in Deutschland.

FH München



Den Anspruch, möglichst „vollständig“ lehren zu wollen, aufzugeben ist der Schlüssel zur Lösung des Stoffmengen-Problems. Ausgehend von der kognitiven Lerntheorie wird der Lernvorgang als ein hochgradig aktiver Prozess beschrieben. Demzufolge sollte die Gesamtheit der aktiven Lerntätigkeiten die der passiven überwiegen. Somit ist eine Reduktion unabdingbar. Der Autor beschreibt eine Reduktionstechnik.

Prof. Dr. Martin Lehner
Wissenschafts- und Management-
methoden
Fachhochschule Vorarlberg
Achstrasse 1
A-6850 Dornbirn
email martin.lehner@fh-
vorarlberg.ac.at

Das Stoffmengen-Problem lösen

Erfolgreich reduzieren mit der 3R-Technik

Im Bereich der Aus- und Weiterbildung gibt es ein zentrales Problem, das einer teilnehmergechten Didaktik häufig im Wege steht: das Stoffmengen-Problem. Die Menge des im Unterricht zu vermittelnden Lehrstoffes ist dermaßen umfangreich, dass der Lehrende einem fortwährenden Zeitdruck ausgesetzt ist. Meist verfällt er dann in eine Art „Vortragsdidaktik“; d. h. die Lehr- und Sozialform „Vortrag“ dominiert das Vorlesungsgeschehen (häufig verbunden mit einem übermäßigen Einsatz von OH-Folien bzw. Powerpoint-Slides). Die Teilnehmer sind weitgehend zur Passivität verurteilt (vgl. Abb. 1).

Die eine Seite des Problems: die Rahmenbedingungen

Es ist richtig, dass das Unterrichtshandeln in ein Geflecht von Bedingungen eingebunden ist. Dazu zählen in der Regel die Vorgabe

- von Lernzielen und Lerninhalten
 - des zeitlichen Rahmens und
 - der Teilnehmerzahl.
- Diese Bedingungen begrenzen den Handlungs- und Entscheidungsspielraum des Lehrenden.

Die andere Seite des Problems: das „Vollständigkeits-Programm“

So unbefriedigend es sein mag: an den unterrichtlichen Rahmenbedingungen lässt sich meist nur relativ wenig ändern. Anders sieht es bei den Vorstellungen aus, die ein Lehrender hinsichtlich der *Vollständigkeit* „seiner“ Inhalte entwickelt. Diese Vorstellungen lassen sich wie folgt umschreiben: Zum Lehrenden wird berufen, wer

über eine große Menge an Wissen verfügt. Um diese Berufung zu „rechtfertigen“, gilt es nun in jeder Veranstaltung dieses hohe Wissensniveau zu demonstrieren. Und dies geschieht, indem versucht wird, die große Wissensmenge auch möglichst vollständig an die Teilnehmer weiterzugeben. Gemäß dieser Vorstellung lehrt gut, wer *vollständig* lehrt.

In dieser „inneren Vorschrift“, man könnte auch von einem „Vollständigkeits-Programm“ sprechen, liegt der Schlüssel zu dem Stoffmengen-Problem. Denn wie sich noch zeigen wird, kommt es gar nicht so sehr darauf an, „mit dem Stoff ‚durch‘ zu sein“ oder „den Stoff geschafft zu haben“. Es ist vielmehr entscheidend, erfolgreiche Lernprozesse der Teilnehmer anzustoßen und zu organisieren (vgl. Lehner/Ziep 1997, S. 31 ff.).

Lehren heißt: Lernaktivitäten organisieren

Die Bedeutung aktiver Verarbeitungstätigkeiten für erfolgreiche Lernprozesse ist heute unumstritten (vgl. Renkl 1997, S. 53). In diesem Zusammenhang sei auf ein fundamentales Missverständnis hingewiesen. Sehr häufig wird geglaubt, einen bestimmten Sachverhalt „gelernt“ zu haben, wenn man diesen verstanden hat. Das Verstehen eines Sachverhalts ist zwar eine Voraussetzung des erfolgreichen Lernprozesses, dieser selbst wird aber erst in aktiven Verarbeitungsschritten erreicht.

Wenn dem aber so ist, genügt es eben nicht, einen Sachverhalt nur „angesprochen“ zu haben. Der Lehrende kann zwar zur Beruhigung des eigenen Gewissens ein „Häkchen“ hinter den jeweili-

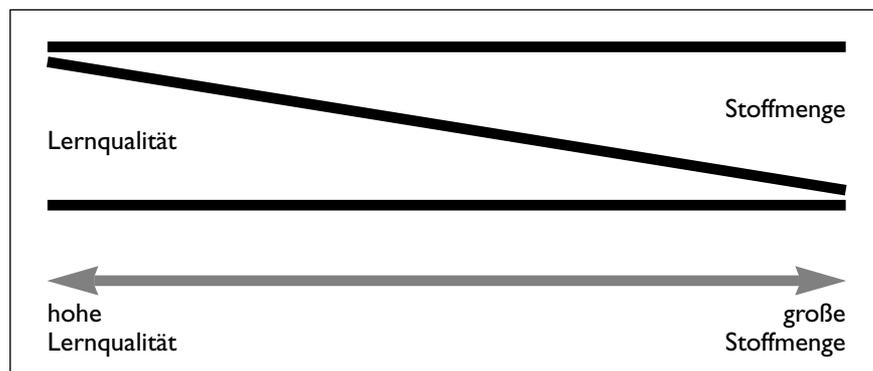


Abb. 1: Die Stoff-Lernqualität-Schere

Schritt	Vorgang	Analogie
Basis	Stoff-Systematik	Blumengarten
R1	Wesentliches auswählen	Blumen pflücken
R2	Zusammenhänge herstellen	zu einem Strauß anrichten
R3	Verbindungen knüpfen	mit Blumengrün verzieren
Produkt	Fachlandkarte	Blumenstrauß

gen Lernstoff machen, die Teilnehmer dürfen aber keinesfalls ihr „Kreuzchen“ in der Rubrik „gelernt“ anbringen.

Summa summarum: Aktive Lern-tätigkeiten der Teilnehmer müssen einen hohen Anteil im Unterricht einnehmen. Dies hat zur Konsequenz, dass auf das bloße „Ansprechen“ eines Teils des vorgesehenen Lernstoffs verzichtet werden muss. Etwas provokant formuliert: Es ist effizienter, wenige Lerninhalte intensiv zu be- und verarbeiten, als viele Lerninhalte nur „angesprochen“ zu haben. Demzufolge müssen Lehrende „ihr Pensum“ reduzieren.

Die 3R-Technik: Von der Stoff-Systematik zur Fachlandkarte

Im folgenden wird eine Technik skizziert, die es ermöglicht, die Lerninhalte so auszuwählen und zusammenzustellen, dass sie lerngerecht bearbeitet werden können. Diese Technik wird in dem oben stehenden Schema skizziert und ist in Abb. 2 graphisch dargestellt:

Die Blumenstrauß-Analogie

Mit einer Analogie lässt sich die 3R-Technik verdeutlichen: Angenommen, Sie möchten jemandem mit einem Blumenstrauß aus dem Garten (= Gesamtwissen) eine kleine Freude bereiten. Dann werden Sie sicherlich wie folgt verfahren: Als erstes entscheiden Sie sich für die schönsten Blumen und pflücken diese (R1), anschließend ordnen Sie die Blumen zu einem Strauß an (R2), und zu guter letzt verzieren Sie den noch unvollkommenen Strauß mit etwas Blumengrün (R3) (vgl. Lehner 1993, S. 45; Umstätter 2002).

Die Stoff-Systematik (als Basis der 3R-Technik)

Mit der Stoff-Systematik verbindet sich die Absicht, die für den Lernprozess in Frage kommenden Inhalte in einer fachsystematischen Form zusammenzustellen. Es ist hierbei durchaus wünschenswert, möglichst „vollständig“ zu verfahren.

Ähnlich wie bei der Unterteilung eines Buches in Kapitel, Abschnitte, Unterab-

schnitte etc. werden auch hier mehrere Ebenen bestimmt, denen die einzelnen Inhalte zugeordnet sind. Im Unterschied zum Aufbau vieler Bücher spielen bei der Stoff-Systematik didaktische Aspekte zunächst überhaupt keine Rolle – wichtig ist ausschließlich die fachsystematische Ordnung.

In der Abb.3 ist ein Ausschnitt der Stoff-Systematik zum Thema „Hochschuldidaktik“ zu sehen. Es sind mehrere Bereiche (Lernen, Lernziele und Struktur, Reduktion, Methoden und Medien) bezeichnet und teilweise auch weiter aufgefächert.

Schritt R1: Wesentliches auswählen

Dieser Schritt ist der wichtigste Schritt der 3R-Technik. Es geht hierbei darum, die *wesentlichen* Lerninhalte von den *unwesentlichen* Lerninhalten zu trennen. So einfach, wie sich dies zunächst anhört, ist es aber bei weitem nicht. Denn genau bei diesem Schritt muss das „vollständige Denken“ ausgeschaltet werden, um zu einer teilnehmergerechten Reduktion der Lerninhalte zu kommen.

Es ist empfehlenswert, nicht nur die Inhalte zu benennen, die als *wesentlich* angesehen werden, sondern auch diejenigen, die als *unwesentlich* gelten. Grundsätzlich finden derartige Entscheidungen auf allen Ebenen der Stoff-Systematik statt; es stellt sich aber in der Praxis heraus, dass eine Ebene meist besonders stark von diesem Auswahlverfahren („die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen“) betroffen ist.

Beispiel: Dieses Auswahlverfahren sei kurz an der Stoff-Systematik „Hochschuldidaktik“ vorgeführt (s. Abb.4). Die Themen „Aktives Lernen“, „Reduktion“ und „Visualisierung“ werden ausgewählt; die Themen „Funktionen von Medien“ und „Teilnehmerorientierte Methoden“ bleiben in diesem Fall unberücksichtigt.

Schritt R2: Zusammenhänge herstellen

Nach der Auswahl der wesentlichen Inhalte geht es nun im Schritt R2 darum, die Zusammenhänge zwischen den ausgewählten Inhalten aufzuzeigen. Ein Zusammenhang kann fachsystematischer Natur sein, es kann der Praxisbezug der einzelnen Inhalte aufgezeigt werden, oder es wird ein stimmiges Fallbeispiel beschrieben, das alle Inhalte zusammen führt.

Anhand eines Fallbeispiels wird das Zusammenspiel zwischen der Idee des aktiven Lernens, der Reduktionstechnik und der Visualisierung beschrieben – in diesem konkreten Beispiel am Beispiel des EDV-Seminars „Grundlagen der Textverarbeitung“.

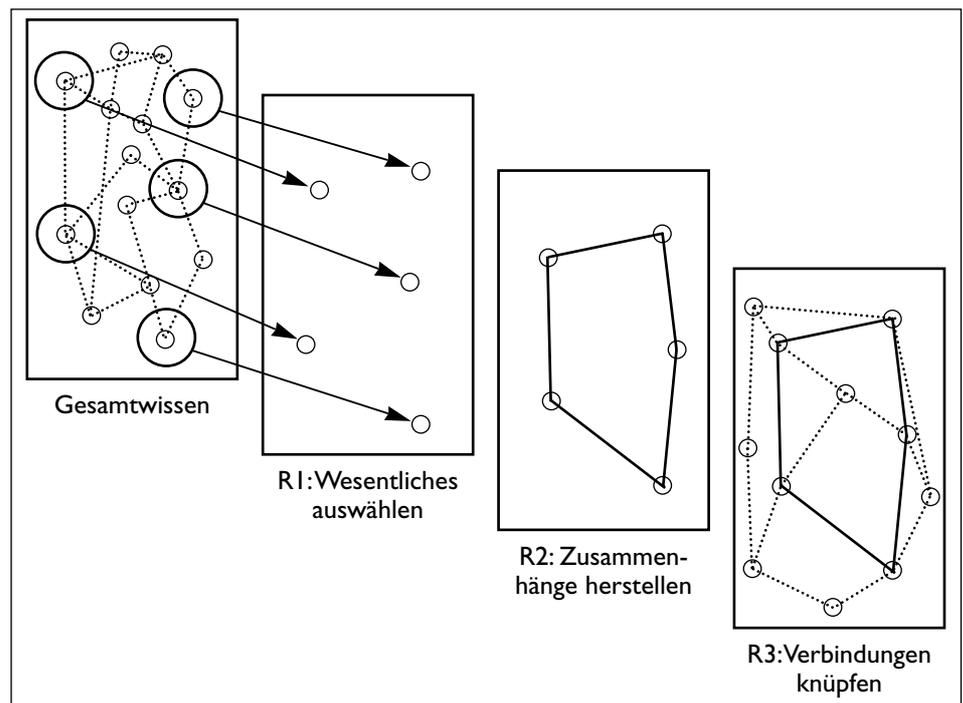


Abb. 2: Die 3R-Technik der Stoffreduktion

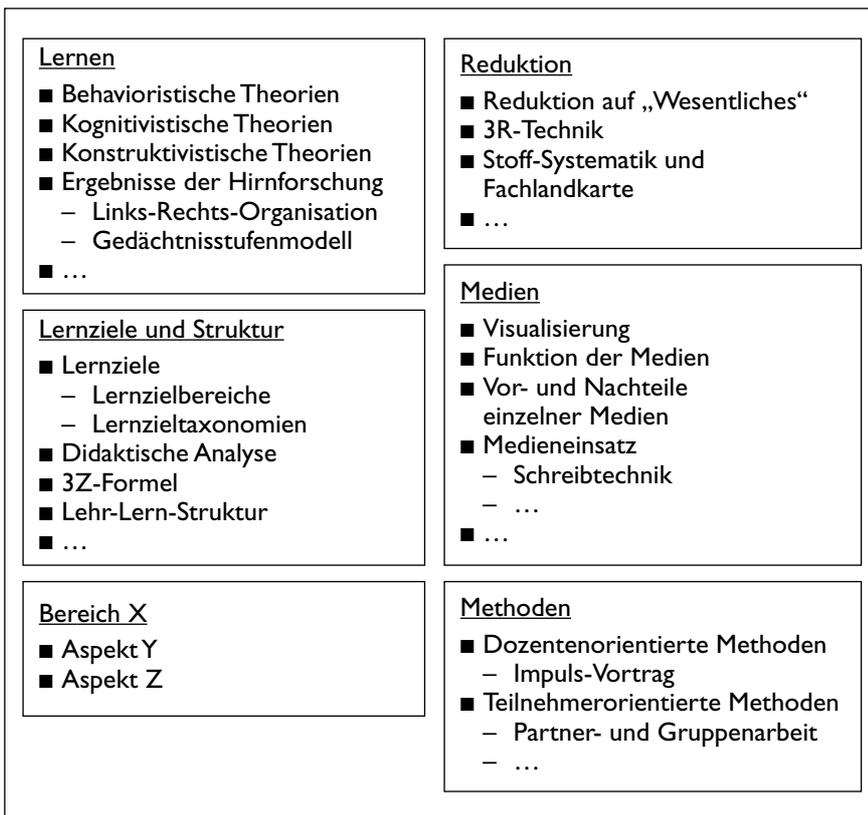


Abb. 3: Die Stoff-Systematik „Hochschuldidaktik“

Schritt R3: Verbindungen knüpfen

Im letzten Schritt der 3R-Technik wird die inzwischen schon fast fertige Fachlandkarte vollendet. Es geht nun darum, die festgelegten Inhalte mit anderen Inhalten bzw. Informationen in Verbindung zu bringen, zu verknüpfen bzw. zu assoziieren.

Die Verbindung kann wiederum fachsystematischer Natur sein, i. d. R. wird sie aber Informationen mit den bereits festgelegten Inhalten verknüpfen, die für die praktische Anwendung besonders wichtig sind.

Beispiel: Im letzten Schritt wird beispielsweise das Thema „Reduktion“ in die Aspekte „Fachlandkarte“ und „3R-Technik“ aufgefächert.

Die Fachlandkarte (als Produkt der 3R-Technik)

Im Gegensatz zur Stoff-Systematik ist die Fachlandkarte (vgl. Döring/Ritter-Mamczek 2001, S. 49) das Ergebnis einer Reduktionstechnik und berücksichtigt ausschließlich die für den Lernprozess in Frage kommenden Lerninhalte.

Beispiel: Als Produkt der 3R-Technik entsteht eine Fachlandkarte, die auch Verknüpfungen zwischen den Aspekten verschiedener Themen aufweist (vgl. Abb. 4). So ist beispielsweise der Aspekt „Lern-Whopper“ mit dem Aspekt „Fachlandkarte“ verknüpft.

Zusammenfassung

Das wohl größte Problem des heutigen Lehr- und Lern-Geschehens ist das sogenannte „Stoffmengen-Problem“: Die Lerninhalte sind dermaßen umfangreich, dass sich viele Lehrende nicht anders zu helfen wissen, als in eine Art „Vortragsdidaktik“ zu verfallen.

Ausgehend von der kognitiven Lerntheorie wird der Lernvorgang als ein hochgradig aktiver Prozess beschrieben. Demzufolge sollte die Gesamtheit der aktiven Lerntätigkeiten die der passiven überwiegen. Somit ist eine Reduktion unabdingbar.

Es wird davon ausgegangen, dass sich die unterrichtlichen Rahmenbedingungen (Ziele, Inhalte, zeitliche Vorgaben etc.) durch den Lehrenden nur geringfügig beeinflussen lassen. Der Schlüssel zum „Stoffmengen-Problem“ liegt in der Aufgabe des Anspruchs, möglichst „vollständig“ lehren zu wollen.

Es wird ein Reduktionsverfahren (die 3R-Technik) vorgeschlagen, das eine vollständige „Stoff-Systematik“ in eine reduzierte „Fachlandkarte“ umwandelt. Die einzelnen Reduktionsschritte lauten: R1: Wesentliches auswählen, R2: Zusammenhänge herstellen und R3: Verbindungen knüpfen.

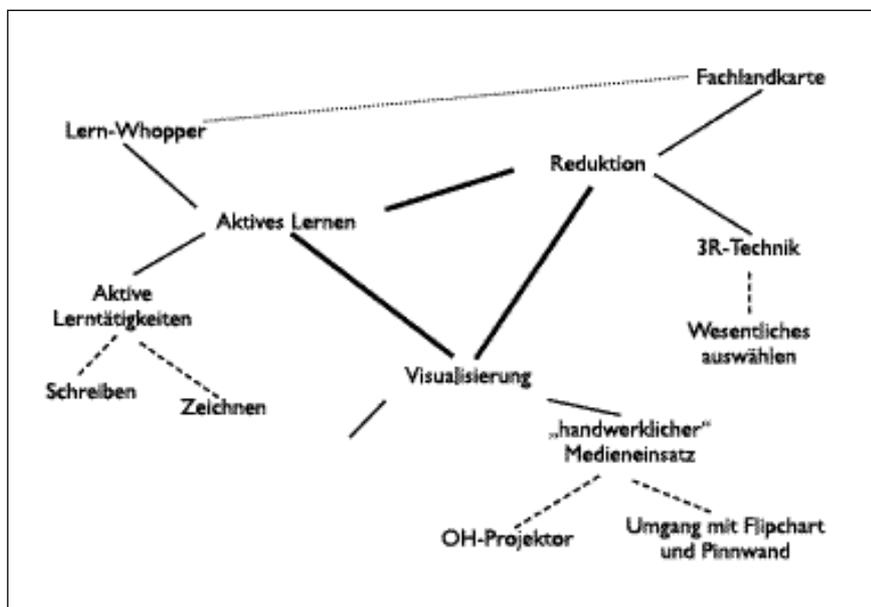


Abb. 4: Die Fachlandkarte „Hochschuldidaktik“

Literatur:

Döring, K.W./Ritter-Mamczek, B. (82001): Lehren und Trainieren in der Weiterbildung, Weinheim
 Lehner, M. (1993): Neue Wege der didaktischen Reduktion, in: Verwaltung und Fortbildung, H. 1/93, S. 42-50
 Lehner, M./Ziep, K.-D. (21997): Phantastische Lernwelt – Vom „Wissensvermittler“ zum „Lernhelfer“ – Eine Ideensammlung für Dozenten, Trainer und Lehrer in der Weiterbildung, Weinheim
 Renkl, A. (1997): Lernen durch Lehren – Zentrale Wirkmechanismen beim kooperativen Lernen, Wiesbaden
 Umstätter, W. (2002): Didaktische Reduktion durch Biologisches Lernen, <http://www.ib.hu-berlin.de/~wumsta/lectd.html> (5. April 2002) □



Spezialist ist jemand, der sich auf eine von ihm gewählte Form der Unwissenheit beschränkt hat.
(Elbert Hubbard, amerikanischer Essayist; 1856-1915)

Prof. Achim Albrecht
FH Gelsenkirchen
Fachbereich Wirtschaftsrecht

„Soft Skills“ und der Führungsnachwuchs

Anforderungsprofile im Wandel

In der freien Wirtschaft und zunehmend auch in den Amtsstuben des öffentlichen Dienstes hat sich ein wahrnehmbarer Wandel vollzogen. Würden vor zwanzig Jahren noch ausgewiesene Spezialisten für künftige Führungspositionen gesucht, die mit überdurchschnittlichen ‚Hard Skills‘ – den curricularen Kernfächern ihrer Profession – brillieren konnten, geht nicht erst seit heute der Trend hin zum umfassend geschulten Generalisten mit Schlüsselqualifikationen.

‚Soft Skills‘ sind Stärken, die nicht auf dem Papier stehen und über die fachliche Qualifikation hinausgehen. Der Gebrauch von Anglizismen kann nicht über das diffuse Profil des überall betonten Karrierefaktors hinweg täuschen. Gleichwohl wird in Einstellungsmarathons, in sorgfältig komponierten Anzeigen und ‚Recruiting-Messen‘ wie ‚Characters‘, ‚Chance‘ oder ‚High Potenzials‘ dem Thema ‚Soft Skills‘ ein insgesamt größerer Raum gegeben als der Beschäftigung mit den klassischen Anforderungsprofilen.

Blickt man hinter das Wortgeklingel der neo-modernistischen Begriffe, so muss der Absolvent von heute teamfähig, flexibel, organisationsstark, kreativ, kommunikativ, belastbar, motiviert, sprachbegabt und ganzheitlich denkend sein, kurz: ein Individuum mit Menschenkenntnis und Einfühlungsvermögen sowie Kommunikations- und Kritikfähigkeit, Durchsetzungsvermögen und der Fähigkeit, andere Menschen einzubinden und für gemeinsame Ziele zu begeistern. Dass die betreffenden Spezialisten in ihrem jeweiligen Fachgebiet sind und dort überdurchschnittliche Leistungen nachweisen können, wird ohnehin vorausgesetzt und en passant wahrgenommen.

Was sich in der Theorie einleuchtend anhört, ist in Wirklichkeit ein harter, weil außerordentlich schwer zu fassender Prüfstein. Wie bei den meisten ‚buzz words‘ herrscht recht schnell gepflegte Ratlosigkeit, wo der Personalentscheider gerade noch behauptete, im Unternehmen habe man klare Vorstellungen vom idealen Bewerber. Mussten nicht leitende Angestellte schon immer die erwähnten Persönlichkeitsprädikate mitbringen? Wie werden ‚Emotional Intelligence‘ und

‚Soft Skills‘ jobbezogen in Auswahlverfahren valide abgeprüft? Wie kann ein Unternehmen ‚den finden, der zu uns passt‘, wenn ausnahmslos alle potenziellen Arbeitgeber die gleichen zehn gefragtesten ‚Soft Skills‘ bei ihrem künftigen Führungsnachwuchs ausgeprägt sehen wollen?

Assessment Center, Coachings, Berufsstrategie Seminare bis hin zu eher esoterischen Ansätzen: der Schulungen und des Bücher Machens ist kein Ende. Mit der Eingabe der allgemein anerkannten Hauptbegriffe der ‚Soft Skills‘ Materie bei einer Internet Suche kann man leicht mehr als 60.000 Treffer erzielen, die von viel verwendeter Management-Literatur bis zum reißerisch populären Ratgeber für jedermann reichen.

Es soll an dieser Stelle nicht das Ziel sein, zu analysieren, was sich hinter den Anforderungen von Persönlichkeitsmerkmalen verbirgt und wie man erfolgreich Bewerbungsverfahren abschließt. Die Schlagworte der ‚Skills of the Heart‘ zu entschlüsseln und auf ihre firmenbezogene Realität zu beziehen, gelingt mit einiger Übung genau so rasch, wie das nächstern-rechtigen Verständnis von allgemein gebrauchten Superlativen in Reisekatalogen. Leider bedeutet dies noch lange nicht, dass die eigene Persönlichkeit auch wirklich zielgerichtet geschult worden ist, um solche Prädikate heranreifen zu lassen.

Defizite in Schulen und Hochschulen

Fundamentale ‚Soft Skills‘ wie Durchsetzungsvermögen, Ausdauer, Teamfähigkeit und Kreativität sollten von frühester Zeit an in die Erziehung mit einfließen. Die Defizite im deutschen Erziehungswesen in Schulen und Hochschulen sind eklatant, auch wenn erste unsichere Schritte in die richtige Richtung unternommen wurden. In den USA wird im schulischen Alltag selbstverständlich das Fach ‚Self Science‘ in den Kanon der zu lehrenden Fächer an prominenter Stelle aufgenommen. Kinder werden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützt. Emotionale Fähigkeiten und soziales Verhalten werden geschult. In Skandinavien und Japan stehen ‚Learning for Life‘ – z.T. in englischer Sprache – auf dem Pro-

gramm, um dem Eintrichern von ‚Hard Facts‘ eine kreative Komponente zur Seite zu stellen. In bundesdeutschen Ländern ist man noch weitgehend auf den pädagogischen Ehrgeiz der Lehrer angewiesen, die neben dem Lehrplanwissen ihren Schülern auch das ‚1x1 der Persönlichkeit‘ mit auf den Weg geben wollen. Dies geschieht zumeist in freiwilligen Arbeitsgemeinschaften.

Nicht viel besser sieht es an den Kaderschmieden des akademischen Nachwuchses, unseren Hochschulen, aus. Während an Hochschulen in Asien, weiten Teilen Europas und Nordamerikas Debate Clubs, Moot Courts und Personality Challenges jeder denkbaren Couleur zum selbstverständlichen und hoch geschätzten Pflichtprogramm gehören, spricht man bei uns im Zusammenhang mit ‚Soft Skills‘ noch gerne verschämt von Fähigkeiten, die sich der geübte Student neben dem Studium aneignen sollte. Nur zu häufig werden auch in ‚fortschrittlichen Curricula‘ Veranstaltungen zur Stärkung der sozialen Kompetenz und emotionalen Intelligenz in den kaum beachteten Wahlbereich abgeschoben und für ein elitäres Teilnehmerfeld in Blockseminaren abgehandelt. Nicht umsonst hat ein weiter Kreis von kommerziellen Anbietern das Feld der Bewerbertrainings, der Vorbereitungen auf Assessment Center und der Persönlichkeits Coachings für sich und ihre Zwecke entdeckt. Die Fülle der Angebote ist an jedem schwarzen Brett nachzuvollziehen.

Nun ist es allerdings nicht damit getan, überkommene Veranstaltungsinhalte, wie z.B. ‚Verhandeln, Moderieren, Präsentieren‘ zu entstauben oder die im Wahlpflichtbereich friedlich dahin dümpelnden ‚Planungs- und Führungstechniken‘ interkulturell und interdisziplinär anzureichern. Ebenso wenig ist es damit getan, den Fächerkanon quantitativ aufzublähen oder in einem Anfall opportunistischen Zeitgeistes im Ausland sinnvolle Gestaltungen deckungsgleich unserem Bildungssystem überzustülpen. An dieser Stelle sei nur an die unheilige Diskussion der tertiären Bildungsabschlüsse erinnert, die in einer verkannten Ausprägung des internationalen Wettbewerbsgedankens zu einer Flut von ‚mit heißer Nadel gestrickten‘ Bachelor- und Master-Studiengängen in Deutschland geführt hat. Es liegt nahe, dass man erneut in den Fehler verfallen könnte, die bildungspolitischen Gegebenheiten in den USA nach Abschluss der High School mit denen in Deutschland nach dem Abitur gleichzusetzen. Tatsächlich beginnt der Student im angloamerikanischen Bildungsraum in sehr jungem Alter eine Art ‚studium generale‘ und spezialisiert sich erst spät, dafür aber in einem schmalen Wissens-

segment. Es ist unbedingt erforderlich, erfolgreiche Systeme nicht zu kopieren, sondern sie zu modifizieren.

Ausrichtung an den Praxisanforderungen

Ein viel versprechender Ansatzpunkt ist die Curriculumsentwicklung vor dem Hintergrund der zukünftigen Einsatzerwartungen in der Praxis. Zunehmend lassen Unternehmen erkennen, dass nicht Kandidaten einer ganz bestimmten Studienrichtung favorisiert werden, sondern solche, die über die erforderlichen ‚Soft Skills‘ verfügen. Hintergrund für die neue Aufgeschlossenheit ist die Erkenntnis, dass unterschiedliche Herangehensweisen an Probleme in einem mehr und mehr interkulturell und global geprägten Umfeld bessere Lösungen ermöglichen. International tätige Firmen im Dienstleistungs- und Produktionssektor setzen auf ‚managing diversity‘, also eine Vielzahl der Geschlechter, Nationalitäten und Qualifikationen innerhalb eines Konzerns. Endgültig vorbei ist die Zeit, als die Beschäftigung mit ‚Soft Skills‘ als ‚brotlose, intellektuelle Akrobatik in einem leeren Zirkuszelt‘ titulierte wurde. Nur wer heutzutage als Absolvent einen nachweisbaren, möglichst praxisnahen Erfahrungsschatz in Kommunikations-training, Persönlichkeitsentwicklung und Konfliktbewältigung, gepaart mit geschultem und erlebtem interkulturellem Verständnis vorweisen kann, wird den Anforderungen der freien Wirtschaft gerecht. Selbst bei nicht passgenauem Fachwissen hat ein so ausgebildeter Bewerber beste Einstiegschancen, da bei ihm Kompetenz in Sachen Wissensaneignung und hohe Flexibilität vermutet wird. Und seien wir einmal ehrlich: wer hat schon je viel in der Praxis direkt Verwertbares an der Hochschule gelernt? Dies war schon immer so und gilt umso mehr angesichts der ständig komplexer werdenden Arbeitswelt. Die große Anzahl der überall aufgelegten Trainee-Programme sprechen eine klare Sprache.

Die Ausrichtung an den Praxisanforderungen führt auch zu einer Klassifizierung in primäre und sekundäre ‚Soft Skills‘. Die ersteren vermitteln Primärtugenden ohne Vermischung mit Fachmaterien. Hierzu gehören etwa das Erlernen grundlegender Gesprächs- und Argumentationsfähigkeiten, konfliktbewältigendes Verhalten, Kreativitätstraining und anderes mehr.

Im sekundären Bereich werden diese primären Tools in fachspezifischen Feldern eingesetzt und erprobt. Kreativität wird dementsprechend ‚spielerisch‘ für das betriebliche Vorschlagswesen eingesetzt, ein Ideenmanagement als Unter-

nehmensressource entwickelt, konkrete Führungsprobleme aus der Unternehmenspraxis mittels einer Motivationsanalyse beleuchtet und strategisches Projektmanagement als Teamaufgabe konzipiert.

Als Beispiel für ein aus Verhandlungstechniken entstandenes eigenes, neues Berufsbild soll das des ‚Mediators‘ dienen. Längst ist aus dem Modebegriff eine viel beachtete Vermittlungstätigkeit zwischen streitenden Parteien geworden. Das Instrument der ‚Mediation‘ hat den Sektor der Scheidungsmediation verlassen und wird Kosten sparend im Wirtschafts- und Umweltbereich angewandt. Bei der Mediation verbinden sich ‚Soft Skill‘-Fähigkeiten mit einem die Parteien überzeugenden Fachwissen zu einer neuen Art konfliktlösender Kompetenz – zweifelsohne ein Erfolgsmodell.

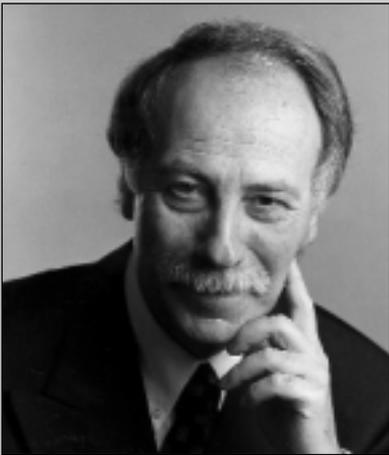
Der allgemeine Tenor ist: nur eine ausgewogene Vernetzung von ‚Hard Facts‘ und ‚Soft Skills‘ kann den beruflichen Anforderungen im Führungsnachwuchsbereich optimal begegnen. Ein langfristig erfolgreicher Einsatz von diversen Führungsinstrumenten, Akzeptanz im Unternehmen und organisatorisches Geschick setzen das Erlernen und Erproben von ‚Soft Skills‘ in der beschriebenen Staffellung und Intensität voraus. Ein ‚Learning on the Job‘ trüge das Scheitern schon in sich. □

28 Hochschulen gründen das European Institut for Quality Assurance EIQA e.V.

Am 13. Mai 2002 haben 28 Hochschulen aus Hamburg und sechs weiteren Bundesländern in Hannover das European Institut for Quality Assurance EIQA gegründet, das diese Qualitätssicherung durch Akkreditierung fördern und weiterentwickeln will. Dr. Hans-Gerhard Husung, Präsident der HAW Hamburg, wird die Arbeit als stellvertretenden Vorsitzender im Vorstand unterstützen.

Das Institut hat sich die Aufgabe gestellt, die Qualität der internationalen Studienabschlüsse Bachelor und Master in Deutschland zu sichern, eine Verständigung über Ausbildungsstandards zu erreichen und die internationale Akzeptanz der Abschlüsse zu fördern. Es berät die Norddeutsche Akkreditierungsagentur ZEvA (Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover) und entwickelt die Akkreditierungsverfahren weiter. "Mit unserer internationalen Ausrichtung engagieren wir uns schon länger bei der Einführung international vergleichbarer Studienabschlüsse. Wir möchten die Chance nutzen, unsere Erfahrungen in die Arbeit der Qualitätssicherung einzubringen," sagte Dr. Hans-Gerhard Husung anlässlich der Gründung von EIQA. An der HAW werden derzeit 13 Bachelor- und Masterstudiengänge angeboten, von denen bereits acht akkreditiert sind, weitere sind im Aufbau.

Brigitte Köhlein



Der Präsident der Fachhochschule Hannover (FHH) hat in der Bundes-Delegiertenversammlung des hlb am 1. Juni 2002 in Goslar sein Modell einer möglichen Umsetzung der Dienstrechtsreform vorgestellt. Das Modell ist am Beispiel der FHH durchgerechnet und beruht auf den niedersächsischen Rahmenbedingungen.

Prof. Dr. Arno Jaudzims
Präsident der Fachhochschule Hannover (FHH)
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Fachhochschulleitungen (ANF)
1. stellvertretender Vorsitzender der LandesHochschulKonferenz Niedersachsen (LHK)
Ricklinger Stadtweg 118
30459 Hannover
Telefon 0511/9296-1001
Fax 0511/9296-1010
E-Mail praesident@fh-hannover.de

Umsetzung der Dienstrechtsreform

Eine mögliche Variante

Das vorgestellte Beispiel stellt keinen endgültigen Vorschlag für eine konkrete Umsetzung des Professorenbesoldungsreformgesetzes dar. Es ist vielmehr Teil eines Diskussionsprozesses, in dem um die beste und verträglichste Lösung nachgerungen wird. Das gestufte Grundsystem sollte allerdings nicht mehr in Frage gestellt werden.

Die Frage, ob eine Abkehr von einer reinen Anciennitätsbesoldung (Ziel: Erwerbseinkommensoptimierung) begonnen wird oder eher eine Anlehnung an Überkommenes präferiert wird (Ziel: Lebensseinkommensoptimierung), ist unabhängig von Verfahrensweisen und Kriterien noch zu diskutieren.

Die in Goslar vorgetragenen Vorstellungen werden hier nicht referiert, vielmehr handelt es sich um eine Weiterentwicklung des Modells nach der dortigen Diskussion. Sie sollten aber sehr sorgfältig vor allem mit potenziell Betroffenen erörtert werden, damit die Chancen des Reformgesetzes auch genutzt werden. Bloße Perpetuierung des Bestehenden mit geringen kosmetischen Änderungen jedenfalls würden eine verpasste Möglichkeit darstellen.

Niedersächsische Rahmenbedingungen

Die Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes (NBesG) tritt wahrscheinlich am 1. Juli 2002 in Kraft. Hier ist besonders relevant Artikel 4, § 2 a, Absatz 4:

„Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur bestimmt durch Verordnung im Einvernehmen mit dem Finanzministerium das Nähere über die Gewährung von Leistungsbezügen an Professorinnen und Professoren sowie an hauptamtliche Mitglieder der Hochschulpräsidien. Es soll dabei den Hochschulen weitgehende Entscheidungsspielräume einräumen und die für die Gewährung von Leistungsbezügen nach § 33 BBesG vorgesehenen Möglichkeiten grundsätzlich ausschöpfen. Insbesondere sind das Vergabeverfahren, die Voraussetzungen und die Kriterien der Vergabe, die Ruhegehaltfähigkeit der Leistungsbezüge und deren Teilnahme an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen zu regeln. In der Verordnung sind auch nähere Bestim-

mungen über die Voraussetzungen und das Verfahren für die Gewährung von Forschungs- und Lehrzulagen nach § 35 Abs. 1 des BBesG an Professoren und Professorinnen zu treffen.“

Für die Leistungsbezugsverordnung liegt der 3. Rohentwurf des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur vom 23. Mai 2002 vor, der in einem Workshop unter Beteiligung der Hochschulen, des Finanzministeriums und des CHE am 27. Mai 2002 beraten wurde. Eine überarbeitete Fassung wird vom gleichen Kreis im September 2002 noch einmal diskutiert; die vorläufige Endfassung geht dann in das Anhörungsverfahren (Frühherbst 2002); das In-Kraft-Treten ist für den 1. Januar 2003 vorgesehen.

Überlegungen zur Umsetzung

Bei der Umsetzung der Dienstrechtsreform müssen zunächst Grundsätze zur Vergabe der verschiedenen Zulagenarten entwickelt werden. Das Modell beruht auf folgenden Vergabegrundsätzen:

- **Berufungs- und Bleibezulagen**
Gegenwärtig soll von diesen Möglichkeiten nur äußerst verhalten Gebrauch gemacht werden, da sich eine entsprechende Kultur an den Fachhochschulen (im Gegensatz zu den Universitäten) erst entwickeln muss. Außerdem sollte in der Einführungsphase der Leistungszulagen aus Gründen des sozialen Friedens (wegen anderer Erwartungen der bereits Berufenen) mittelfristig den Bedürfnissen dieser Betroffenen besondere Beachtung geschenkt werden.
- **Funktionszulagen**
Dieses ist der unproblematischste Bereich. Strittig könnte allenfalls die Höhe im Vergleich zu den anderen Kategorien sein, da hiermit auch die Zulagen der hauptamtlichen/hauptberuflichen Hochschulleitung und anderer Funktionen (z.B. Dekanatsleitungen) abzudecken sind.
- **Leistungszulagen**
Ihre Vergabe soll transparent, aufgrund einfacher Kriterien und nur in groben Grenzen geschehen. Eine hochdifferenzierte Zulagenvergabe nach Punkten je Leistungsbestandteil ist hinsichtlich des Endergebnisses unübersichtlich und möglicherweise hin-

sichtlich der Abgrenzung und Bewertung der Leistungsbestandteile ungerecht. Nur auffallend schlechte oder auffallend gute Leistungen können bzw. müssen gesondert berücksichtigt werden. Für bereits Berufene nach C müssen im Falle der Option für W Regelungen gefunden werden, die sie weder besser noch schlechter stellen als bei einem Verbleib in C bzw. im Vergleich zum „Normalfall“ W.

Im Übrigen: Auch die nichtmonetären Anreize spielen für Professoren und Professorinnen eine Rolle.

Vergleich C/W-Besoldung

Dem Vergleich zwischen der C- und der W-Besoldung liegen folgende Annahmen zugrunde:

1. Alle Beträge sind in Euro angegeben.
2. Berücksichtigt sind die Grundvergütungen einschl. Sondervergütungen (88,21% eines Monatsgehalts), keine individuellen Zuwendungen. Berechnungsgrundlage ist immer ein volles Kalenderjahr.
3. Für die C-Besoldung liegt die ab 1. Januar 2002 gültige Besoldungstabelle zu Grunde.
4. Der Betrag der Grundvergütung W2 wurde aus der aktuellen Fassung der Bundesbesoldungsordnung W entnommen.
5. Die Zulagenhöhe ist aktuell realisierbar, allerdings ohne einen nennenswerten Spielraum für Berufungs- oder Bleibeverhandlungen. Dieser ist im Zeitablauf durch das Ausscheiden von nach C3-Besoldeten zu gewinnen.
6. An der FHH werden die meisten Professoren und Professorinnen im Alter zwischen 36 und 39 Jahren berufen. Dem Modell liegt ein Eintrittsalter von 36 Jahren in die Dienstaltersstufe 9 zugrunde.
7. Nach sieben Jahren Hochschulzugehörigkeit würde die Berufung in ein Professorenamt C3 erfolgen, wenn das bisherige Besoldungssystem beibehalten würde.
8. In der W-Besoldung wird nach dem zweiten Hochschuljahr auf Antrag eine Leistungszulage von 200 Euro auf drei Jahre befristet gewährt.
9. Nach dem fünften Jahr erfolgt auf Antrag des Professors/der Professorin eine Leistungsüberprüfung. Bei Bestehen wird die bereits gewährte Leistungszulage „entfristet“, d.h. auf Dauer gewährt und kumulativ für die nächsten fünf Jahre eine befristete Leistungszulage von 250 Euro gewährt.
10. Nach dem zehnten Jahr Hochschulzugehörigkeit erfolgt auf Antrag der

Professorin/des Professors wiederum eine Leistungsüberprüfung. Bei Bestehen wird die bereits gewährte Leistungszulage „entfristet“, d.h. auf Dauer gewährt und kumulativ für die nächsten fünf Jahre eine befristete Leistungszulage von 300 Euro gewährt.

11. Nach dem 15. Jahr Hochschulzugehörigkeit erfolgt auf Antrag des Professors/der Professorin wiederum eine Leistungsüberprüfung. Bei Bestehen wird die bereits gewährte Leistungszulage „entfristet“, d.h. auf Dauer gewährt und kumulativ für die nächsten fünf Jahre eine befristete Leistungszulage von 350 Euro gewährt.
12. Nach dem 20. Jahr Hochschulzugehörigkeit erfolgt auf Antrag des Professors/der Professorin wiederum eine Leistungsüberprüfung. Bei Bestehen wird die bereits gewährte Leistungszulage „entfristet“, d.h. auf Dauer gewährt und kumulativ für die nächsten fünf Jahre eine befristete Leistungszulage von 476 Euro gewährt.
13. Nach dem 25. Jahr Hochschulzugehörigkeit erfolgt auf Antrag des Professors/der Professorin wiederum eine Leistungsüberprüfung. Bei Bestehen wird die bereits gewährte Leistungszulage „entfristet“, d.h. auf Dauer gewährt.

Die nach diesen Kriterien zu erwartende Besoldung nach C und W ist grafisch vergleichend dem nachfolgenden Schaubild zu entnehmen.

Ein Vergleich der beiden Besoldungen ergibt, dass in den ersten vier Jahren die Jahresgehälter gleich sind. Anschließend hinkt die Entwicklung der W-Besoldung

der C-Besoldung hinterher, um dann im 21. Jahr bis zur Pensionierung um 2.190 Euro über der C-Besoldung zu liegen. Insgesamt beträgt das so berechnete Erwerbseinkommen in der W-Besoldung 56.549 Euro weniger als in der angenommenen C-Besoldung. Diese Absenkung ist allerdings nicht die Zielsetzung. Vielmehr können und müssen hieraus weitere Zulagen gewährt werden.

Perspektiven

Wegen fehlender Erfahrungen und der notwendigen Übergangsphase könnte ein solches Modell als erste Umsetzung der Leistungszulagen nur mittelfristig bis 2008/2010 gelten. Die damit gemachten Erfahrungen müssen überprüft werden und in eine Neuentwicklung einfließen.

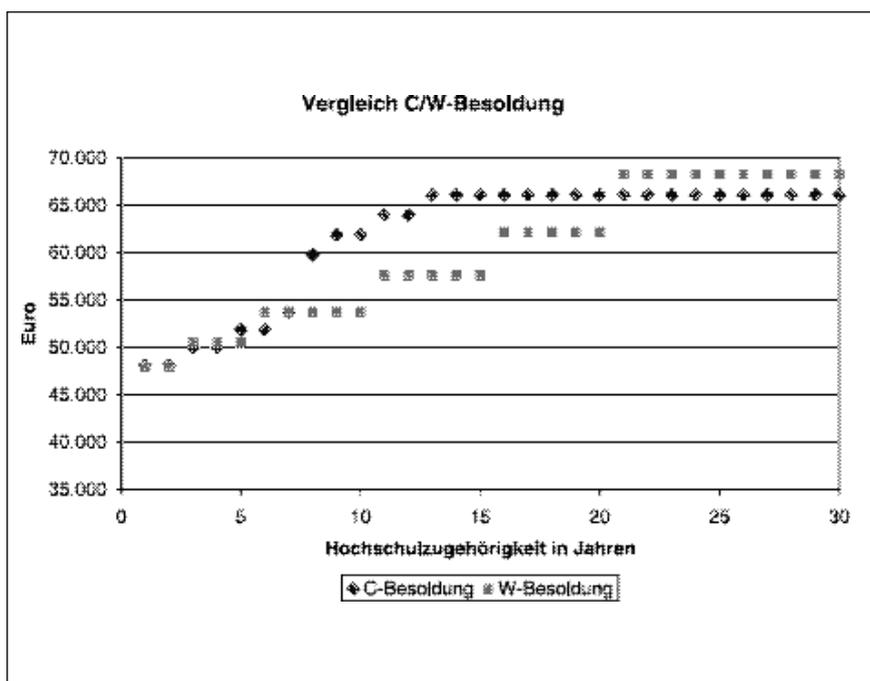
Der Komplexität des Themas kann dieser Beitrag nur bedingt Rechnung tragen, zumal es sich nicht um ein Vortragsmanuskript handelt, sondern um die verkürzte Version eines einstündigen Vortrags, in die Aspekte aus der anschließenden Diskussion bereits integriert wurden. Kommentare und Anregungen für die Weiterentwicklung des niedersächsischen Modells sind herzlich willkommen.

Literatur:

Witte, Johanna/Schreiterer, Ulrich/Müller-Böling, Detlef, Gestaltungsfragen bei der Umsetzung des Professorenbesoldungs-Reformgesetzes, CHE, Mai 2002

Witte, Johanna, Perspektiven für eine leistungsorientierte Professorenbesoldung im Lichte internationaler Erfahrungen (Entwurf), CHE, Mai 2002

Waldeyer, Hans-Wolfgang, Das Gesetz zur Reform der Professorenbesoldung, in: Die neue Hochschule, 2/2002, S. 19 - 31



Fachhochschulen stärken - Kapazitäten ausbauen

Aus Anlass der Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung des Landtags hat die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen e.V. eine Stellungnahme zur weiteren Entwicklung der Fachhochschulen abgegeben. Wir geben hier eine gekürzte Fassung wieder.

1. Strukturveränderungen in der Akademikerbeschäftigung zu Gunsten der Fachhochschulabsolventen

In den letzten 20 Jahren ist der Anteil der Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen gemessen an der Gesamtbeschäftigung kontinuierlich angestiegen. Dieser Trend setzt sich fort. Nach Schätzungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung wird der Anteilswert für Hochschulabsolventen von z.Zt. ca. 16 % auf 30 % im Jahr 2015 ansteigen.

Innerhalb der Akademikerbeschäftigung wird es zu einer Strukturveränderung kommen. Die inhaltliche Nachfrage richtet sich verstärkt nach wissenschaftlich fundierten, praxisorientierten Ausbildungs- und Qualifikationsprofilen. Gleichzeitig wird aber auch der quantitative Bedarf an Hochschulabsolventen mit forschungsorientierter Ausbildung für Tätigkeiten außerhalb der Hochschulen und außerhalb der wissenschaftlichen Einrichtungen wachsen.

Aus diesen Überlegungen folgt aus der Sicht der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen die Notwendigkeit, die Fachhochschulen auszubauen. Bereits in den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Erwerbspersonen mit einem Fachhochschulabschluss mehr als verdoppelt.

2. Erweiterung des Fächerspektrums an Fachhochschulen

Aus der Prognose für die Arbeitslandschaft 2015 folgt ferner, dass sich der Ausbau nicht nur auf die stark nachgefragten Fächer beschränken kann, sondern das begrenzte Fächerspektrum an den Fachhochschulen nach Auffassung der Landesvereinigung mittel- und langfristig deutlich erweitert werden muss. Dies ist in einzelnen Fächern bereits geschehen...

Aufgabenverlagerungen zu Gunsten der Fachhochschulen führen zu Belastungsverlagerungen, die zusätzliche Ressourcen für die Fachhochschulen erforderlich machen.

3. Stärkung der Angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen

Der Bildungsauftrag der Fachhochschulen ist die wissenschaftlich fundierte, praxis-

orientierte Ausbildung. Sie benötigen, um diesen Auftrag wahrnehmen zu können, einen eigenständigen Zugang zur angewandten Forschung und Entwicklung. Dieser Zugang muss auch mit angemessenen Ressourcen ausgestattet sein, was sehr häufig nicht der Fall ist.

Die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen befürwortet in diesem Zusammenhang die Empfehlungen des Wissenschaftsrats, die anwendungsorientierte Forschung an Fachhochschulen verstärkt in die längerfristige Forschungsförderung einzubinden, wofür es in Nordrhein-Westfalen in Form der sog. Forschungsschwerpunkte bereits gute Beispiele gibt.

Erst ihre Drittmittelfähigkeit, die sie in den Stand setzt, Drittmittel von außen einzuwerben, befähigt die Fachhochschulen, selbst Träger des Wissens- und Technologietransfers zu sein und wirtschaftsnahe Auftragsforschung zu übernehmen. Es ist vor allem der Mittelstand im regionalen Umfeld einer Fachhochschule, der im Wissens- und Technologietransfer als Partner der Fachhochschule infrage kommt...

4. Gestufte Studiengänge an Fachhochschulen

Die Fachhochschulen können gestufte Studiengänge mit den Abschlüssen „Bachelor“ und „Master“ einführen. Sie nehmen diese Möglichkeit zunehmend wahr...

Da den gestuften Studiengängen nach wie vor Skepsis entgegengebracht wird, wird es umso wichtiger sein, geeignete Studiengänge auszuwählen, den ersten Abschluss nach drei Jahren als einen berufsqualifizierenden Abschluss zu konzipieren und an die Akkreditierung der Studiengänge hohe Anforderungen zu richten.

Die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen appelliert in diesem Zusammenhang an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, bei der beabsichtigten laufbahnrechtlichen Zuordnung von Bachelor- und Masterabschlüssen nicht nach dem traditionellen Schema vorzugehen und die Absolventen von Bachelor- und Masterstudiengängen lediglich in den gehobenen Dienst einzugruppieren. Denn mit einem solchen Beschluss, den die Innenminister von Bund und Ländern vorbereiten, würden nach Auffassung der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen die Bemühungen um die Einführung der gestuften Studiengänge und um die internationale Kompatibilität deutscher Studienabschlüsse konterkariert.

5. Innovationen an Fachhochschulen: Duale Studiengänge

Duale Studiengänge sind eine Spezialität sowohl der staatlichen als auch der privaten Fachhochschulen... Duale Studiengänge beruhen in der Regel auf Absprachen mit kooperierenden Betrieben. Je nach Wunsch der Studierenden und Betriebe können duale Studiengänge an Fachhochschulen ausbildungsintegrierend, berufsintegrierend (berufliche Teilzeittätigkeit) und berufs begleitend (berufliche Vollzeittätigkeit) konzipiert werden. Die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen befürwortet, die dualen Studiengänge an den Fachhochschulen auszubauen...

6. Fachhochschulen im Wettbewerb

...Zum Wettbewerb zwischen den Hochschularten gehören faire Wettbewerbsbedingungen. Da Fachhochschulen über kein Promotionsrecht verfügen und deshalb auch kein Doktorandenstudium anbieten können, befinden sie sich vor allem im Urteil ausländischer Studenten, die in Deutschland studieren wollen, in einem Wettbewerbsnachteil... Deshalb empfiehlt die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen, die Promotionsordnungen der Universitäten in Nordrhein-Westfalen darauf hin zu prüfen, ob unzumutbare Hürden für promotionsbereite Fachhochschulabsolventen bestehen, um diese abzubauen.

7. Erhöhung der Attraktivität der Fachhochschulprofessur

Die Aufgaben in der Lehre und in der Angewandten Forschung an Fachhochschulen verlangen exzellente Professorinnen und Professoren. In der zunehmenden Konkurrenz zwischen Fachhochschulen und Arbeitgebern außerhalb der öffentlich finanzierten Wissenschaft um exzellentes Personal muss die Attraktivität der Fachhochschulprofessur erhöht werden, um die Qualität von Lehre und Forschung an Fachhochschulen zu sichern.

Die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen empfiehlt für die Fachhochschulen im Vergleich zu den Universitäten eine konkurrenzfähige Besoldung, angesichts der zusätzlichen Aufgaben in der Angewandten Forschung und Entwicklung und bei der Internationalisierung der Studiengänge eine Reduzierung des Lehrdeputats von z.Zt. 18 Semesterwochenstunden sowie eine vermehrte Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeitern...

Soziale Berufe gefragt

Im Gegensatz zu allen anderen Arbeitsmärkten, die eine negative Entwicklung genommen haben, hat sich der Arbeitsmarkt für sozialpflegerische Berufe positiv entwickelt. Die Zahl der Stellen hat bis zu 7 Prozent zugenommen; die Zahl der arbeitslos gemeldeten Sozialpädagogen und Sozialarbeiter hat entgegen der allgemeinen Trends abgenommen. Als Grund hierfür gibt die Bundesanstalt für Arbeit in ihrem Jahresbericht 2001 unter anderem an, dass in den vergangenen Jahren Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu einer steigenden Nachfrage geführt haben.

Angebote von Vereinen und Verbänden beinhalteten überwiegend Aufgaben in der regionalen Kinder-, Jugend-

und Familienhilfe, gelegentlich auch in Beratungsstellen für bestimmte Zielgruppen.

Bei den Offerten von Bildungsträgern stand die Betreuung und Beratung von Lehrgangsteilnehmern, besonders auch im Rahmen der Vorbereitung auf die berufliche Erstausbildung Jugendlicher im Vordergrund. Daneben spielten Maßnahmen mit dem Schwerpunkt „Arbeit statt Sozialhilfe“ für Erwachsene eine Rolle.

Die Nachfrage aus dem öffentlichen Dienst kam vor allem von Kommunalverwaltungen und Landkreisen. Auch bei den Kommunen war der Anteil der Kinder- und Jugendarbeit groß. Das gilt auch für die beiden großen Kirchen.

Beihilfe:Arztrechnungen des Ehegatten zügig einreichen

Für die Frage, ob der Ehegatte beihilfefähig ist oder auf Grund eines zu hohen Einkommens aus der Beihilfefähigkeit fällt, ist es entscheidend, wann der Beihilfeantrag gestellt wurde, nicht aber, wann die Arztkosten entstanden sind, so das Ergebnis eines vom **hIb** unterstützten Rechtsstreits (VG Schleswig-Holstein, 11 A 336/00). Im vorliegenden Fall hatte der Kläger Rechnungen für Arztkosten seiner Ehefrau im Jahr 2000 zur Erstattung durch die Beihilfestelle eingereicht. Die ärztlichen Behandlungen hatten allerdings schon im Jahr 1999 stattgefunden. Wäre die Antragstellung im Jahr 1999 vorgenommen worden, so wären die Aufwendungen erstattet worden, da im Vorjahr, also 1997, das Einkommen der Ehefrau unterhalb der Bemessungsgrenze lag. Ab dem Jahr 1998 lag das Einkommen der Ehefrau

oberhalb der Bemessungsgrenze, sodass die Beihilfefähigkeit ab 2000 wegfiel. Da die Rechnungen für ärztliche Aufwendungen im Jahr 2000 eingereicht wurden, war für die Feststellung der Beihilfefähigkeit der Ehefrau das Jahr 1998 ausschlaggebend. Somit musste die Beihilfefähigkeit verneint werden.

Das Gericht begründet seine strenge Auslegung der Beihilfevorschriften damit, dass es sich bei der Beihilfe für die Ehefrau um eine zusätzliche Leistung des Dienstherrn und keineswegs um eine umfassende Heilfürsorge handelt. Außerdem sei es dem betroffenen Personenkreis wirtschaftlich und finanziell zumutbar, entweder einen privaten Versicherungsschutz zu begründen oder aber wegen des subsidiären Charakters der Beihilfe die mit der Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen entstehenden Kosten selbst zu tragen.

FH-Absolventen im Aufwind

Obwohl die meisten Ingenieure an Fachhochschulen ausgebildet werden, waren sie unter den Arbeitslosen in der Minderheit, so das Ergebnis des Jahresberichts 2001 der Bundesanstalt für Arbeit über den Arbeitsmarkt für besonders qualifizierte Fachkräfte. Trotz des allseits beklagten Mangels an Ingenieuren blieben danach die Anforderungen der Firmen sehr hoch. Kompromisse wurden selten eingegangen. Die Arbeitgeber erwarteten sofort abrufbare Kenntnisse. Meist wurden „Allroundspezialisten“ ge-

sucht, die nicht mehr eingearbeitet werden mussten.

Wie in den letzten Jahren konzentrierte sich das Interesse der Unternehmen in erster Linie auf erfahrene Ingenieure zwischen 30 und 45 Jahren, die sich auf dem aktuellen Stand der Technik und Wissenschaft befanden. Auf dem Markt standen aber nicht genügend Ingenieure mit diesen Voraussetzungen zur Verfügung. Vielfach wurden daher Ingenieure bereits in den Hochschulen angeworben.

Ruhestandsbeginn und Nebentätigkeit

Die Professorinnen und Professoren treten zum Ende des Semesters in den Ruhestand, in dem sie das 65. Lebensjahr vollendet haben. Der Eintritt in den Ruhestand erfolgt automatisch. Eine Mitteilung z.B. durch Überreichen der Entlassungsurkunde hat ausschließlich deklaratorischen Charakter.

Der Ruhestandsbeamte ist berechtigt, Nebentätigkeiten in unbegrenztem Umfang durchzuführen. Erlöse aus Nebentätigkeiten für private Auftraggeber werden nicht auf die Beamtenpension angerechnet und müssen auch nicht abgeliefert werden. Auch Erlöse aus Nebentätigkeiten für öffentliche Auftrag-

geber werden nur unter bestimmten Voraussetzungen auf die Pension angerechnet. Eine Anrechnung könnte dann drohen, wenn die Beschäftigung eine unselbstständige, weisungsgebundene ist. Es muss ein Abhängigkeitsverhältnis bestehen, kraft dessen der Ruhestandsbeamte zu einer bestimmten Tätigkeit verpflichtet und hinsichtlich der Art und Weise den Weisungen des Dienstherrn unterworfen ist. Letztlich trifft diese Beschreibung nur auf Tätigkeiten zu, bei denen der Ruhestandsbeamte in die Behörde eingebunden ist bzw. bleibt. In allen anderen Fällen findet weder Anrechnung noch Ablieferung statt.

Nebentätigkeit: Was ist ein Vortrag?

Die Vortragstätigkeit von Professoren ist nicht genehmigungspflichtig, unabhängig davon, ob die Tätigkeit in einer anderen Hochschule oder in einem privaten Unternehmen durchgeführt wird. Eine Vortragstätigkeit besteht im Abhalten einzelner (einmaliger) Vorträge oder einer Vortragsreihe. Der Begriff Vortragstätigkeit wird in den Rechtsvorschriften nicht weiter eingeschränkt z.B. auf das Lehrgebiet bezogen. Von der Vortragstätigkeit ist die genehmigungspflichtige Lehr- und Unterrichtstätigkeit zu

unterscheiden, sofern sie sich über ein ganzes Semester erstreckt und es sich nicht nur um Einzelvorträge handelt.

Eine Vortragstätigkeit liegt nicht vor, wenn ein Sachgebiet einem gleich bleibenden Personenkreis in Fortsetzung vermittelt wird. Sie liegt auch dann nicht vor, wenn in bestimmten Zeitabständen Vorträge zum Zweck wiederholt werden, um dem Hörer einen Überblick oder die Kenntnis über ein bestimmtes (abgrenzbares) Stoffgebiet zu verschaffen (wie z.B. zur Vorbereitung auf eine Prüfung).

Der Geschäftsführer des hIb, Dr. Hubert Mücke, berichtet aus der Informations- und Beratungstätigkeit der Bundesgeschäftsstelle

Briefgeheimnis

Darf der Arbeitgeber an Mitarbeiter adressierte Post öffnen? Unproblematisch sind diejenigen Fälle, in denen die Sendung ausdrücklich an den Arbeitgeber, also die Hochschule, adressiert ist. Auch der Zusatz „zu Händen von“ innerhalb der Anschrift ändert an dieser Tatsache nichts. Sendungen, die den Namen des Arbeitnehmers an erster Stelle tragen, aber ohne näheren Hinweis darunter den Hochschulnamen, dürfen ebenfalls vom Arbeitgeber geöffnet werden. Diese Position ergibt sich aus dem Direktionsrecht als dem umfassenden Recht des Arbeitgebers an allen behördenbezogenen Sachverhalten, wenn nicht auszuschließen ist, dass die

Sendung letztlich doch für die Behörde bestimmt ist. Insofern ist nicht von vornherein auszuschließen, dass die Nennung des Namens der Hochschule unmittelbar nach dem des Arbeitnehmers beide Namen als Einheit erscheinen lässt.

Allein Zusätze, die eindeutig darauf hinweisen, dass das Schreiben oder eine andere Postsendung an den Arbeitnehmer persönlich gerichtet sind, der aber unter der Anschrift der Hochschule erreichbar ist, gewähren den notwendigen Persönlichkeitsschutz. Zu diesen Zusätzen gehört der Hinweis „c/o“ oder „in“ bzw. insbesondere der Hinweis „persönlich“.

Aktuelle Rundschreiben für Mitglieder

- ▶ Rs. 01 Beihilferechtigung von Ehegatten mit eigenem Einkommen
- ▶ Rs. 02 Erholungsurlaub ohne Beantragung und Genehmigung
- ▶ Rs. 03 Mitbestimmung in Kollegialorganen
- ▶ Rs. 04 Ehegatten-Arbeitsverhältnis
- ▶ Rs. 05 Arbeitszimmer: Ausstattung und Arbeitsmittel fallen nicht unter den steuerlichen Höchstbetrag
- ▶ Rs. 06 Nutzung des häuslichen Arbeitszimmers, eine Beispielrechnung
- ▶ Rs. 07 Nutzung des häuslichen Arbeitszimmers: Verwaltungsanweisung des Bundesfinanzministeriums vom 16.6.98
- ▶ Rs. 08 Computerkauf und seine steuerliche Behandlung
- ▶ Rs. 09 Dienstreise und Genehmigungspflicht
- ▶ Rs. 10 Berufsunfähigkeit und Rente, Leistungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)
- ▶ Rs. 11 Betriebsrenten und ihr Einfluss auf die Höhe der Altersversorgung
- ▶ Rs. 12 Renten und ihr Einfluss auf die Höhe der Altersversorgung
- ▶ Rs. 13 Kindergeld bei Kindern über 18 Jahre
- ▶ Rs. 14 Nachholung von Lehrveranstaltungen
- ▶ Rs. 15 Mindestversorgung unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder
- ▶ Rs. 16 Anerkennung von Vordienstzeiten in den neuen Bundesländern aus der Zeit vor dem 3. Oktober 1990
- ▶ Rs. 17 Einnahmen der Hochschulen aus Forschungstätigkeit im Umsatzsteuerrecht
- ▶ Rs. 18 Versorgung bei Dienstunfähigkeit
- ▶ Rs. 19 Erläuterungen zum Urheberrecht bei der Verwertung von Diplomarbeiten
- ▶ Rs. 20 Steuerliche Anerkennung der Aufwendungen für Studienreisen/Besuche von Fachkongressen
- ▶ Rs. 21 Urheberrecht und Verfasserangaben
- ▶ Rs. 22 Beantragung von Forschungsfreiemestern
- ▶ Rs. 23 Haftung an Hochschulen
- ▶ Rs. 24 Unterricht in Nebentätigkeit ist rentenversicherungspflichtig

Zu beziehen:

Anzufordern gegen Rückporto in Höhe von € 1,53 schriftlich beim Hochschullehrerbund, Rüngsdorfer Straße 4c, 53173 Bonn

Zertifiziert nach DIN EN ISO 9001

Ein Unternehmen der TERTIA AG

TERTIA **Edusoft**

TOPSIM® - Planspiele



Learning business
by doing business

- Seit 1982 führend in der Planspielentwicklung
- Standardplanspiele für verschiedene Branchen und Zielgruppen
- Entwickelt zusammen mit erfahrenen Trainern
- Einfache, schnelle und sichere Bedienung
- Ausführliche Dokumentation
- Seminarleiter-Einweisung und Hotline
- Sprachversionen und Internet-Versionen
- Einbettung in Kommunikations- und Lernplattformen wie Centra und WBT-Manager möglich
- Über 1000 Anwender in Hochschulen, Unternehmen und Bildungsträgern

Neu: TOPSIM - Logistic

Planspiel zur Simulation logistischer Abläufe

Neu: TOPSIM - Startup! Dienstleistung

Service/Management im Dienstleistungsbereich
Strategische Gründungssimulation

Aktualisiert: TOPSIM - Insurance

Planspiel für die Versicherungsbranche

Neu: TOPSIM - IMMO Makler Takeoff

Maklerplanspiel

TOPSIM-Planspiele bieten erlebte Erfahrung:

Vernetzte Zusammenhänge in der Unternehmensführung, Auswirkungen von Entscheidungen, Anwendung betriebswirtschaftlicher Methoden, wertorientierte Unternehmensführung, gruppendynamische Prozesse.

TERTIA **Edusoft**

TERTIA Edusoft GmbH

Neckarhalde 55 · D-72070 Tübingen

Tel.: 0 70 71/79 42-0 · Fax: 0 70 71/79 42-29

www.tertia.edusoft.de · planspiele@tertia.de



Baden-Württemberg

Umsetzung der Professorenbesoldungsreform und Anerkennung der Fachhochschul-Master in der Podiumsdiskussion bei der vhw-Jahresversammlung gefordert

Die Meinungen von Politikern, Ministerium und Rektorenkonferenz zu zwei brisanten Themen wollte der Verband Hochschule und Wissenschaft Baden-Württemberg e. V. bei seiner Jahresversammlung am 7. Juni in Offenburg hören. Zur Umsetzung des Professorenbesoldungsreformgesetzes in Baden-Württemberg und zur Anerkennung der Master-Abschlüsse an Fachhochschulen als Zugangsvoraussetzung für den höheren Dienst diskutierten die Landtagsabgeordneten Dr. Klaus Schüle (CDU), Ernst Pfister (F.D.P./DVP), Carla Bregenzer (SPD) und Theresia Bauer (Bündnis '90/DIE GRÜNEN) sowie Mdgt Christoph Keller (Wissenschaftsministerium), Prof. Dr. Falk Roscher (RKF-Vorstandsmitglied) und Prof. Dr. Michael Lerchenmüller (vhw-Landesvorsitzender), moderiert von der vhw-Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Elke Platz-Waury.

Zur Besoldungsreform forderte Lerchenmüller, dass das Land bei der Umsetzung in Landesrecht alle Handlungsspielräume ausschöpft, damit die Fachhochschulen nicht zu den Verlierern der Reform werden. Der Anteil an W3-Stellen, etwa 30 %, müsse in einer Tranche ausgebracht werden, die Durchschnittsvergütung sei auf das höchstzulässige Niveau festzusetzen und der Vergaberahmen nach der Gesamtzahl der Professorenstellen zu ermitteln. Alle guten, nicht nur herausragende Leistungen seien zu honorieren und sämtliche Zulagen ruhegehaltsfähig auszubringen. Entscheidend sei die Übergangsregelung für die jetzt nach C2 besoldeten Kollegen, die sonst zu den eigentlichen Verlierer werden, gleichzeitig aber die künftigen Leistungsträger sein sollen.

In der Diskussion trat zwar der gute Wille der Bildungspolitiker hervor, dem jedoch unter dem Diktat der Finanzminister unisono wenig Chancen auf Realisierung eingeräumt wurde. Schüle (CDU) konzentrierte seine Hoffnung auf die Zeit nach der Bundestagswahl, wobei allerdings unklar blieb, was bei einem Regierungswechsel konkret zurückgedreht wird. Pfister (FDP) stimmte nochmals ausdrücklich zu, dass Kostenneutralität in der Einführungsphase nur Verlierergefühle bei den Hochschullehrern, insbesondere an Fachhochschulen, erzeugen dürfte. Der begrenzte Finanzierbarkeitsrahmen wurde von Bregenzer (SPD) angesprochen, während Bauer (GRÜNE) aufforderte, die wenigen verbleibenden Chancen auszuschöpfen, nämlich den Handlungsspielraum des Gesetzes an die Hochschulen weiterzugeben und das festgeschriebene Wachstum des Finanzvolumens von maximal 2% pro Jahr im Land voll auszuschöpfen. Seitens des Ministeriums betonte Keller, dass geplant ist, an Fachhochschulen 25% der Stellen in W3 in einem Schritt auszubringen. Zusätzlich sollen Rektoren, Prorektoren und Dekane nach W3 besoldet werden. 80% der Leistungszulagen können als ruhegehaltsfähig eingestuft werden. Als Vertreter der Fachhochschulrektorenkonferenz betonte Roscher, eine einheitliche Hochschullehrerbesoldung nach W3 sei nach dem Gesetz auch an Fachhochschulen möglich. Um Gleichwertigkeit aller Hochschularten zu erreichen, könnten die jährlich möglichen 2%-Erhöhungen des Finanzrahmens ausschließlich den benachteiligten Fachhochschulen zu Gute kommen.

Den jüngsten Kompromiss, wonach sich Master-Absolventen von Fachhochschulen nur zum höheren Dienst bewerben dürfen, wenn der Studiengang besonders und bei Vetorecht des Staatsvertreters akkreditiert worden sei, bezeichnete Lerchenmüller als Skandal, Rückschlag aller Reformbemühungen und

Abkopplung der Fachhochschulen vom Bologna-Prozess mit enormem volkswirtschaftlichen Schaden. Wie solle man Professoren und Studierende überzeugen, wenn der Staat selbst an der Ausbildungsqualität der Fachhochschulen zweifele?

Hierzu war einhellige Meinung, dass sachlich keine Gründe vorliegen, FH-Master anders zu behandeln als Uni-Master. Bei einer Bewerbung sollte doch wohl die Güte eines Bewerbers entscheiden. Es wurde in der Diskussion als Bedrohung der so erfolgreich gestarteten Masterstudiengänge an Fachhochschulen bezeichnet (in Baden-Württemberg wurden 60% der 193 gestuften Studiengänge realisiert), wenn in der Besoldungsgruppeneinstufung Unklarheit besteht und dazu, wie nun immer häufiger erlebt, Universitäten sich weigern, den FH-Master entgegen den Beschlüssen der Hochschulrektorenkonferenz nicht als Zugangsberechtigung zur Promotion zu akzeptieren. Wenn sich dieses Horror-Szenario durchsetzen sollte, wäre die Zukunft der Masterstudiengänge an Fachhochschulen nachdrücklich gefährdet. Es sind deshalb massiv Gegenmaßnahmen einzuleiten, um die mit viel Engagement eingeführten Masterstudiengänge zu erhalten. Die Forderung nach einem eigenen Promotionsrecht gehört dazu.

Weitere aktuelle Themen hatte der vhw-Landesvorsitzende Lerchenmüller im Anschluss an seine Begrüßung angeschnitten. Die Einführung von Controllingssystemen im Hochschulbereich, wenn sie nicht zum gigantischen Flop werden und die Hochschulen schädigen sollen, verlange eingehende Information und Schulung aller Beteiligten. Was in Großfirmen Jahrzehnte beanspruche, dürfe nicht zu einer vorzeitigen Abschöpfung einer „Effizienz-Rendite“ missbraucht werden. Ebenso wenig personell vorbereitet sei die Studierendenauswahl durch die Hochschulen, der die Hochschulen im übrigen positiv gegenüberstünden. Die Vergütungen von Lehrbeauftragten und studentischen Hilfskräften bleibe unverändert diskriminierend für die Fachhochschulen. Die endlich in Kraft getretene neue Lehrverpflichtungsordnung verlangt weiterhin von Neuberufenen einen Start von Null auf Hundert ohne Rücksicht auf unvermeidliche Qualitätsminderung. Die äußerst diskriminierende Haltung der baden-württembergischen Universitäten zur Promotion von Fachhochschulabsolventen zwingt den vhw, ein eigenständiges Promotionsrecht der Fachhochschulen zu fordern. Lerchenmüller begrüßte, dass die staatlichen Förderung privater Hochschulen zurückgefahren und ihre staatlich anerkannten Studiengänge stärker kontrolliert werden sollen.

Im Sinne der Kooperation von vhw und **h1b** nahmen die **h1b**-Landesvorsitzende Prof. Dr. Dorit Loos, **h1b**-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Reinhard Riekes und der VHB-Vorsitzende Prof. Dr. Friedrich Vilsmeier an der Veranstaltung teil und nutzten sie zu ausgiebigen Gesprächen. Der vhw-Landesvorsitzende Lerchenmüller bekräftigte die Absicht, in den nächsten Jahren auf dem Weg zu einer Fusion beider Verbände im Land entscheidend vorankommen zu wollen. *Klaus Langeheinecke*



Hamburg

„Wenn du den Sumpf trockenlegen willst, darfst du nicht die Frösche fragen“ Management statt Selbstverwaltung an Hamburgs Hochschulen

Ein größerer Unterschied ist kaum vorstellbar: Im Sommer 2001 hatte Hamburgs Bürgerschaft ein neues Hochschulgesetz verabschiedet. Vorausgegangen waren drei umfangreiche Anhörungen, in denen die Mitglieder der Hamburger Hochschulen darstellen konnten, welche Änderungen der Gesetzeslage für

eine bessere Arbeitsfähigkeit der Hochschulen notwendig seien. Dieses neue Gesetz gibt den Hochschulen die Möglichkeit, die Selbstverwaltungsstrukturen an ihren jeweiligen Bedürfnissen orientiert weiterzuentwickeln – wenn auch bedauerlicherweise an manchen Stellen die Position der Professoren-Gruppe in den Gremien geschwächt wurde.

Ein halbes Jahr nach dem Regierungswechsel legt nun Wissenschaftssenator Dräger ein „Hochschulmodernisierungsgesetz“ (Kürzel für das Gesetzgebungsverfahren „HochModernG“) vor, das nicht nur in alter Manier wieder ganz in seiner Behörde entstanden ist, sondern vor allem die Möglichkeiten der Hochschulmitglieder zur Mitgestaltung der Entscheidungen an ihrer Hochschule auf ein Minimum reduziert.

Insbesondere soll hierdurch das Hamburgische Hochschulgesetz in folgenden Punkten geändert werden:

- An der Spitze einer Hochschule steht der *Hochschulrat*, der ausschließlich mit externen Personen besetzt ist. Er wählt den Präsidenten und den Kanzler, beschließt über die Grundordnung und übernimmt etliche weitere Rechte, die bisher der *Große Senat*, das „Parlament“ der Hochschule innehatte. Der *Große Senat* wird abgeschafft. Die meisten seiner Rechte gehen an einen *Hochschulrat* über, der ausschließlich mit externen Personen besetzt wird.
- Der *Präsident* braucht zukünftig bei keiner Entscheidung die Meinung irgendeines Mitgliedes der Hochschule zu berücksichtigen. Zugleich erhält er bzw. das Präsidium das Vorschlags- oder Ernennungsrecht für alle anderen Mitglieder des Präsidiums (Vizepräsidenten und Kanzler) und der Fachbereichsleitungen.
- Der *Dekan* und die neu geschaffene Position des *kaufmännischen Geschäftsführers* eines Fachbereichs werden vom Präsidium ernannt. Ein etwaiger Einspruch des Fachbereichsrats kann vom Hochschulrat zurückgewiesen werden und hat somit keinerlei Gewicht. Dekan und Geschäftsführer können von außerhalb der Hochschule kommen. *Prodekane* werden vom Präsidium auf Vorschlag des Dekans ernannt. Analog zum Präsidenten sind die Dekane also unabhängig von der Meinung der Mitglieder des Fachbereichs.
- Der *Hochschulsenat* bleibt als gewählte Vertretung der Hochschulmitglieder zwar erhalten, hat aber nur noch geringe Entscheidungskompetenz und gibt lediglich zu bevorstehenden Entscheidungen des Hochschulrats Stellungnahmen ab. Er wählt knapp die Hälfte der Mitglieder des Hochschulrats. Auf die Besetzung des Präsidiums hat das bisher oberste Gremium der Hochschule faktisch keinen Einfluss mehr. Ein Einspruch gegen die Wahl des Präsidenten kann durch den Senator zurückgewiesen werden. Ein Einspruch gegen die Ernennung der Vizepräsidenten kann vom Hochschulrat zurückgewiesen werden. Mit der Wahl des Kanzlers hat der Hochschulsenat zukünftig nichts mehr zu tun. Seine Entscheidungsfunktionen im Bereich von Forschung und Lehre können auf die Fachbereiche übertragen werden. Unabdingbar ist allein sein Recht zur Wahl der Gleichstellungsbeauftragten und des Behindertenbeauftragten.

Der Hochschule werden im Rahmen dieses Gesetzes etliche Entscheidungsbefugnisse übertragen, die bisher von der Behörde wahrgenommen werden, z.B. das Recht, Professoren selbst zu berufen. Diese neuen Rechte werden aber ausschließlich vom Hochschulrat bzw. vom Präsidenten / Präsidium wahrgenommen. Wie der Senator demgegenüber die Entscheidungskompetenz der gewöhnlichen Hochschulmitglieder der einschätzt, zeigt die Vorschrift, nach der zukünftig in jedem Berufungsausschuss mindestens ein Drittel der Mitglieder Professoren anderer Hochschulen sein müssen.

Das neue Gesetz leitet das Ende der Selbstverwaltung und damit der Demokratie an Hochschulen ein, wie wir sie bisher kennen. Das Register angeblicher Sünden, die den Hochschu-

len wie allen gremienstrukturierten Institutionen vorgeworfen wird, ist ja seit langem bekannt: Wenn in einer pluralistischen Gesellschaft jeder seine Meinung dazugeben darf, kann es bis zu einer Entscheidungsfindung lange dauern; außerdem werden die Entscheidungen z.T. von Personen getroffen, die dafür keine Verantwortung übernehmen, und schließlich scheuen Präsidenten und Dekane aus Angst um ihre Wiederwahl vor wegweisenden Entscheidungen ohnehin zurück (Senator Dräger in der ZEIT vom 18.4.2002: „Kriegt eine Hochschule den richtigen Präsidenten, der Veränderungen auch gegen Widerstände durchsetzt?“). Dagegen setzt der Gesetzentwurf das Modell einer klaren hierarchischen Befehlskette innerhalb der Hochschule, aber auch zwischen Hochschule und Behörde. Zwar sind hier formal Ziel- und Leistungsvereinbarungen vorgesehen, jedoch heißt es dann „sofern die Vereinbarungen ... nicht rechtzeitig zu Stande kommen, können die zu erbringenden Leistungen und die zu erreichenden Ziele durch die staatliche Hochschulplanung festgelegt werden.“

Die Botschaft des Gesetzentwurfs an die Professorenschaft ist klar: Ihr leistet nichts, wenn nicht ein Senator, ein Präsident und ein Dekan auf euch aufpassen. Sie erinnert fatal an das Sprichwort, dass das Trockenlegen eines Sumpfes immer nur gegen die Frösche realisierbar sei – derselben Frösche wohlgehemmt, die anschließend, auf dem Trockenen sitzend, perfekt funktionieren sollen. Wir alle wissen, in welchem Umfang die Weiterentwicklung unserer Hochschulen bisher durch den Einsatz von Professorinnen und Professoren vorangetrieben worden ist, die eben gerade nicht auf den Befehl eines Vorgesetzten gewartet, sondern aus Eigeninitiative und Verantwortung für die ihnen anvertrauten Studierenden Aufgaben angepackt haben, sei es die Modernisierung eines Laborpraktikums, der Aufbau eines Forschungsschwerpunktes oder die Entwicklung eines neuen Studiengangs. Gremienarbeit ist gelegentlich recht mühsam. Ein auf diesem Wege erarbeiteter Beschluss hat aber wesentlich bessere Voraussetzungen für Akzeptanz und Umsetzbarkeit als die einsame Entscheidung kraft Amtes. Der Einwand, dass Präsident und Dekan schließlich über die Besoldung der Begeisterung der Professorenschaft für die Umsetzung ihrer Entscheidungen auf die Sprünge helfen könnten, geht insofern fehl, weil in den nächsten Jahren noch viele freierwerdende Stellen aus Kostengründen eingespart werden müssen, sodass wohl selbst im Jahre 2007 an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) noch deutlich unter 20% der Professorinnen und Professoren im Rahmen der W-Besoldung berufen sein werden.

Während diese Zeilen im Wettlauf mit dem Redaktionschluss der „neuen Hochschule“ geschrieben werden, ist der Gesetzentwurf erst wenige Tage alt. So müssen einige Punkte in den nächsten Wochen noch weiter betrachtet werden, z.B. wo eigentlich die sieben Personen herkommen sollen, die an der HAW ein Spektrum von 14 Fachbereichen und Instituten so kompetent überschauen, dass sie Vorlagen des Präsidenten nicht nur abnicken müssen, welche Interessenkonflikte bei Externen im Hochschulrat oder in einer Berufungskommission eigentlich auftreten können, oder ob es verfassungsrechtlich überhaupt haltbar ist, die Mitwirkung der Hochschulangehörigen an den Entscheidungen der Hochschule derart weitgehend einzuschränken.

Neben der Neuordnung der Entscheidungsstrukturen will Senator Dräger die Leistungsbereitschaft der Hochschulen auch dadurch fördern, dass jede Hochschule ein Qualitätsbewertungssystem einführen muss und dass die Hochschulen untereinander stärker in Wettbewerb treten. Dagegen, dass Hochschulen nach ihren erbrachten Leistungen und nicht nach ihrem formalen Status beurteilt werden, ist aus unserer Sicht wenig einzuwenden (auch wenn wir aus der Zeit des einen oder anderen früheren Senators zur Glaubwürdigkeit dieses Ansin-

nens durchaus über gemischte Erfahrungen verfügen). Allerdings ist derzeit weder die vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) erarbeitete Formel für die Leistungsmessung vom Tisch, die (wohl auf Grund eines mathematischen Denkfehlers) große Pläne stärker honoriert als tatsächliche Verbesserungen, noch wollen die Gerüchte über beabsichtigte Ausgliederungen renommierter Kompetenzbereiche in eigene Institutionen verstummen, wodurch alle jetzt vorhandenen Hamburger Hochschulen zu Verlierern würden.

Durch den Gesetzentwurf werden des Weiteren Bachelor- und Masterstudiengänge vom Ausnahme- zum Regelfall, ohne dass allerdings in der Gesetzesbegründung die Problematik der Studienfächer, die primär für den öffentlichen Dienst ausbilden, auch nur erwähnt wird.

Natürlich darf auch das Thema Studiengebühren nicht fehlen, die von Studierenden erhoben werden sollen, die ein einmaliges Zeitguthaben, bestehend aus der Regelstudienzeit plus vier Semester, aufgebraucht haben. Dieses Geld steht den Hochschulen zusätzlich zur Verfügung, gleichzeitig sollen die Hochschulen selbst auch die Regelungen für Teilzeitstudierende und die Liste der Ausnahmetatbestände für eine Befreiung von den Gebühren aufstellen, sodass für hochschulinternen Diskussionsstoff ausreichend gesorgt ist.

Der **h1b** Hamburg wird sich in dieser Situation in allen seinen Aktivitäten innerhalb der Hochschule und nach außen davon leiten lassen, dass eine Hochschulmodernisierung durch eine Entmündigung der Hochschulmitglieder nie und nimmer zu erreichen ist, sondern nur durch eine Ermutigung ihrer Initiative und der Stärkung ihrer Eigenverantwortung.

Christoph Maas



Niedersachsen

Neuer Vorstand im h1b-Niedersachsen

Am 23.03.02 haben die Delegierten des Landesverbandes Niedersachsen in Bockwiese/Harz einen neuen geschäftsführenden Landesvorstand gewählt. Der Landesvorsitzende Prof. Dr.-Ing. Hans-Georg Boese (FH Hannover), der 1. stellvertretende Landesvorsitzende, Prof. Dr.-Ing. Josef Wehberg (FH Hannover) und der Kassenwart, Prof. Dr.-Ing. Jens Göttsche (FH Buxtehude/Lüneburg), wurden in ihren Ämtern bestätigt. Die Aufgaben des 2. stellvertretenden Vorsitzenden wird der ehemalige Schriftführer, Prof. Dr. iur. Nicolai Müller-Bromley (FH Osnabrück), übernehmen. Prof. Dr.-Ing. Joachim Frese wechselt vom Amt des 2. stellvertretenden Vorsitzenden zum Schriftführer. Alle Vorstandsmitglieder wurden einstimmig gewählt.

Der Landesvorsitzende konnte über eine sehr erfreuliche Entwicklung der Mitgliederzahlen in den vergangenen zwei Jahren berichten. Es gab einen Zuwachs von über 50 Mitgliedern auf 407 aktive Kolleginnen und Kollegen im Landesverband. Zusätzlich vertritt der **h1b**-Niedersachsen 138 pensionierte Mitglieder.

Die Kassenlage des Verbandes ist ebenfalls hervorragend, so dass die Mitgliedsbeiträge im Rahmen der Umstellung auf den Euro um 2,2% gesenkt werden konnten.

Die für die Professorenschaft mit deutlichen finanziellen Einbußen, vor allem bei den zukünftigen Pensionen, verbundene Dienstrechtsreform konnte trotz erheblicher Bemühungen des **h1b**-Bundesvorstandes und massiver Unterstützung durch unseren Landesverband nicht verhindert werden. Die wesentlichen Schwachpunkte der Reform, fehlende Leistungskriterien und Kostenneutralität, bestehen weiterhin.

Die in unserem Bundesland anstehende NHG-Novellierung, in deren Rahmen eine deutliche Hierarchisierung der Hochschulen mit einer starken Machtfülle beim Präsidenten realisiert werden soll, wurde während einer Anhörung im Landtag vom **h1b** mit stichhaltigen Argumenten abgelehnt.

Insgesamt ist auch die Professorenschaft vom Leistungsabbau der Landesregierung bei den Beamten betroffen. Insbesondere die Kürzung bei den Beihilfeleistungen ergibt einen Nettolohnverlust von 15 bis 150 Euro, je nach Lebensalter und Familienstand.

Der Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit besteht darin, zu verhindern, dass die Attraktivität des Professorenberufes weiter verringert wird. Insbesondere setzt sich der Landesvorstand für die „Verlierer der Dienstrechtsreform“, die C 2-Kollegen ein, die bei ihrer Einstellung eigentlich davon ausgehen konnten, dass sie auf eine C 3-Stelle kommen, was nun nicht mehr möglich ist.

Hinsichtlich der geplanten Hierarchisierung der Hochschulen im Rahmen der Dienstrechtsreform muss darüber diskutiert werden, wie die Professorenschaft in Zukunft ihre Interessen vertreten kann. Nach dem gegenwärtigen Stand werden wir die einzige Personalgruppe der Hochschule ohne Interessenvertretung sein. Insbesondere in Hinblick auf die zukünftigen Befugnisse der Hochschulleitungen bei der Verteilung der Leistungszulagen ist dieser Zustand nicht hinnehmbar.

Hans-Georg Boese



Nordrhein-Westfalen

Patente Hochschulen Professionelle Know-how- Verwertung

Die Patent- und Verwertungsgesellschaft PROvendis GmbH, die im Auftrag aller Hochschulen des Landes tätig sein wird, hat ihre Arbeit aufgenommen. Die Bildungsministerin erwartet, dass mit Unterstützung der Agentur die Hochschulen die Zahl der Patentanmeldungen steigern und die erworbenen Schutzrechte möglichst effizient zu ihrem Nutzen zu verwerten. Dies unterstütze den Strukturwandel, schaffe neue Unternehmen und damit Arbeitsplätze, sagte Bildungsministerin Gabriele Behler.

Das Bildungsministerium hatte die Mülheimer ZENIT GmbH, eine Unternehmensberatung mit Landesbeteiligung, beauftragt, gemeinsam mit den Hochschulen des Landes ein Konzept zum Aufbau einer professionellen Patent- und Verwertungsstruktur für die nordrhein-westfälischen Hochschulen zu entwickeln. Das vorgelegte Patent- und Verwertungskonzept überzeugte nicht nur das nordrhein-westfälische, sondern auch das Bundesbildungsministerium, welches bereit ist, für die nächsten zwei Jahre den größten Teil der Kosten von voraussichtlich 4,6 Millionen Euro zu tragen.

Zentrales Anliegen des Patent- und Verwertungskonzepts ist es, ein „Patentbewusstsein“ und ein „patentfreundliches Klima“ an den nordrhein-westfälischen Hochschulen zu schaffen. Bisher wird trotz eines großen Know-how-Potenzials nur ein kleiner Teil von Hochschul-Erfindungen als Patent angemeldet. PROvendis versteht sich als Dienstleister der Hochschulen. Zu ihren Aufgaben gehören die Beratung von Hochschul-Erfindern in allen Fragen des Schutzes und der Verwertung ihrer Erfindung, deren Bewertung hinsichtlich Patentfähigkeit und Verwertungschancen, die Schutzrechtsanmeldungen in Zusammenarbeit mit Patentanwälten im Auftrag der Hochschulen, das Marketing und die Lizenzierung von Schutzrechten.

*Ministerium für Schule und Weiterbildung,
Wissenschaft und Forschung*

NRW hat gewählt Generationswechsel an der Spitze des Landesverbandes

Während der Landes-Delegiertenversammlung, die am 4. Mai an der FH Dortmund stattfand, wurde der Vorstand des **hnb**-Landesverbandes NRW neu besetzt. Er besteht nun aus Ulrich Hahn, der das Lehrgebiet Physik an der Fachhochschule Dortmund vertritt, aus dem Regelungsingenieur der Fachhochschule Bocholt, Gerhard Juen, aus Thomas Knobloch, Lehrgebiet Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Fachhochschule Südwestfalen, sowie aus Stephan Passon, Fachhochschule Dortmund, mit dem Lehrgebiet Internationales Marketing. Die Ver-



Der neue Landesvorstand des **hnb**-NRW (v.l.n.r.): Ulrich Hahn, Thomas Knobloch, Helmut Winkel, Stephan Passon, Gerhard Juen, Thomas Stelzer-Rothe.

antwortung für die Finanzen des Landesverbandes hat Thomas Stelzer-Rothe von der Fachhochschule Südwestfalen übernommen. Stelzer-Rothe vertritt dort das Lehrgebiet Personalmanagement. An der Spitze des Vorstandes steht weiterhin Helmut Winkel, der an der Fachhochschule Köln/Gummersbach, Werkstoffkunde lehrt.

Zu Delegierten für die Bundes-Delegiertenversammlung wurden weiterhin gewählt: Bettina Schneider, Fachhochschule Aachen, Wilhelm Schneider, Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg/Rheinbach und Peter Gilles, Fachhochschule Gelsenkirchen.

Die Delegierten befassten sich während ihrer Diskussion insbesondere mit der aktuellen Situation hinsichtlich der Anerkennung der Master-Absolventen der Fachhochschulen durch die öffentlichen Arbeitgeber sowie mit der Umsetzung der Besoldungsreform in Länderrecht.



Rheinland-Pfalz

Think innovative

Rheinland-Pfalz wählt neuen Vorstand, Mitgliederversammlung mit Besichtigung der Firma Schott/Mainz, Diskussion über Bachelor und Master in einem internationalen Unternehmen

Der Ort für die Mitgliederversammlung des **hnb**-Rheinland-Pfalz war gut gewählt, das Motto der Firma Schott könnte Programm des neuen Vorstandes sein. Den Vorsitz behalten hat Klaus Zellner, Fachhochschule Trier. Manfred Schumacher wurde erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Neu in den Vorstand kam Karl Waninger, Vizepräsident der Fachhochschule Mainz.

Den neuen Vorstand erwartet – das zeigte die hochschulpolitische Diskussion – viel Arbeit durch die zu erwartenden Novellierungen der Hochschulgesetze und weitere Änderungen, die vor allem die Bereiche Lehrverpflichtung und Nebentätigkeit betreffen werden.

Den Teilnehmern wurde ein volles und perfekt organisiertes Programm geboten, das einen Einblick in einen industriellen Betrieb mit globaler Ausrichtung und forschungsorientierter Strategie bot. Für Fachhochschulabsolventen bieten sich gute Karriere-Chancen. Immerhin nehmen an den Trainee-Programmen zur Hälfte FH-Absolventen teil.

Für ein Unternehmen mit Standorten in allen Teilen der Welt sind die neuen internationalen Studiengänge Bachelor und Master nicht neu. Sie sind für Schott besonders interessant, weil sie in 29 Ländern anerkannt sind. Der Bachelor ist für Schott zwar nicht mit dem FH-Diplom vergleichbar, reicht aber erfahrungsgemäß aus, den Einstieg in den Beruf zu finden und sich im Unternehmen weiter zu entwickeln. Dabei sollte der Bachelor im Vergleich zum Diplom ein größeres Angebot an Wahlpflichtfächern bieten. Während des Studiums sollten Schlüsselqualifikationen in Sprachen, Informationstechnologie und interkultureller Kompetenz ausgebildet werden. Der Bachelor sollte ein kurzes Studium von 6 Semestern bieten.

Der Master-Studiengang bietet aus Sicht der Wirtschaft den Vorteil, auch später, nach Einstieg in den Beruf, weiter studieren zu können. Er sollte möglichst eine Vertiefung im gleichen Studiengang wie der Bachelor bieten und besonderen Wert auf die Abschlussarbeit aus dem Haupt- oder verwandten Wahlpflichtfach legen.



Thüringen

Chance verpasst!

Thüringen will Hochschulgesetz entzerren, schafft aber 80 regulierende neue Vorschriften. Zeitprofessur schwächt Position der Fachhochschulen.

Aus Sicht des **hnb**-Thüringen stellt die Einführung der Regel-Professur auf Zeit eine gravierende Verschlechterung der Attraktivität von Ausschreibungen für qualifizierte Bewerber aus der Wirtschaft dar. Der **hnb**-Thüringen macht in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf darauf aufmerksam, dass die Personalgewinnungsstruktur der Fachhochschulen zwei grobe Linien aufweist: Entweder sind es Kolleginnen und Kollegen, die nach einer stürmischen Karriereentwicklung relativ jung nach einer fünfjährigen praktischen Bewährungszeit in herausgehobener Position mit ihrem Know-how und wissenschaftlicher Reputation in die Hochschulen gelangen, oder es ist eine etwas lebensältere Kollegenschaft, die nach einer recht anspruchsvoll von Erfahrung gekennzeichneten verantwortlichen Vita sich zur Spiegelung der Praxis auf wissenschaftlicher Grundlage in die Hochschulen begeben.

Wird in Zukunft für die Fachhochschulen als Regeleinstellung die Professur auf Zeit eingeführt, so wird das Personalgewinnungspotenzial deutlich eingeschränkt. Aus der zunächst geschilderten ersten Gruppe wird sich kaum jemand zur Unterbrechung seiner Karriere auf sechs Jahre in die Hochschule begeben, um danach wieder als gesuchter Manager in die Praxis zurückzukehren. Aber auch für die zweitgenannte spezifische Gruppe der Kolleginnen und Kollegen an Fachhochschulen ist eine Rückkehrsituation nach einer Zeitprofessur ausgeschlossen.

Die in § 50 Abs. 2 des Entwurfs genannte Regelung sollte deswegen als Ausnahmeregelung für die Fachhochschulen die Regelvoraussetzung für die Berufung einer Lebenszeitstelle darstellen.

Wolfgang Eibner

1983 bis 2001 – deutsche Hochschulen im Urteil der Studierenden: Der Datenalmanach der Konstanzer Arbeitsgruppe Hochschulforschung

Die deutschen Hochschulen sitzen auf einem Schatz, von dem sie nichts oder kaum etwas wissen. Die meisten Rektoren deutscher Hochschulen, die ich bei der Hochschulrektorenkonferenz befragte, hatten nie davon gehört. Es sind Daten, die zuverlässig darüber Auskunft geben, wie die Arbeit der deutschen Hochschulen von ihren wichtigsten Nutzern, den Studierenden, seit 1983 beurteilt wird.

Diesen Datenschatz verdanken wir dem unermüdlischen Einsatz der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz um Tino Bargel mit wechselnden Projektleitern. Sie haben das jeweilige Bundesministerium, dessen Name immer wieder wechselte, dazu gebracht, repräsentative Befragungen deutscher Hochschulen immer wieder neu zu fördern. Sie haben – anders als bei ALLBUS – die immer gleichen Items verwandt und damit eine kontinuierliche Datenreihe erzeugt, mit der sich langfristige Entwicklungen aufzeigen lassen: Seit 1983 liegen nun im Abstand von zwei bis drei Jahren repräsentative Daten vor. Sie sind in regelmäßigen Abständen broschiert als Datenalmanache veröffentlicht und zumindest an die beteiligten Hochschulen verschickt worden, wo sie nun in den Regalen der Hochschulbibliotheken oder der Archive der Rektorate Staub sammeln und kaum genutzt werden.

In diesen Tagen sind nun die neuesten Almanache erschienen. Sie sind erstmals seit der Vereinigung wieder für ganz Deutschland zusammengefasst und zeigen die Entwicklungen seit 1983 nach Hochschulart und nach den hauptsächlichen Fächern in den Hochschulen. In einem umfangreichen Sonderband sind die gesamten Daten seit 1983 für die großen Fächer und Hochschularten nach Geschlecht aufgeschlüsselt. Dieser Band stellt ein Eldorado für Untersuchungen zum „Gender-Mainstreaming“ an deutschen Hochschulen dar.

Damit ist angedeutet, wofür sich die Datensätze der Konstanzer Arbeitsgruppe Hochschulforschung einsetzen lassen. Ich möchte nur einige Beispiele nennen:

Mit diesen Zeitreihen können die deutschen Hochschulen insgesamt überprüfen, ob es im Urteil ihrer wichtigsten Nutzer eine einheitliche Entwicklung gibt, aus der man auf einen

Trend in der Leistungsfähigkeit der Hochschularten schließen kann. Das Schöne dabei ist: In allen Fächern und allen Hochschularten kommen die deutschen Hochschulen im Urteil der Studierenden über die Jahre immer besser weg. Und dieses Urteil ist durchaus kritisch. Das zeigt sich daran, dass es sich in einigen Bereichen – etwa beim Verhältnis zu den Eltern, bei der Frage, wie gerne sie studieren oder nach dem Fehlen einer festen Partnerbeziehung – über die Jahre hinweg nichts ändert. Demnach dürften die anderen Veränderung im Urteil großenteils auf tatsächlichen Leistungsverbesserungen der Hochschulen beruhen. Hier könnten die Konstanzer Daten von großem politischen Nutzen für die deutschen Hochschulen sein. Sie könnten damit nachweisen: Sie sind weit besser als ihr Ruf und sie werden ständig besser.

Die Daten liefern darüber hinaus ein perfekt geeignetes Instrumentarium für eine Selbstevaluation der Hochschule, die gleichzeitig wichtige Voraussetzungen einer Fremdevaluation erfüllt: Eine echte Selbstevaluation muss überprüfen ob und inwieweit Ziele, die man sich gesetzt hat, erfüllt worden sind. Eine Fremdevaluation soll den Vergleich liefern zum Abschneiden vergleichbarer Institutionen. Beides kann man erreichen, wenn man Items aus dem Konstanzer Datenalmanach den im eigenen Leitbild formulierten Zielen zuordnet. Wenn man dann diese Items in eine eigene Befragung an der Hochschule einbaut, kann man tatsächlich bewerten, wie die eigene Hochschule im Vergleich dasteht. Wiederholt man diese Befragung regelmäßig, kann man für die eigene Leistung ein echtes „Benchmarking“ erreichen. Die Fachhochschulen in Thüringen nutzen den Konstanzer Datenschatz schon seit Jahren. Sie haben sich auf einen gemeinsamen Fragebogen geeinigt, dessen Kern aus Items des Konstanzer Fragebogens besteht. Die Fachhochschule Erfurt, an der ich die Funktion des Prorektors für Studium und Lehre seit vielen Jahren und seit einem Jahr als Rektor ausübe, hat ihren letzten Lehrbericht nach diesem Prinzip verfasst. Er ist über ihre Homepage unter www.fh-erfurt.de allgemein zugänglich ins Netz gestellt.

Wolf Wagner

Zentraler Akkreditierungsrat gibt grünes Licht für Agentur in Bonn: Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz unterstützen gemeinsame Akkreditierungsagentur mit 600 000 Euro

Düsseldorf/Mainz, 14.03.2002. Der zentrale länderübergreifende Akkreditierungsrat hat heute grünes Licht für die gemeinsame Akkreditierungsagentur der Hochschulen der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz gegeben. In einem ersten Schritt soll die Agentur mit Sitz in Bonn Bachelor- und Masterstudiengänge vor ihrer Genehmigung auf Qualitätsstandards überprüfen. Mittelfristig ist geplant, auch Diplom- und Magister-Studiengänge durch die Agentur begutachten zu lassen.

Für die Akkreditierungsagentur, die sich AQAS (Agentur für Qualitätssicherung durch Akkreditierung von Studiengängen) nennt und von 35 Universitäten und Fachhochschulen der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Januar 2002 gegründet wurde, stellen das nordrhein-westfälische Bildungsministerium und das rheinland-pfälzische Wissenschaftsministerium in der Startphase Mittel in Höhe von insgesamt rund 600.000 Euro zur Verfügung. „Mit dieser staatlichen An-

schubfinanzierung, die nur einen Teil der Kosten deckt, wird AQAS ermöglicht, sich auf dem Markt zu etablieren. Danach soll es sich ausschließlich aus den Einnahmen aus den Akkreditierungsverfahren selbst tragen,“ betonte der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Prof. Dr. Jürgen Zöllner.

Die Akkreditierungsagentur wird sich dem Netzwerk der europäischen Qualitätssicherungsagenturen anschließen. Die Agentur überprüft Studiengänge aller Fachrichtungen und steht auch Hochschulen anderer Bundesländer offen. Vorsitzender der Agentur ist Prof. Wolfgang Weber, Rektor der Universität Paderborn, stellvertretende Vorsitzende ist Frau Dr. Adelheid Ehmke, Vorsitzende der rheinland-pfälzischen Hochschulpräsidentenkonferenz und Präsidentin der Fachhochschule Trier.

Nordrhein-westfälisches Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung und das rheinland-pfälzische Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

Hochschullehrerbund Baden-Württemberg e.V. und Verband Hochschule und Wissenschaft Baden-Württemberg e.V. vereinbaren enge Kooperation

Der Hochschullehrerbund Baden-Württemberg e.V. – *hlb* – und der Verband Hochschule und Wissenschaft Baden-Württemberg e.V. – *vhw* – haben am 15. Mai 2002 in Stuttgart zur weiteren Intensivierung ihrer bereits bisher guten Zusammenarbeit einen Kooperationsvertrag geschlossen. Darin dokumentieren die beiden Verbände der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen Baden-Württembergs den Willen zu gemeinsamer hochschulpolitischer Arbeit im Land mit der Zielsetzung einer späteren Verschmelzung. Die künftige Zusammenarbeit wird unter anderem durch Kooperationsbeauftragte und durch die gegenseitige Beteiligung an den Sitzungen der Landesvorstände sicher gestellt. Die Mitglieder der Verbände erhalten wechselseitig einen assoziierten Status.

In einer Phase der Hochschulpolitik, in der sich die Fachhochschulen in äußerst intensiver Form dem Wettbewerb mit den anderen Hochschularten zu stellen haben, sehen *hlb* und *vhw* durch die vereinbarte Kooperation bessere Wirkungsmöglichkeiten und eine Verstärkung ihrer gemeinsamen Verhandlungsposition. Künftig werden hochschulpolitische Gespräche und Verhandlungen mit Parteien, Rektorenkonferenz, Ministerien etc. gemeinsam oder nach gegenseitiger Abstimmung geführt, Aktionen erhalten durch die breitere Mitgliederbasis eine stärkere Durchsetzungskraft.

Anlässlich der feierlichen Unterzeichnung des Kooperationsvertrages forderten *hlb* und *vhw* die Landespolitik auf, für eine leistungsfördernde Umsetzung der Reform der Professorenbezahlung im Land gerade im Hinblick auf die Fachhochschulen zu sorgen, die laut Minister Frankenberg zu den Verlierern der Reform zu werden drohen. Insbesondere muss eine faire Übergangsregelung für die nach C 2 bezahlten Professorinnen und Professoren gefunden werden, die durch die Neuregelung des Vergütungssystems deutlich schlechter gestellt würden, als dies bei ihrer Einstellung in den Hochschuldienst abzusehen war. Wenn dies nicht gelinge, so unisono die beiden Vorsitzenden der Verbände, Loos und Lerchenmüller, müsse man mit einer bleibenden Demotivation dieser Kollegengruppe zum Schaden der Fachhochschulen rechnen.

Als weitere wesentliche Forderung von *hlb* und *vhw* wurde formuliert, dass das Land sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für eine die Fachhochschulen nicht diskriminierende Zugangsmöglichkeit ihrer Absolventinnen und Absolventen von Master-Studiengängen zum Höheren Dienst einsetzen solle. Nach dem Geist des Hochschulrahmengesetzes dürfe es künftig in dieser Frage keine Ungleichbehandlung der

Hochschularten zum Nachteil der Fachhochschulen geben. Durch die drohende negative Signalwirkung einer Schlechterstellung der Fachhochschulen auch für die Unternehmen der Wirtschaftspraxis müsse mit erheblichen Problemen in Form zurückgehender Akzeptanz bezüglich der Master-Studiengänge der Fachhochschulen gerechnet werden. Davon würden kurzfristig die aktuellen Studierenden in unzumutbarer Weise betroffen, mittel- und langfristig würden dadurch die erheblichen Aufwendungen der Fachhochschulen für die Entwicklung und den Aufbau dieser Studiengänge zu volkswirtschaftlichen Fehlinvestitionen. Dieser Verantwortung müssten sich alle beteiligten Vertreterinnen und Vertreter der Politik bewusst sein.

Michael Lerchenmüller



Feierliche Unterzeichnung des Kooperationsvertrages zwischen *hlb* und *vhw* in Stuttgart am 15.05.02. Links die Vorsitzende des HLB BW, Prof. Dr. Dorit Loos, rechts der Vorsitzende des *vhw* BW, Prof. Dr. Michael Lerchenmüller

Mit Ideen aus Hochschulen Unternehmen gründen – BMBF fördert mit EXIST-Transfer-Wettbewerb zehn weitere Gründungsnetzwerke mit zehn Millionen Euro

Mit zehn Millionen Euro fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Initiativen zur Unternehmensgründung an zehn deutschen Hochschulen. Das EXIST-Programm fördert Regionen, in denen Hochschulen mit der Wirtschaft kooperieren. Mit den zehn Millionen Euro aus EXIST-Transfer verbessern die zehn Sieger-Regionen in den kommenden drei Jahren ihr Angebot für Studierende, Absolventen und Hochschulmitarbeiter, die ein eigenes Unternehmen gründen möchten und bauen ihre Netzwerkaktivitäten aus. Damit nicht jede Region das „Gründerrad“ neu erfindet, arbeiten alle EXIST-Regionen in Netzwerken zusammen. Zudem hat

sich die Jury des EXIST-Transfer-Wettbewerbs dafür ausgesprochen, auch die übrigen Finalisten als „EXIST-Partner“ in den Erfahrungsaustausch einzubeziehen und zum Beispiel an einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit zu beteiligen.

An den zehn Netzwerken sind folgende Fachhochschulen beteiligt: Bremen und Bremerhaven, Zwickau und Mittweida, Dortmund, Frankfurt am Main und Wiesbaden, Hochschule für Gestaltung Offenbach, Fulda, Lübeck und Kiel, Muthesius-Hochschule Kiel, Potsdam und Brandenburg, Deggendorf, Amberg-Weiden, Landshut und Regensburg, Neubrandenburg, Stralsund und Wismar, Trier.

ls.

Aktuelles

Online-Bibliothek für Naturwissenschaft und Technik gestartet

Mit der neuen digitalen Bibliothek GetInfo (<http://www.getinfo-doc.de>) schafft das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen schnellen Zugang zu wissenschaftlichen Informationen aus allen Bereichen der Naturwissenschaft und Technik. Das mit 4,3 Millionen Euro geförderte Projekt ist zugleich Online-Shop für die Lieferung von elektronischen und gedruckten Publikationen. Schon zum Start ist der Zugriff auf 50.000 laufende Fachzeitschriften im Volltext möglich.

GetInfo ist ein gemeinsamer Internetdienst des Fachinformationszentrums (FIZ) Karlsruhe und der Technischen Informationsbibliothek (TIB) Hannover. Der Dienst bietet eine einfache, kostenlose Literatursuche in Metadatenbanken oder in den Inhaltsverzeichnissen von Fachzeitschriften an. Für qualifizierte Recherchen stehen die entgeltpflichtigen Fachdatenbanken des FIZ Karlsruhe zur Verfügung. Die Volltexte können direkt bei der Literatursuche bestellt werden.

GetInfo kooperiert mit großen internationalen Bibliotheken wie der British Library sowie mit renommierten internationalen Verlagen und Instituten, darunter das American Institute of Physics, der Schweizer Verlag Karger Medical and Scientific Publishers oder der niederländische Verlag Kluwer Academic Publishers.

Die Bundesregierung setzt mit GetInfo den Aufbau einer umfassenden digitalen Bibliothek im Internet fort. Für den Bereich der Wirtschaftswissenschaften (<http://www.econdoc.de>) und der Medizin (<http://www.dimdi.de>) gibt es bereits entsprechende Informationsverbände. Das BMBF fördert derzeit mit 2,8 Millionen Euro den Aufbau einer digitalen Bibliothek für den Bereich der Sozialwissenschaft, Psychologie und Bildung.

Weitere Informationen zu GetInfo: helpdesk@getinfo-doc.de
BMBF

Technik/Informatik/ Naturwissenschaften

Architektur- und Ingenieur-Management

Ganzheitlich Planen, Bauen, Bewirtschaften und Rückführen
herausgegeben von M. Pfeiffer
(FH Hannover)
Bauwerk Verlag: Berlin 2002

Energiesparhäuser in Text und Bild

Planungsvorlagen, Konstruktionspläne und Detaillösungen
herausgegeben von M. Pfeiffer
(FH Hannover)
Forum Verlag Herkert: Merching 2002

Nachhaltiges Management von Gebäuden

herausgegeben von M. Pfeiffer
(FH Hannover)
Verlag W. Kohlhammer:
Stuttgart 2002

Fluorescent Fibers for Data Transmission

H. Poisel, K. F. Klein und V. Levin
(FH Nürnberg)
In: Optical Polymers –
Fibers and Waveguides
Verlag ACS Symposion Series 795,
2001

Das Bayerische Kompetenznetzwerk für Mechatronik

Neue Wege beim Entwurf von mechatronischen Systemen
H. Rauch und P. Ross
(beide FH Nürnberg)
Leuze Verlag: Bad Salgau 2001

Prozedurale Programmierung

Grundlagen der Programm-
konstruktion (Lehrbuch)
R. Schneider (FH Dortmund)
Vieweg Verlag:
Braunschweig/Wiesbaden 2002

Spanende Fertigung

H. Schönherr (FH Offenburg)
Oldenbourg-Verlag: München 2002

Kommunikation in der Technik

Motortechnik und Sprache
Schriften zur technischen
Kommunikation Band 5
St. Zima (FH Gießen-Friedberg)
Verlag Schmidt Römhild: Lübeck
2002

Betriebswirtschaft/ Wirtschaft

International Contracting
(Volume I) in Englischer Sprache –
Book on Demand
E. Feuchtmeyer (FH Nürnberg)
Eigenverlag

Integriertes Knowledge-Management

Konzepte, Methoden, Akzeptanz
und Perspektiven einer neuen
Form der Arbeitsorganisation
R. Franken, herausgegeben von
A. Gadatsch (FH Bonn-Rhein-Sieg)
Vieweg-Verlag:
Braunschweig/Wiesbaden 2002

Marktforschung

überarbeitete und erweiterte
3. Auflage
J. Koch (FH Nürnberg)
Oldenbourg Verlag:
München/Wien 2001

Mathematik zum Studieneinstieg

4. Auflage
H.-J. Kruse (FH Bielefeld),
G. Adams, D. Sippel und U. Pfeiffer
Springer-Verlag: Heidelberg 2002

Handbuch Trade-Marketing: Konzepte, Instrumente, Organisationsgestaltung und Management

S. Czech-Winkelmann
(FH Wiesbaden)
Cornelsen Verlag: Berlin 2002

Europäische Geldpolitik - Theorie, Empirie, Praxis

2. vollkommen überarbeitete
und stark erweiterte Auflage
K. Ruckriegel, E. Görgens und
F. Seitz (alle FH Nürnberg)
Werner-Verlag: Düsseldorf 2001

Wechselkursmanagement auf Euro Basis

Grundlagen, Instrumente,
Strategien
K. Stocker (FH Nürnberg)
Gabler Verlag: Wiesbaden 2001

Einführung in die Betriebswirtschaftslehre

D. Vahs und J. Schäfer-Kunz
(beide FH Esslingen)
Verlag Schäffer-Poeschel:
Stuttgart 2002

Faszinierende Mikroökonomie

Erlebnisorientierte Einführung
G. Vogt (HTW des Saarlandes)
Oldenbourg Verlag: München 2002

Recht/Soziologie/Kultur

Vorschriftensammlung Wirtschaftsrecht

– VSWiR –
A. Albrecht (FH Gelsenkirchen),
I. Küfner-Schmitt (FHTW Berlin)
und T. Schomerus
(FH Nordostniedersachsen)
herausgegeben von W. Slapnicar
(FH Schmalkalden)
Richard Boorberg-Verlag:
Stuttgart/München 2002

Laufen und Joggen für die Psyche

U. Bartmann
(FH Würzburg-Schweinfurt)
dgvT-Verlag: Tübingen 2002

Bürgerliches Recht

A. Benning und J.-D. Oberrath
(FH Bielefeld)
Richard Boorberg Verlag:
Stuttgart/München 2002

Soziale Kompetenz

als persönlicher Erfolgsfaktor
Arbeitshefte Führungspsychologie,
Band 41
E. Crisand (FH Ludwigshafen)
I. H. Sauer-Verlag: Heidelberg 2002

Kindschaftsrechtsreform und Schutz des Familienlebens nach Art. 8 EMRK

Schriften des Europa-Instituts
der Universität des Saarlandes –
Rechtswissenschaft, Bd. 33
C. Kopper-Reifenberg
(Kath. FH Mainz)
Nomos-Verlag: Baden Baden 2001

PEP - Praktische Erlebnispädagogik

Mitherausgeber der Buchreihe:
W. Michl (FH Nürnberg)
Ziel-Verlag: Augsburg 2002

e&I. Erleben und Lernen

Mitherausgeber der Buchreihe:
W. Michl (FH Nürnberg)
Luchterhand Verlag:
Neuwied/Kriftel/Berlin 2002

Erlebnis Erwachsenenbildung

W. Michl (FH Nürnberg) mit
de Cuvry, Haeblerin, Breß
Luchterhand Verlag:
Neuwied/Kriftel 2000

Als der Mond vor die Sonne trat

(Kinderbuch zum Thema
Krebserkrankung)
G. Trabert (FH Nürnberg)
Mathieu-Verlag: Heidelberg 2001

Gruppendynamik und soziales Lernen

2. Auflage
P. R. Wellhöfer (FH Nürnberg)
Verlag Lucius & Lucius: Stuttgart
2001

Soziale Arbeit zwischen Ethik und Ökonomie

herausgegeben von U. Wilken
(FH Hildesheim-Holzminde)
Lambertus Verlag: Freiburg 2002

Tourismus und Behinderung

Ein sozial-didaktisches Kursbuch
zum Reisen von Menschen mit
Handicaps
herausgegeben von U. Wilken
(FH Hildesheim-Holzminde)
Luchterhand-Verlag: Neuwied
2002



Baden-Württemberg

Prof. Lars **Ehlers**,
Production and
Operations Management,
FH Esslingen

Prof. Dr. Thomas **Fuchs**,
Grundlagen der Informatik
und Software-Engineering,
FH Karlsruhe

Prof. Dr. Jobst **Görne**,
Maschinenelemente und
Qualitätsmanagement,
FH Aalen

Prof. Dr. Jürgen **Gottschalk**,
Logistisches Prozessmanagement,
insbesondere Produkt- und
Materialflussplanung,
FH Pforzheim

Prof. Matthias **Gröne**,
Gestaltung und kreative
Werktechnik,
FH Esslingen

Prof. Dr. Matthias **Kropp**,
Allgemeine Betriebswirtschafts-
lehre, insbesondere
Finanzwirtschaft,
FH Pforzheim

Prof. Dr. Antonio **Miras**,
Wirtschaftsprivatrecht,
FH Pforzheim

Prof. Dr. Franz **Quint**,
Kommunikationssoftware und
informationstechnische Netze,
FH Karlsruhe

Prof. Axel **Stahl**,
Numerik und Simulation,
FH Esslingen

Prof. Tilo **Strobel**,
Mikrosystemtechnik und Physik,
FH Esslingen

Prof. Kai **Warendorf**,
E-Commerce, Internet-
Technologien, Datenbanken,
FH Esslingen

Prof. Isabel **Zuber**,
Zeichnen,
FH Pforzheim



Bayern

Prof. Dr. Dirk **Burth**,
Papier- und Kunststoff-
veredelung/Klebertechnik,
FH München

Prof. Dr. Christian **Dietl**,
Klima- und Kältetechnik,
FH München

Prof. Dr. Walter **Eger**,
Straßenbau/Bahnbau, FH München

Prof. Dr. Manfred **Gerstner**,
Programmieren und
Software-technik, FH München

Prof. Dr. Peter **Pautsch**,
Unternehmensführung, Material-
und Fertigungswirtschaft, Logistik,
FH Nürnberg

Prof. Hermann **Schulte**,
Bauinformatik/Stahlbau,
FH München

Prof. Dr. Winfried **Schwarzmann**,
Rechnungswesen und Controlling,
FH München

Prof. Dr. Jörg **Steinbach**,
Mathematik, FH Nürnberg

Prof. Dr. Georg **Strauß**,
Hochfrequenztechnik,
FH München

Prof. Dr. Horst **Unbehaun**,
Soziale Arbeit mit den
Schwerpunkten Handlungs-
lehre und Arbeit mit
Migranten/Migrantinnen,
FH Nürnberg

Prof. Dr. Robert **Weiß**,
Technische Mechanik und
Festigkeitslehre, FH München



Hessen

Prof. Dr. Heinz-Uwe **Hobohm**,
Bioinformatik,
FH Gießen-Friedberg

Prof. Dr. Ruth **Schwerdt**,
Pflegerwissenschaften,
FH Frankfurt/M



Niedersachsen

Prof. Anke **Bertram**,
Innenarchitektur, FH Hannover

Prof. Dr. Sabine **Dippel**,
Physik und Mathematik
für Ingenieure, FH Hannover

Prof. Dr. Ernst **Forgber**,
Software-technik und informations-
technische Grundlagenfächer,
FH Hannover

Prof. Dipl.-Ing. Björn **Kaiser**,
Hochbaukonstruktion
und Entwerfen,
FH Hannover

Prof. Kay **Marlow**,
Innenarchitektur,
FH Hannover

Prof. Dr.-Ing. Joachim **Paulke**,
Elektrische Anlagen und
Grundlagen der Elektrotechnik,
FH Hannover



Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr.-Ing. Norbert **Becker**,
Automatisierungstechnik, FH
Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Peter **Becker**,
Angewandte Informatik,
insbesondere Wissens- und
Informationsmanagement,
FH Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Christoph **Dalitz**,
Mathematik und Datenverarbeitung,
HS Niederrhein

Prof. Dr. Tilo **Ehlen**,
Hochfrequenztechnik
und digitale Funkssysteme,
FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Wilfried **Gebhardt**,
Organisations- und Personalent-
wicklung in sozialen Einrichtungen,
HS Niederrhein

Prof. Dr. Martin **Gertler**,
Medienwirtschaft, insbesondere
Medienproduktion und -theorie,
Rheinische FH Köln

Prof. Adrian **Heritage**,
Restauration und Konservierung,
FH Düsseldorf

Prof. Dr. Ralf **Jendges**,
Fahrzeugtechnik, FH Düsseldorf

Prof. Dr. Wolf-Dieter **Just**,
Sozialethik/Sozialphilosophie
und Theologie,
Ev. FH Rheinland-Westf.-Lippe

Prof. Dr. Friedrich **Klein-Blenkers**,
Wirtschaft, FH Düsseldorf

Prof. Dr.-Ing. Stefan **Kreiser**,
Elektrische Energietechnik,
FH Düsseldorf

Prof. Dr.-Ing.
Klaus-Dieter **Ruelberg**,
Photoingenieurwesen,
FH Düsseldorf

Prof. Dr.
Gunzelin **Schmidt-Noerr**,
Sozialphilosophie und Sozialethik
einschließlich Anthropologie,
HS Niederrhein

Prof. Dr. Berthold **Stegemerten**,
Wirtschaftsinformatik, insbesonde-
re betriebliche Anwendungssyste-
me und Informationsmanagement,
HS Niederrhein

Prof. Dr.-Ing. Elmar **Styn**,
Bauingenieurwesen,
FH Düsseldorf

Prof. Dr.-Ing. Alejandro **Valenzuela**,
Netzwerktechnik
und Datensicherheit,
FH Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr.-Ing. Klaus **Wetteborn**,
Verfahrenstechnik, Werkstoff-
kunde sowie Konstruktion,
FH Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Klaus **Wolf**,
Sozialpädagogik,
FH Düsseldorf



Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Klaus **Bröcker**,
Wirtschaftsprivatrecht/ Bank-
und Kapitalmarktrecht,
FH Mainz

Prof. Marc **Grief**,
Planungs- und
Bauprojektmanagement,
FH Mainz

Prof. Dr. Andreas **Huster**,
Strömungs- und Kolbenmaschinen,
FH Koblenz

Prof. Michaela **Kölmel**,
Plastische Grundlagen,
Zeichnen und Kunstgeschichte,
FH Mainz

Prof. Philip **Pape**,
Konzeptionelles Gestalten,
FH Mainz



Thüringen

Prof. Dr. Norbert **Geng**,
Besonderes Wirtschaftsrecht,
FH Schmalkalden

**Wir planen ein
Schwerpunktheft
06/2002**

**Neue Medien
und Virtuelle
Hochschulen
– Erfahrungen und
Entwicklungen**

**Wir bitten die
Kolleginnen und
Kollegen um
Beiträge.**

**Redaktionsschluss
ist am 01. 11. 2002.**

Autoren gesucht!

S-PLUS

Scientia ist weltweit
führender Anbieter für
Ressourcen-Management
an Hochschulen

„Wir empfehlen **S-PLUS**, weil es die einzige uns bekannte Software ist, mit der eine zuverlässige und optimierte Planung der Räume, der Lehr- und Lerngruppen, der Lehrkräfte und des Zeitbudgets erreicht wird.“

Martin Neuheuser, Leiter der Koordinierungsstelle für Informations- und Kommunikationstechnik in den Hochschulverwaltungen des Landes Nordrhein-Westfalen (IuK NRW)

„Seit Beginn des Studienjahres 1998 nutzen wir **S-PLUS** für unsere gesamte Planung und Aktualisierung des Lehrangebotes. Dauernde Änderungen der Zeitbudgets unserer Dozenten zwingen zu häufiger Neu-Planung der Seminare und Vorlesungen. Durch **S-PLUS** sparen wir Arbeitszeit ein und profitieren durch die Transparenz und Zuverlässigkeit der Information.“

Eckart Siemer, Kanzler der Fachhochschule Gießrow

S-PLUS die effizienzsteigernde Planungssoftware für Hochschulen

S-PLUS bietet schnelle und zuverlässige Lösungen:

- Kostensparende Belegung der Lehrräume, weil nun wirklich effizient geplant wird
- Weniger Ausgaben für Heizung, Strom und Sicherheitsdienste
- Mehr und flexiblere Lehrangebote für Teilzeitstudierende, weil deren zeitliche Einschränkungen automatisch berücksichtigt werden
- Ad hoc-Raumbuchungen intern oder extern, sofort und zuverlässig
- Jederzeit Zugriff auf den aktuellen Stand des Lehrangebotes im Internet, weil alle Änderungen geprüft und sofort verfügbar sind.

Bachelor- und Masterabschlüsse

In den nächsten Jahren werden immer häufiger international vergleichbare Studienstrukturen in Deutschland eingeführt: das Lehrangebot wird in Module aufgeteilt und diese werden überschneidungsfrei angeboten, um die Einhaltung der Regelstudienzeit zu garantieren. Erzielen Sie eine noch höhere Attraktivität Ihrer Hochschule, weil **S-PLUS** Sie darin unterstützt, diese Voraussetzungen zu realisieren und ein zügiges Studieren zu sichern.

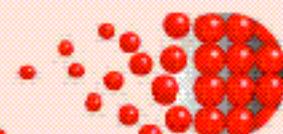
Ihre Wahl: S-PLUS

- Änderungen in Zeit- und Raumplanung auch während des Semesters
- Prüfungsplanung elegant und zuverlässig
- Individuelle Wünsche der Dozenten werden automatisch berücksichtigt
- Einfach zu bedienende Masken nach individuellem Wunsch für Abrufe über Browser für Professoren, Dozenten, Verwaltung und Studierende
- Dezentrale Dateneingabe
- Schnittstellen zu anderen Programmen (z.B. HIS POS, BuiSy) einfach zu realisieren

Wir zeigen Ihnen S-PLUS gerne unverbindlich
in Ihrer Hochschule.

Oder fordern Sie weitere Informationen
und Referenzen an und schauen auf unsere
Website: www.scientia.de

Scientia GmbH
Werder Straße 15 - 19
50672 Köln
Telefon: (02 21) 95 14 42 70
Fax: (02 21) 95 14 42 71
E-Mail: info@scientia.de
Internet: www.scientia.de


Scientia[®]



Dateneingabe

**Datenabrufe
über Browsermasken**

- einfach
- sicher
- schnell